

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum: 09. November 2017
Sitzungsort: Hamburg, in Rathaus, Großer Festsaal
Sitzungsdauer: 17:03 Uhr bis 22:45 Uhr
(Sitzungsunterbrechung von
19:05 bis 19:28 Uhr und von
21:33 bis 21:41 Uhr)
Vorsitz: Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung: Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel – Einsetzung eines Sonderausschusses „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ – Dank an alle Einsatzkräfte – Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen (Antrag SPD, GRÜNE) (nachträgliche Überweisung)

hier: Wie auf der Sitzung des Ausschusses am 21.9.2017 beschlossen, Fortsetzung der inhaltlichen Aufarbeitung auf der Grundlage des in der Sitzung des Sonderausschusses am 31.8.2017 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE beschlossenen Fahrplans unter Berücksichtigung von Teilen des vertagten Antrags der Fraktion DIE LINKE.

„Phase 1: Aufarbeitung Vorbereitung G20“ (zu allen Details vgl. S. 2, 3 und 4 des Fahrplans bis einschließlich der Akkreditierung von Medienvertreter/innen)

- a)** Politische Gesamtbewertung/ Gesamtverantwortung der Vorbereitungsphase unter Einbeziehung der Erkenntnisse nach G 20

- Befragung des Ersten Bürgermeisters, Olaf Scholz

- b)** Planung und Umsetzung des Verkehrskonzepts anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg

hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

Als Auskunftsperson ist eingeladen:

Christian Hieff, Sprecher des ADAC Hansa Hamburg

- c)** Vorschläge zur Vorbereitung der nächsten Sitzung des Sonderausschusses am 21.12.2017 (zu allen Details vgl. Fahrplan):

Fortsetzung der Beratungen zu Phase 1 (Vorbereitung des Gipfels)

- Aufgabenteilung und Abstimmungsprozesse über die Grenzen Deutschlands hinaus (polizeiliche Zusammenarbeit sowie Zusammenarbeit der Geheimdienste unter besonderer Berücksichtigung von Erkenntnissen zu linksextremistischen Gewalttätern)
- Entzug der Akkreditierung von Medienvertretern unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange

2.

Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Jan Quast (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Urs Tabbert (SPD)
Abg. André Trepoll (CDU)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP)
Abg. Michael Westenberger (CDU)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Dorothee Martins (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Senatskanzlei

Erster Bürgermeister Olaf Scholz
Staatsrat Wolfgang Schmidt

Behörde für Inneres und Sport

Senator Andy Grote
Staatsrat Bernd Krösser
Polizeipräsident Ralf Martin Meyer
LPD Hartmut Dudde
LPD Morten Struve
KD Jan Hieber
PD Peter Baustian
PD Ulf Schröder

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

RD Dr. Ina Tjardes

HVV

Geschäftsführer Dietrich Hartmann
Bereichsleiter Busverkehr Joachim Wiucha

Hochbahn

Steffen Rothhardt
Geschäftsführer Arndt Malyska

VHH

Justiziar Henning Ario
Leiter Verkehrslenkung Ulrich Vogel

Flughafen Hamburg

Vorsitzender der Geschäftsführung Michael Eggenschwiler

V. Auskunftspersonen

Hans Pieper, ADAC Hansa Hamburg

VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Jörn Rathje
Frauke Bai

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 60 Personen.

Zu TOP 1:

Vorsitzender: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Vertreter von der Presse! Kommen Sie langsam zum Abschluss, denn wir wollen beginnen, und Sie wissen, bei Beginn der Ausschusssitzung sind Bild- und Tonaufnahmen nicht mehr gestattet. Und ich habe den Eindruck, so langsam haben auch alle ihre Bilder im Kasten, und dann würde ich Sie bitten, alle Platz zu nehmen.

So. Ich glaube, jetzt sind alle Bilder langsam im Kasten. Dann können wir beginnen. Sehr verehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, liebe Zuschauer im Livestream. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Senator, die Herren Staatsräte und die weiteren Vertreter des Senates begrüße ich ebenfalls zur heutigen Sitzung des Sonderausschusses „G20“.

Auf den Livestream habe ich eben hingewiesen. Des Weiteren führen wir ein Wortprotokoll wie bei allen Sitzungen dieses Ausschusses üblich. Für die Zeit zwischen ... Um 19 Uhr ist eine Pause, ein Imbiss vorgesehen. Und für die Uhrzeit haben wir uns auf 22 Uhr verständigt, aber wir wollen heute in jedem Fall auch mit der Tagesordnung durchkommen. Wollen einmal sehen, wie lang es heute dauert. Es ist ja eine lange Sitzung angekündigt worden und dann haben sich alle Beteiligten ausreichend Zeit mitgenommen.

Wir haben – das möchte ich vorab einmal sagen für die Bürgerinnen und Bürger und alle Zuschauer im Livestream – uns mit den Fraktionen darauf verständigt, dass wir einen Arbeitsplan haben, der grob das Geschehen um den G20-Gipfel in drei Phasen einteilt. Wir gehen chronologisch vor. Wir haben zunächst eine Vorbereitungsphase, dann das eigentliche Gipfelgeschehen und dann die Nachbereitungsphase. Heute beschäftigen wir uns thematisch mit der Vorbereitungsphase. Das heißt, es werden Fragen zu eben diesem Komplex gestellt. Alle weiteren Phasen werden in späteren Sitzungen des Sonderausschusses dann weiter beleuchtet werden.

Und dann würde ich jetzt gern in die Tagesordnung einsteigen. Ich rufe die Drucksache 21/9805, Politische Gesamtbewertung/Gesamtverantwortung der Vorbereitungsphase unter Einbeziehung der Erkenntnisse nach G20, auf. Und wir haben unter den Obleuten uns auch darauf verständigt, dass wir zunächst einmal den Bürgermeister, der heute dazu eingeladen wurde, bitten, uns zusammenfassend darzustellen, wie es zu der Entscheidung Hamburg als Austragungsort und dann speziell auch die Messe als Veranstaltungsort gekommen ist und welche Überlegungen hierzu insbesondere zu den Fragen der Sicherheit hierzu angestellt worden sind. Herr Bürgermeister, können Sie uns hierzu vielleicht eine zunächst einmal zusammenfassende Darstellung geben, bevor wir dann mit den Fragen weitermachen? – Danke.

(Abg. Christiane Schneider: (...) zur Tagesordnung!)

Ein Hinweis zur Tagesordnung.

Abg. Christiane Schneider: Ich habe einen Antrag zur Tagesordnung. Falls der positiv beschieden wird, würde das heißen, dass einige Leute vielleicht den Abend anders nutzen könnten.

Sie haben uns ja heute zugeschickt den Brief der Präsidentin, wo auch der Brief des Innensenators zitiert war. Den haben wir gestern schon in Papierform, jedenfalls die Obleute, bekommen und ich glaube, die Fraktionsvorsitzenden gestern schon als Mail. Da ist aber davon die Rede, dass vorrangig überarbeitet worden sind im Hinblick auf Schwärzungen in den Namen, die das Verkehrskonzept betreffen – das sind, soweit ich weiß, über 20 Ordner –, und dass es da zu einer wahrnehmbaren Verringerung der Schwärzung in den Namen gekommen ist. Es war für unsere Fraktion jedenfalls nicht möglich, diese Ordner heute durchzugehen, sozusagen kurzfristig durchzugehen, um zu schauen, ob sich da für unsere Vorbereitungen noch was geändert hat.

Deshalb würde ich beantragen, dass dieser Tagesordnungspunkt heute nicht behandelt wird, sondern auf die nächste Sitzung vertagt wird, damit die Vorbereitung adäquat ist. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich da jetzt, dass ich glaube, dass es durch eine Verkettung unglücklicher Umstände zustande gekommen ist. Also ich sehe da jetzt nicht irgend- ... Ich will da niemandem einen Vorwurf machen. Die Behörde hat den Brief am 2. abgeschickt, also am 2. November 2017 abgeschickt. Das ist auch in Ordnung. Das hätte dann ja auch noch geklappt, aber uns hat er eben erst gestern erreicht und für uns ist das eine schwierige Situation. – Danke.

Vorsitzender: Mein Vorschlag wäre, Frau Schneider, dass wir mit der Tagesordnung so weit durchmachen, wie wir es haben, und dass wir, wenn wir dann feststellen, Sie feststellen, wir alle feststellen, dass in den Akten, die nachgeliefert worden sind, noch Bereiche sind für den Verkehr, die interessant sind, dass wir dann beim Beginn der nächsten Sitzung das Thema Verkehr wieder aufrufen würden und fortsetzen würden. Sind Sie damit einverstanden?

Abg. Christiane Schneider: Ja.

Vorsitzender: Prima. Dann haben wir uns so verständigt, dass wir das so machen. Und, Herr Bürgermeister, Sie haben meine einleitende Frage hoffentlich noch in Erinnerung. Dann würde ich Sie bitten, die zu beantworten.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Schönen Dank, meine Damen und Herren Abgeordnete! Schönen Dank für die Einladung und für das gemeinsame Bestreben, all die Dinge aufzuarbeiten, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel zu besprechen sind. Ich glaube, dass das für unsere Stadt eine ganz große Veranstaltung gewesen ist, die viele Herausforderungen mit sich gebracht hat, viele Schwierigkeiten auch, über die diskutiert wird und die wir auch schon vielfältig diskutiert haben. Trotzdem ist mir einleitend noch einmal ganz wichtig, auf ein, zwei Aspekte hinzuweisen.

Ich habe in der Bürgerschaft, aus meiner Sicht der dazu richtige Ort, ein paar Dinge gesagt auch im Hinblick darauf, dass insbesondere am Freitag Dinge geschehen sind, die wir alle nicht hätten erleben wollen. Und das will ich gern noch einmal wiederholen. Ich weiß, wie viel der G20-Gipfel Ihnen und Ihren Familien abverlangt hat. Die Verkehrsbeschränkungen waren immens und gingen auch weit über die Behinderung durch einen Hafengeburtstag hinaus. Die Angst, ja der Terror, den die Gewalttäter verbreitet haben, steckt vielen von uns noch in den Knochen. Auch mir.

Ich habe den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt im Vorfeld des Gipfels zugesagt, dass wir die öffentliche Sicherheit werden aufrechterhalten können, denn wir sind gemeinsam im Senat und im Gespräch mit der Bundeskanzlerin, dem Bundesinnenminister und den Spitzen der Sicherheitsbehörden davon ausgegangen, alles Menschenmögliche getan zu haben, Gefahren analysiert und die nötigen Vorbereitungen getroffen zu haben, damit die Sicherheitsstrategie aufgeht. Ich habe das gesagt, weil ich fest davon überzeugt war, dass es so sein wird.

Es ist aber trotz aller Vorbereitungen nicht durchweg gelungen, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, nicht zu jedem Zeitpunkt und nicht überall. Dafür, dass das geschehen ist, bitte ich die Hamburgerinnen und Hamburger um Entschuldigung. Ich will das ausdrücklich am Anfang noch einmal wiederholen, weil das unverändert die Sicht ist, die ich auf diese Frage habe, und dann auch zu den einzelnen Fragen kommen, die hier mit der Vorbereitung zusammenhängen. Vorweg vielleicht aber doch noch der Hinweis, die Zumutungen, die mit dem Verkehr verbunden waren, sind ganz anders gewesen, als wir uns das vorher vorgestellt haben. Das war auch anders als bei vielen Großveranstaltungen oder dem Hafengeburtstag, den wir sonst erleben. Und das hat natürlich zu viel Unmut geführt. Insofern ist es auch gut, dass Sie das im weiteren Verlauf des heutigen Tages jedenfalls anfangen werden zu besprechen.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister, mich erreichen gerade so ein paar Wortmeldungen. Wir haben eine schlechte Akustik. Sie müssen das Mikrofon ein bisschen näher herannehmen. Vielen Dank.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Mache ich gern.

Vorsitzender: Sehr gut, danke.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Deshalb vorweg ... Deshalb vorweg auch noch einmal ein paar Bemerkungen zur Frage, warum ich es unverändert richtig finde, dass der G20-Gipfel hier in Hamburg stattgefunden hat.

Die Staats- und Regierungschefs der Welt müssen sich regelmäßig treffen. Sie tun es als Gruppe. Sie alle wissen, dass das G20-Treffen zunächst als Treffen von Finanzministern entstanden war, infolge einer großen finanziellen Krise, die sich weltwirtschaftlich ausgewirkt hat, und dass es später dann zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs geworden ist, als das gewissermaßen erforderlich war.

Ich glaube, dass es nicht reicht, sich auf die Formate, die sich mit den Vereinten Nationen und anderen Gremien verbinden, zu konzentrieren, sondern dass wir das Zusammentreffen all dieser Männer und Frauen auch brauchen, und übrigens auch ganz besonders deshalb, weil wir aus der Perspektive als Deutsche sicherlich mit der Politik ziemlich vieler, die da zusammenkommen, nicht einverstanden sind, weder mit dem, was sie im Inland ihrer Länder tun, noch was sie international an Aktivitäten entfalten. Es ist aber wichtig, dass die Staaten, die da sind, und die Regierungen, die da sind, miteinander zur Verständigung kommen. Und meine Vorstellung ist schon, dass das bei diesem G20-Gipfel auch gelungen ist in verschiedenen Fragestellungen, die wichtig waren. Ich will das nur einmal nennen in Hinblick auf den Welthandel. Ich will das nennen in Hinblick auf die Frage der Hilfe für Afrika. Ich will das sagen in Hinblick auf die Möglichkeiten eines Friedens in Syriens, die besprochen worden sind, und verschiedene andere Fragen, die dort eine Rolle gespielt haben.

Hamburg ist eine weltweit vernetzte Stadt. In unserer Verfassung steht in der Präambel, dass wir Welthafenstadt sind. Und deshalb hängen wir unmittelbar an all dem, was mit den Fragen zu tun hat, die auf einem solchen Gipfel besprochen werden, und von denen, die dort zusammengekommen sind.

Anders als andere Formate kann das G20-Format eigentlich nur in großen Städten stattfinden, und wenn Sie, seitdem die Regierungschefs dabei sind, sich das anschauen, ist das auch überwiegend der Fall gewesen. Es gab einige Orte, die sehr, sehr viele Hotels haben, aber bei einer Teilnehmerzahl, die um die 10 000 umfasst, ist es notwendig, dass es entsprechende Orte gibt, die das machen. Das kann man auch nicht irgendwo anders tun. Ich bin auch dafür, dass die demokratischen Staaten, die zu den G20 gehören, selbst Ausrichter solcher Gipfel sein können, also Deutschland auch. Und wenn man das in Deutschland machen will, dann kann das tatsächlich nur stattfinden in den Städten, die diese Größenordnung haben. Das sind im Wesentlichen Hamburg, Berlin, München, vielleicht noch Köln, und dann, glaube ich, sind die Möglichkeiten auch erschöpft, die in Deutschland tatsächlich existieren.

Die Bundeskanzlerin hat mich am 19. November angerufen und mich aus den genannten Gründen darum gebeten und gefragt, ob wir den G20-Gipfel in Hamburg durchführen könnten. Ich habe in dem Gespräch Zustimmung signalisiert. Das ist schon öffentlich berichtet worden und das will ich hier gern auch noch einmal wiederholen, auch weil ich davon überzeugt war, dass die Sicherheitsbehörden in der Lage sein werden, die damit verbundenen Aufgaben zu bewältigen, weil es ja in Deutschland irgendwo geschehen muss und weil ich auch sicher war, dass wir das mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der anderen Länder im Verlaufe der Vorbereitung dann auch entsprechend so organisieren können, dass das funktioniert.

Über dieses Gespräch – darüber hatte Staatsrat Schmidt Sie schon informiert – habe ich diejenigen, die es sofort wissen müssen, informiert, damit sie, wenn sie angesprochen werden von Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Kanzleramtes, nicht überrascht sind, habe aber allen auch gesagt, dass das im jetzigen Stadium, wo die Entscheidung ja

endgültig noch gar nicht gefallen war von der Bundeskanzlerin, noch höchst vertraulich zu behandeln ist, damit nicht aus Hamburg heraus eine Kommunikation zustande kommt, die tatsächlich ja von der Bundeskanzlerin selbst als Ausrichter des Gipfels organisiert werden muss.

Es hat dann bei der Vorbereitung, für die die Hamburger Polizei zuständig war, das ganze Expertenwissen der Bundesrepublik Deutschland, der Sicherheitsbehörden, des Bundes, der Länder Einfluss gefunden auf die Entscheidungen, die getroffen worden sind, und es hat eine wirklich sehr, sehr gute Kooperation gegeben. Und deshalb hat es ja auch immer wieder Diskussionen darüber gegeben, ob man diesen Gipfel tatsächlich so durchführen kann, ob die Vorbereitungen so sind, dass man das sich vorstellen kann. Noch bei dem Gespräch, auf das ich gleich noch einmal kommen werde, am 29. Mai 2017, ist es um die Frage gegangen, geht es. Und die Kanzlerin hat die anwesenden Vertreter der deutschen Sicherheitsbehörden, die sämtlich mit ihren Chefs vertreten waren, und die Vertreter der Hamburger Polizei selbstverständlich auch und Hamburg gefragt, ob mit dem Wissen, das wir gemeinsam haben, der Gipfel durchgeführt werden kann. Alle Vertreter der deutschen Sicherheitsbehörden haben das bejaht, aus meiner Sicht eine ganz wichtige Information und sicherlich auch ganz notwendig, dass das bei dieser Gelegenheit noch einmal diskutiert wird.

Was die Vorbereitungen selbst betrifft, ist es in der Zeit ab diesem Moment immer wieder um sehr unterschiedliche Fragen gegangen, die wir miteinander besprechen und besprochen haben, zum Beispiel um die Frage, ob endlich das in Hamburg auch stattfinden kann. Das ist ja noch vorbereitet worden bis zur Entscheidung der Kanzlerin Anfang Februar, wo die sie dann bekanntgegeben hat. Es hat auch ein Treffen, über das Sie schon diskutiert haben, in Hamburg gegeben im Januar. Es ist diskutiert worden, welchen Austragungsort es für diesen Gipfel geben soll. Es sind verschiedene Orte erörtert worden, nicht nur die Messehallen, auch das Rathaus, andere Orte. Das haben Sie letztes Mal sehr sorgfältig erfahren. Und über die Frage, wo das sein kann, ist auch immer wieder gesprochen worden.

Nachdem die Entscheidung ... Zum Beispiel hätte vieles dafür gesprochen, es auch im Rathaus zu machen, aber wenn man all die Anforderungen, die mit dem Gipfel verbunden sind, und die An- und Abfahrten berücksichtigt, dann wäre das zwar ein sehr schöner Ort, aber für die Organisation, den Ablauf des Gipfels nicht der geeignetste gewesen, sodass es am Ende in den Gesprächen, die wir alle miteinander geführt haben, darauf hinausgelaufen ist, dass das die Messe sein soll. Und die Entscheidung ist ja dann entsprechend auch bekanntgegeben worden.

Ein weiteres großes Thema der Diskussionen, die wir in dieser Zeit hatten, war die Definition und die Einrichtung von Sicherheitszonen, sowohl im Vorfeld des OSZE-Gipfels als auch im Vorfeld dann für den G20-Gipfel. Es hätte zur Auswahl gestanden, ganz große Absperrungen vorzunehmen und Bereiche zur Sicherheitszone zu erklären, in denen man nicht uneingeschränkt hinein- und herausgehen kann. Das war aber nicht gewollt. Und unser Diskussionsergebnis, das wir miteinander hatten, war, dass wir mit den Beschränkungen, die es dann tatsächlich gegeben hat und die ja sehr klein gewesen sind, es möglich machen können, den Gipfel, die beiden Gipfel in den Messehallen durchzuführen.

Wir haben uns unterhalten über die Frage, wie wir die Bürgerinnen und Bürger informieren können, zum Beispiel auch über die Frage dieser Sicherheitszonen. Da hat es Veranstaltungen gegeben, die die beiden Staatsräte hier durchgeführt haben und wo das erläutert worden ist und diskutiert worden ist. Sie können sich vorstellen, dass das, was die dort dargestellt haben, natürlich das Ergebnis unserer gemeinsamen Willensbildung gewesen ist und deshalb auch so erläutert werden konnte.

Wir haben uns beschäftigt immer wieder mit den Fragen der Kosten und der Kostenbeteiligung des Bundes. Aus meiner Sicht war es dringend notwendig, dass wir eine anständige Beteiligung des Bundes zustande kriegen, aber gleichzeitig auch notwendig, dass wir das Spiel, das da im Vorfeld solcher Veranstaltungen stattfindet, irgendwie durchbrechen. Tatsächlich ist es ja so, dass nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland die Länder für die Polizei und die Sicherheit zuständig sind und für die Verwaltung und die Gesetze des Bundes durchführen. Insofern hätten wir nicht von Rechts wegen auf eine Kostenerstattung bestehen können. Klar ist aber auch, das ist gute Verfassungspraxis in Deutschland, dass der Bund bei solchen Ereignissen die Länder nicht alleine stehen lässt, sondern sich mit einem substanziellen Betrag beteiligt.

Das Verhandlungsverfahren kann man unterschiedlich gestalten. Sehr beliebt sind ganz lange Listen, die man aufstellt, bei denen dann Stück für Stück alles Mögliche draufgeschrieben wird, auch Sachen, die man sich schon immer einmal leisten wollte in den nächsten 30 Jahren, und Dinge, die nur ganz begrenzt etwas mit Gipfeln zu tun haben und ähnlichen Ereignissen. Ich fand, das macht keinen guten Sinn, sondern wir sollten versuchen, in etwa in dem Korridor zu bleiben, der auch bei den früheren Gipfeln in Heiligendamm und dann in Elmau eine Rolle gespielt hat. Und so sind wir dann mit dem Verhandlungsergebnis auch abgekommen.

Wir haben uns seit dem Frühjahr 2017 auch beschäftigt mit der Frage des Demonstrationsrechts, wie es gewährleistet werden kann, wo Demonstrationen stattfinden können, wo nicht, und ob es richtig ist, Demonstrationsverbotszonen einzurichten oder nicht, das zu tun und welchen Sinn sie machen. Für mich war sehr klar, sehr früh auch aufgrund der Erkenntnisse, die ich verstanden hatte aus der Sicht der Polizei, dass wir das benötigen würden und dass es notwendig sein wird, das auch rechtlich so vorzubereiten, dass es dann tatsächlich stattfinden kann. Sie wissen, dass es dann tatsächlich zu einer solchen Allgemeinverfügung gekommen ist, und die ist eben das Ergebnis unserer sehr sorgfältigen, immer wiederholten Debatten, die wir geführt haben in all den Gremien, die dazu aufgerufen sind, und den Gesprächen, die ich mit Einzelnen geführt habe.

Wir haben uns beschäftigt mit der Frage, dass natürlich gewaltbereite Gipfelgegner anreisen werden, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland. Und wir haben uns auch beschäftigt mit der Frage der Protestcamps, nämlich ob die ein Problem für die Sicherheit sein würden oder nicht. Die Einschätzung unserer Sicherheitsbehörden war: Ja. Die habe ich übrigens auch geteilt und teile ich auch unverändert. Das will ich ausdrücklich dazu sagen. Und deshalb haben wir uns dazu durchgerungen zu unterstützen, dass die Polizei die verschiedenen angemeldeten Camps auch nicht genehmigt oder die Versammlungsbehörde, um das dazu zu sagen.

Das haben wir übrigens durchgehalten auch in der Zeit, als es darüber nicht nur politische Debatten in der Öffentlichkeit gab, sondern ein kompliziertes Verfahren vor den verschiedenen Gerichten, die dazu Entscheidungen getroffen haben. Ich finde, da haben übrigens die Hamburger Gerichte uns dabei sehr unterstützt. Das will ich ausdrücklich sagen. Am Ende mussten wir ein Protestcamp genehmigen nach unserer Einschätzung der Situation. Und die Sicherheitsanalyse, die wir vorher hatten, die Betrachtung, die wir vorher hatten, hat sich dann ja leider bestätigt, dass das einer der Ausgangspunkte für die Gewalt insbesondere am Freitagmorgen und auch später noch gewesen ist und dass es gut und richtig war zu sagen, wir werden keine großen Protestcamps zulassen, und wenn wir es hinbekommen, möglichst keines.

Zu den Gesprächen sind dann hinzugekommen ganz konkrete Termine. Sie wissen, dass ich am 22. November die Messehallen besichtigt habe im Vorfeld der OSZE-Veranstaltung, um

mir die Pläne sowohl für die als auch für den späteren G20-Gipfel anzuschauen mit den Verantwortlichen aus dem Bund und aus Hamburg, die mir das alles erläutert haben. Für mich war darüber auch noch einmal sehr klar, dass unsere Entscheidung in Hinblick auf die Zone, die Sicherheitszone um die Messehalle herum richtig ist und dass das gut abgemessen ist und man das genau so machen kann, wie das geplant gewesen ist.

Ich bin im Januar, am 25. Januar mit verschiedenen Vertretern aus Hamburg bei der Bundeskanzlerin gewesen und ihren Gesprächspartnern dort und habe mich über die Frage Gipfel unterhalten. Es ging dabei auch im Vordergrund um Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, denn Teil der Strategie, die wir hier besprochen haben, war ausdrücklich, dass wir erreichen wollten, dass die Zivilgesellschaft sich an diesem G20-Gipfel beteiligen kann mit den verschiedenen Veranstaltungen, die die Bundesregierung im Vorfeld organisiert hat, wo eine davon, Civil20, dann eben auch in Hamburg stattgefunden hat. Und wir haben eben auch unbedingt gewollt, dass es für friedliche Diskussionen, auch kritische Diskussionen zum Gipfel Raum gibt in der Stadt und dass das stattfinden kann und auch mitgeholfen, dass dafür die Möglichkeiten und Gelegenheiten sich ereignen können. Das war ein Thema, auch unsere Frage, wie die Öffentlichkeitsarbeit seitens der Bundesregierung im Vorfeld des Gipfels stattfindet, übrigens mit der gemeinsamen Zielrichtung, dass wir gehofft haben, dass nicht nur über die Frage, wo sind Sicherheitszonen, wo sind Demonstrationszonen, wo kann was stattfinden, diskutiert wird und wie viel Polizei benötigen wir dafür, sondern dass dafür auch diskutiert wird die Frage, worum geht es hier eigentlich bei dem Gipfel. Das musste ja auch irgendwie mit bewegt und erörtert werden.

Wir haben dann im Übrigen bei dem nächsten Treffen am 29. Mai dann auch noch einmal sehr sorgfältig wie bei dem ersten schon die Frage der Sicherheit besprochen. Und alle Bundesbehörden, die für Sicherheit zuständig sind, haben dort ihre Einschätzungen der Lage vorgetragen und eben auf die Frage der Kanzlerin, ob man das durchführen kann und die Sicherheitsvorbereitungen das zulassen, Ja gesagt. Wir auch, ausdrücklich. Und das geschah in Kenntnis der Einschätzungen, die die Sicherheitsbehörden des Bundes und Hamburgs zu dieser Frage hatten.

Später habe ich mir noch einmal im Führungsstab der Polizei die Vorbereitungsgruppe angeschaut und die ganzen Vorkehrungen, die dort getroffen worden sind, und sehr sorgfältig auch mit dem Einsatzleiter und anderen Beteiligten dort gesprochen. Das hat mich sehr beeindruckt – das will ich hier noch einmal sagen –, genauso wie Herrn Bundesminister de Maizière, der am selben Tag da war und gesagt hat, die Hamburger Polizei hat sich sehr gut vorbereitet. Ich persönlich hatte diesen Eindruck auch und habe ihn auch immer noch. Das will ich dazu sagen, dass das wirklich sehr sorgfältig mit allergrößtem Sachverstand und mit größter Ernsthaftigkeit organisiert worden ist und auch dass die technischen Mittel, die die Stadt hat, und die Ausrüstung, die dort existiert, das Niveau haben, das man für ein so großes Ereignis und für die Anforderungen, die damit verbunden sind, benötigt.

Vielleicht sollte ich aus den Gesprächen, die wir die ganze Zeit geführt haben, seitdem sich immer mehr die Gipfelvorbereitung konkretisierte, noch auf Folgendes hinweisen. Wir haben ja mit dem Bund über Finanzen verhandelt und wussten auch, dass wir irgendwie so in dem Korridor, der sich aus Heiligendamm und Elmau ergeben würde, zu einer Verständigung kommen wollten. Das war auch klar als Ausgangsannahme bei den Gesprächen, die ich bei den vielen Treffen, die ich mit der Bundeskanzlerin ja sowieso jeden Tag, also nicht jeden Tag, jederzeit, hatte und mit dem Bundesfinanzminister, dass wir eine solche Regelung auf dem Weg erreichen wollten, den ich eben skizziert habe, nämlich dass nicht abstrakte Listen entstehen, sondern wir uns versuchen, in dem Korridor der bisherigen Lösungen zu bewegen, aber dass diese Vereinbarung nicht so früh fertig sein würde, dass wir ab da

Dispositionen treffen können. Deshalb war das, was ich Herrn Krösser, was ich dem Innensenator, was ich anderen gesagt habe, ganz klar, bereitet euch vor, bestellt die Dinge, die ihr benötigt, stellt die Anforderungen an die verschiedenen anderen Sicherheitsbehörden und die anderen Länder, die ihr für richtig und notwendig haltet, und wartet nicht darauf, dass wir diese Vereinbarung gehabt haben werden, sondern das muss gleich losgehen, es darf da keine Verzögerung geben, denn auch wenn das noch ein sehr langer Zeitraum war zwischen dem Januar 2016 und dem endlichen Gipfel, ist es ja dann doch relativ kurz, wenn man viele Dinge herstellen, bewegen, in Ordnung bringen will oder das organisieren will. Das ist auch von allen so gesehen worden. Und für mich war jedenfalls immer klar, die Polizei muss alle Mittel an die Hand bekommen, die sie braucht, und die wird sie auch zur Verfügung gestellt bekommen. Und das ist ununterbrochen in den Gesprächen thematisiert worden.

Ich will einmal ansprechen die Frage, die sich natürlich mit dem Freitag verbindet, warum ist das passiert, was wir nicht wollten, also die Zerstörungen, die in der Elbchaussee, in Altona, in der Neuen Bergstraße und anderswo in der Bergstraße und in der Osterstraße passiert sind vor allem, warum ist es nicht gelungen, die Demonstrationslage im Schanzenviertel am Freitagabend schneller zu klären, dass bei den Sicherheitseinschätzungen, die wir diskutiert haben und die ich auch gelesen habe, alle sich immer einig waren, dass eigentlich, so sehr es einem schwerfällt, die Gedanken linksextremistischer Aktivisten zu verstehen, klar ist, dass sie letztendlich immer darüber nachgedacht haben, wie sie das als Teil einer Sache organisieren können, wo die Bevölkerung sich irgendwie einmal hinter sie stellt. Das mag ich mir zwar nicht vorstellen, wie das gehen soll, und das kann ich nicht, aber deshalb sind sinnlose, in großen Gruppen organisierte Zerstörungen völlig unabhängig und ohne Bezug zum Gipfelgeschehen oder entsprechenden Reizobjekten etwas, das die Sicherheitsbehörden für nicht wahrscheinlich gehalten haben. Womit sie gerechnet haben, ist, dass immer einmal irgendwo was passieren kann. Und deshalb ist es ja auch so gewesen, dass sichergestellt worden ist, dass die entsprechende Situation in den Polizeikommissariaten so ist, dass sie alle Einsatzmittel zur Verfügung haben und dass sie besetzt sind, wie das erforderlich ist.

Zum Ende hin will ich gern noch einmal sagen, dass ich unverändert einen großen, großen Respekt habe vor der Arbeit, die die Polizei hier geleistet hat. Das ist eine ganz schwere Arbeit gewesen, eine große Herausforderung, bei der Tausende von Männern und Frauen im Vorfeld, aber auch während des Gipfels bis über die Grenzen physischer Belastbarkeit hinaus sich im Einsatz gezeigt haben. Und ich bin auch dankbar für das, was damit verbunden war und was an Vorbereitungen und Präsenz während dieser Zeit gewährleistet worden ist.

So viel von mir an dieser Stelle und ich freue mich auf Ihre vielen Fragen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Wir steigen dann in die Fragen ein, und zwar die Fragesteller in der Reihenfolge, wie ich sie hier wahrgenommen habe, und ich gebe den Fragestellern mit auf den Weg, nach Möglichkeit vielleicht auch chronologisch ihre Fragen zu stellen, sich ein wenig im Ablauf daran zu orientieren, dass wir zunächst einmal die Entscheidung für Hamburg als Austragungsort haben und dann alle weiteren Fragen, soweit, wie das halt möglich ist. Frau Friederichs habe ich zunächst auf der Liste. Frau Friederichs bitte.

Abg. Martina Friederichs: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben als Bürgerschaft diesen Sonderausschuss eingesetzt mit dem Auftrag aufzuklären, und zwar die gewalttätigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit G20, zu analysieren die Tat- und Täter- und Unterstützerstrukturen, das Sicherheitskonzept, mit dem Ziel, dass diese Ausschreitungen in Hamburg sich nie wiederholen.

Herr Bürgermeister, es ist schön, dass Sie uns heute im Sonderausschuss Ihre Sicht der Dinge und Ihre Erinnerungen über die Entstehungsphase von G20 berichten wollen, und ich hoffe sehr, im Sinne unser aller, dass diese Diskussion sachlich verlaufen wird.

Wir konnten in der letzten Sitzung dank Staatsrat Schmidt schon sehr, sehr vieles zur frühen Vorbereitungsphase beleuchtet bekommen. Das Puzzle hat sich vervollständigt. Herr Bürgermeister, Sie werden sicherlich die letzten Puzzlestücke für uns bereithalten, um die Lücken zu schließen. Denn es geht ja darum, dass wir uns in die damalige Situation hineinversetzen, wie ist der Gipfel zustande gekommen, und nicht jetzt im Nachhinein schon Schlüsse ziehen, die wir nur mit dem Wissen schließen können, das wir jetzt im Nachhinein haben.

Der G20-Gipfel war eine Veranstaltung der Bundesrepublik Deutschland, 2017 mit der Präsidentschaft Deutschlands, und Ausrichterin war die Kanzlerin. Die Kanzlerin hatte sich an Sie, Herr Bürgermeister, Sie haben es eben schon gesagt, gewandt, weil sie sich Hamburg als Tagungsort, als Austragungsort gewünscht hat.

Wie, das ist jetzt meine erste Frage, ist das Telefonat aus Ihrer Sicht verlaufen? Gab es damals zu dem Zeitpunkt einen Entscheidungsspielraum? Konnten Sie in dem Telefonat oder im Weiteren genügend Hinweise, Wünsche formulieren? Und gab es zum damaligen Zeitpunkt noch andere Großstädte, die im Rennen waren? Es sind nicht viele, die tatsächlich auch die Kapazitäten – Sie hatten es gesagt – für einen G20-Gipfel haben. Wenn man in die Historie schaut, sieht man ja auch, dass wirklich Groß- und sogar Megastädte den G20-Gipfel bisher ausgerichtet haben. Das zum einen.

Und als zweiten Punkt würde ich gern wissen, wie Sie, das kam eben ein wenig zur Sprache, die Rolle der Gegenöffentlichkeit, so nenne ich es einfach einmal, von Anfang an betrachtet haben. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie von Anfang an auch die Sichtbarkeit von Protest, aber nicht nur gegen G20-Maßnahmen, von Demonstrationen, sondern auch eben Kundgebungen für eine solidarische Weltgemeinschaft mit im Blick gehabt, und da würde ich gern noch einmal wissen, inwieweit Sie sich dort ... wie Sie dort diese vielen Demonstrationen auch mit ermöglicht, unterstützt haben. Denn das ist sicherlich ein sehr, sehr, sehr positiver Effekt, dass wir in Hamburg wirklich die Möglichkeit, die Bühne geben konnten für sehr, sehr viele friedliche Demonstrationen, für Alternativgipfel, Civil20, das ist ja eigentlich das Signal, das ich mir auch gewünscht hätte, das in die Welt gegangen wäre, und nicht die gewalttätigen Ausschreitungen. - Danke schön.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Zunächst einmal, das Gespräch mit der Kanzlerin war sehr freundlich. Wir haben eine gute Arbeitsbeziehung miteinander und uns ja schon sehr oft unterhalten. Deshalb will ich aber darüber auch sehr konkret berichten, dass die Kanzlerin mir nicht erzählt hat, ob sie vorher andere Orte in Betracht gezogen hat und welche das gewesen sind. Ich weiß auch nicht, ob das überhaupt der Fall war, hab davon auch nie etwas gehört und auch nicht raunen, um das dazuzusagen. Kann sein, aber das ist dann nicht einmal irgendwie von der Ferne für mich wahrnehmbar gewesen. Und ich habe sie auch nicht befragt nach dem Motto, kann es nicht der sein oder der oder so etwas Ähnliches, sondern sie hat gesagt, sie fände das eine gute Sache und Hamburg ist eine internationale Stadt, sie ist groß genug, wir trauen uns ja im Übrigen einiges zu im Hinblick auf Olympia und ob wir das machen würden.

Und da es eine Frage war, hätte ich auch nein sagen können. Das will ich ausdrücklich an dieser Stelle erzählen. Ich hätte jederzeit, zwischendurch auch immer einmal wieder, sagen können, ich glaube, es geht nicht mehr. Habe ich nicht, weil ich das nicht richtig fand und auch keine Anhaltspunkte dafür, dass wir das hätten tun sollen, weil unsere immer besser

werdenden sicherheitlichen Einschätzungen, am Anfang weiß man ja sehr wenig und anderthalb Jahre vorher kann man nicht genau beurteilen, wie es sein wird, aber ein Jahr vorher, ein Dreivierteljahr vorher, ein halbes Jahr vorher wird das ja schon immer konkreter. Aber ich hätte immer sagen können, nein, wir steigen aus. Zum Beispiel auch, weil darüber ja verschiedene Leute diskutiert haben, ob es einen Zusammenhang mit dem Olympia-Referendum gibt. Ich hätte nach demselben auch sagen können, ich glaube, ich habe keine Lust mehr oder wir wollen das nicht mehr. Da hätte es ja noch niemand gewusst, weil das ja sehr vertraulich behandelt worden ist.

Und insofern, finde ich, muss man sagen, es ist nicht so gewesen, wie es die Rechtslage beinhaltet, die Kanzlerin ruft mich an und sagt, ich hab die Messehallen gemietet, Sorge für die Sicherheit. Das wäre formal so. Aber so findet das Zusammenwirken von Bund und Ländern nicht statt. Wenn die Kanzlerin gefragt hätte und ich nein gesagt hätte, hätte sie das beachtet, dazu hätte ich nichts Besonderes anstellen müssen. Das will ich ausdrücklich auch dazu sagen. Ich hätte es aber nicht richtig gefunden, weil ich glaube, dass wir eine staatsbürgerliche Verantwortung in dieser Frage haben, auch als Länder, und dass die gute Zusammenarbeit Deutschlands als föderaler Staat nur funktioniert, wenn dann die Länder auch sich als Teil der Gesamtheit auch mit der gesamten Verantwortung für das ganze Land begreifen und nicht als welche, die Interessen haben, und im Übrigen ist Deutschland ihnen ziemlich egal. Mir nicht. Ich glaube, das kann man so nicht machen. Habe ich also nicht getan.

Zweite Frage und zweiter Fragenkomplex. Mir, auch dem ganzen Senat und allen, mit denen ich diskutiert habe immer wieder in den verschiedensten Gremien, Senatenvorbesprechung, in der Diskussion mit den Fraktionen, war sehr wichtig, dass wir klarmachen, dass ein solcher Gipfel eine Veranstaltung von Staats- und Regierungschefs ist, aber dass, wenn da die wichtigsten und einflussreichsten und ökonomisch stärksten Länder der Welt zusammenkommen, die Weltöffentlichkeit sich auch äußern können muss und dass sie es auch am Ort des Geschehens können muss. Das fanden wir und finden wir unverändert richtig. Und deshalb haben wir uns sehr bemüht, den Prozess mit diesen ganzen Veranstaltungen, die die Bundesregierung überall gemacht hat zu bestimmten Fachthemen, vorzubereiten, und habe uns darum bemüht, dass Civil20 in Hamburg stattfindet. Da war ich auch bei der ... habe ich auch einen entsprechenden Empfang gegeben und eine Ansprache gehalten. Und wir haben aber auch gesagt, es wird auch Leute geben, die skeptisch sind, diejenigen, die sagen, wir haben Forderungen an den Gipfel, davon gab es sehr, sehr viele, und die sie auch adressieren wollten.

Diejenigen, die sagen, wir finden solche Gipfel an sich schlecht, auch wenn wir das nicht so gesehen haben oder ich das nicht so sehe, finde ich, muss man das ja als Meinungsäußerung zulassen. Und wir hatten deshalb auch vor, dass wir eben eine Situation schaffen, in der in der Stadt insgesamt friedliche Kundgebungen auf die verschiedenste Weise im Vorfeld und während des Gipfels auch möglich sind. Und wenn man das alles zusammenzählt, was da so real stattgefunden hat und jetzt ein bisschen überlagert ist durch die gewalttätigen Dinge, die stattgefunden haben, dann ist es doch sehr, sehr gut. Hätten die nicht stattgefunden, hätten wir vielleicht sogar darauf hoffen können, dass man über unsren Gipfel gesagt hätte, da sind nicht nur die zusammengekommen, sondern diejenigen, die sich kritisch und mit Forderungen an den Gipfel richten wollen, hätten auch ein Forum gefunden, wie das sonst nicht der Fall gewesen ist. Aber das hat auch einen Teil unserer Vorbereitungsdiskussionen und der Fragen, die wir mit bewegt haben, ausgemacht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Bürgermeister, Sie haben unmittelbar nach dem G20-Gipfel eine Formulierung gebraucht, die in weiten Bereichen des linken Spektrums, aber auch im Bereich der Medien auf Unverständnis gestoßen ist. Sie haben nämlich gesagt, es habe bei diesen Einsätzen in Hamburg keine Polizeigewalt gegeben. Ich kann diesen Unmut zunächst einmal überhaupt nicht nachvollziehen, denn jeder politisch konstruktiv denkende und jeder nicht böswillig denkende politische Mensch wird gewusst haben, wie Sie diese Äußerung verstanden haben wollten, nämlich, dass es keine Anweisung und keine gezielten Übergriffe für Polizeigewalt gegeben hat. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle, auch namens meiner Fraktion, noch einmal ausdrücklich herzlich danken.

(Zuruf)

– Entschuldigung, ich weiß nicht, was das Gelächter soll.

Die Hamburger Polizei hat es verdient, dass die politische Führung ihr das Vertrauen ausspricht, nachdem sie einen derart schwierigen Job gemacht hat.

Sie haben dann im Vorfeld eine Äußerung gemacht, die ich dann nicht so gut nachvollziehen kann. Das war die Geschichte mit Hafengeburtstag, der Vergleich mit einem Hafengeburtstag, und dass Sie eine Sicherheitsgarantie auch den Bürgern dieser Stadt gegeben haben. Natürlich wird es im Vorfeld eines derartigen Gipfels keinen Politiker geben, der sagt, auf die Frage, die man ihm dann stellt, ist die Stadt denn sicher, ja, das weiß ich nicht. Von daher ist natürlich grundsätzlich erst einmal auch richtig, dass Sie sagen, jawohl, die Sicherheit ist bei der Polizei Hamburgs auch in guten Händen.

Sie sprachen davon, dass Sie 23 000, in der Spitze vielleicht 25 000 Polizeibeamte in Hamburg gehabt haben, dass Sie im Vorfeld den gesamten polizeilichen Sachverstand befragt haben. Das ist natürlich ein starkes Argument. Aber auf der anderen Seite haben wir davon gehört, dass es auch im Vorfeld Warnungen gegeben hat, dass sich circa 10 000 gewaltbereite Autonome auf dem Weg nach Hamburg befinden sollten. Die Hamburger Kaufleute waren so klug und haben ihre Geschäfte verbarrikadiert. Die waren dann vielleicht etwas weitsichtiger als Ihre Ratgeber.

Ich möchte Sie Folgendes fragen: Hat es Warnungen gegeben, auch aus dem Bereich der Polizei, an Sie persönlich adressiert, dass von diesen 10 000 Gewalttätigen, die ja nun keine Gefahr für den eigentlichen Gipfel dargestellt haben, davon gehen wir einmal alle aus, dass dieser Gipfel wirklich gut und weiträumig, weitläufig gesichert war, dass es aber von diesen 10 000 Personen durchaus unkalkulierbare, gefährliche und weitreichende Aktionen auch gegen die Hamburger Zivilbevölkerung gegeben hat? Sie haben vorhin gesagt, nach der Ratio dieser Leute sei es nicht zu befürchten gewesen, denn sie wollten ja auch immer Aktionen fahren, die in der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen. Mit der Ratio des Schwarzen Blocks kann man nur nicht argumentieren.

Zweitens, wie haben Sie auf derartige Warnungen reagiert? Wen haben Sie ausdrücklich noch einmal befragt?

Und drittens, was hat man Ihnen geantwortet? Und noch einmal, fühlen Sie sich gut beraten, dass Sie diesen Satz von der Sicherheitsgarantie gesagt haben?

Das waren also drei Fragen. Wenn ich darf, vielleicht noch zwei kleine zum weiteren Vorfeld mit der Bundeskanzlerin.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, ich war noch ... ich hatte gefragt, wenn ich darf, vielleicht noch zwei kleine ...

Vorsitzender: Ach so, ja bitte, stellen Sie Ihre Fragen zu Ende.

Abg. Dirk Nockemann: Danke schön. Sie sagten also, das Telefonat, das erste, mit der Bundeskanzlerin, habe im November 2016 stattgefunden. Was ist eigentlich danach passiert? Sie sagten, Sie hätten mit dem einen oder anderen höheren Vertreter der Stadt darüber gesprochen, damit der auch Bescheid wüsste, wenn man ihn auf Bundesebene darauf anspricht. Aber haben Sie vielleicht Ihren Stab zusammengerufen, den Sicherheitsssenator, den Finanzssenator? Normalerweise ist es doch so, wenn an jemanden herangetragen wird, dass man ein derartiges Ereignis hat, egal, ob das in der Wirtschaft ist, im Unternehmen oder auch in der Stadt, dass man da nicht erst einmal 14 Tage sich darüber freut, dass man von der Bundeskanzlerin angerufen wurde, sondern dass man dann auch mit seinem Stab eine Risikoanalyse macht. Dazu hätte ich gern von Ihnen noch einige Ausführungen.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Schönen Dank für die Fragen. Um das noch einmal zu sagen, die Aussagen zu der verkehrlichen Entwicklung, die waren nicht gelungen. Das will ich noch einmal wiederholen. Ich habe es eingangs gemacht, aber das will ich nicht relativieren, das hat sich ja hinterher ganz anders dargestellt. Zur Sicherheitslage habe ich aus tiefer innerer Überzeugung gesprochen und natürlich auch immer in der Verantwortung dafür, dass die Dinge, die ich sage, auch Einfluss haben auf die Sorgen, die viele haben in dieser Frage. Aber das hätte ich so nicht gesagt, wenn ich nicht den Eindruck hätte, das klappt auch so. Das kann man mir jetzt vorhalten, ist auch in Ordnung, aber jedenfalls ist das jetzt nicht leichtfertig gesprochen gewesen.

Und ich habe Ihnen ja schon eben über das Treffen im Kanzleramt berichtet, wo wir diese Frage diskutiert haben, und das will ich gern noch einmal sagen, wer da so alles anwesend war. Der Bundesinnenminister, der Präsident des Bundeskriminalamts, der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und der Präsident der Bundespolizei und unsere Leute. Und die haben auf die Frage, ob man den Gipfel durchführen kann und die Sicherheit garantieren kann, alle mit ja geantwortet.

(Abg. Dirk Nockemann: Für den Gipfel ja, aber die Sicherheit für die Bevölkerung?)

– Für die Sicherheit, um die ging es gleichermaßen. Also auch das.

Und es ging um die Frage, kann man das machen. Wenn die Sicherheit der Bevölkerung nicht hätte gewährleistet werden können, hätte man es nicht machen können. Und es wäre auch in dem Zeitpunkt mit allen möglichen Komplikationen aber immer noch möglich gewesen zu sagen, wir machen es dann nicht.

Deshalb ist das auch das, woran ich mich halte. Sie kennen, weil das in Ihren Akten liegt, die Vorbereitung, die ich dazu hatte, und die Sicherheitsanalysen der Bundesbehörden und der Hamburger Polizei, die ja alle zusammengetragen haben, was sie alles so wissen. Das ist ja ein gemeinsames Wissen. Und daraus ergibt sich, wenn man das jetzt sich genau anschaut, dass auch zu diesem Zeitpunkt von diesen ganzen Institutionen und ihren Chefs niemand der Auffassung war, dass solche Ereignisse zu befürchten wären, wie sie zum Beispiel am Freitagmorgen sich ereignet haben.

Trotzdem sind ja Vorkehrungen getroffen. Es gab Raumschutzkräfte, das ist, glaube ich, schon im Innenausschuss berichtet worden und auch beim letzten Mal wohl diskutiert worden, die da waren, das hat aber nicht geklappt, sie immer da hinzustellen, wo sie dann ganz genau gewesen sind. Und es hat eben auch die Anweisung gegeben, dass die Mittel, die die

Polizei hat in den Kommissariaten, überall voll besetzt sind, sodass man, wenn jetzt irgendwo ein unmotivierter oder ein Anschlag auf irgendein einzelnes Reizobjekt stattfindet, die Polizeikräfte sofort da hinfahren können, weil, das hätte ja sein können irgendwo im Stadtgebiet, so eine Einzelaktion. Aber diese, die wir dann erlebt haben, die hatte in dieser Form niemand für plausibel gehalten, und deshalb steht das auch in den Einschätzungen, die Sie gelesen haben und die die Kanzlerin und ich und andere zur Vorbereitung angeschaut haben, so nicht drin.

Und ich glaube, in Wahrheit ist das, was wir erlebt haben, ja nicht nur schrecklich im Hinblick auf die Ereignisse, die wir in Hamburg jetzt gesehen haben, sondern das ist ja auch schrecklich im Hinblick auf die Frage, wie gehen wir mit solchen Lagen in Deutschland insgesamt um. Also ich stelle mir vor, es findet irgendwo ein Kirchentag statt und eine islamistische Gruppe kündigt irgendwo im Gebiet der Stadt des Kirchentages Gewalt an, die nicht sich ... der man nicht dadurch begegnen kann, dass sie sich gegen das Geschehen richtet, wo man dann mit Polizeikräften gezielt vorgehen kann, wie das hier auch der Fall war, sondern irgendwo. Wenn wir da nicht mit Mitteln der Aufklärung vorher wissen, wo das sein kann, werden wir vor eine neue Aufgabe gestellt, für die wir uns sehr viele Gedanken machen müssen, wie man sie lösen kann. Ich hoffe übrigens, dass die Polizei und auch dieser Ausschuss am Ende aller Betrachtungen vielleicht zumindest die Richtung einer Umgangsweise mit einem solchen vielleicht neuen Phänomen haben. Oder dass irgendwo ein Christopher-Street-Day auf diese Weise von irgendwelchen Rechtsradikalen bedroht wird. Auch das ist etwas, wo man sich Gedanken machen muss. Und deshalb will ich ausdrücklich sagen, das war die Einschätzung, die alle miteinander hatten, und die ist ja jetzt nicht nur mündlich gesagt, sondern auch nachlesbar durch die Vorbereitung, die Ihnen bekannt ist.

Und zweite Frage war, ob uns bekannt war, dass sich gewaltbereite Extremisten auf den Weg nach Hamburg machen. Ja, das stand ja auch in diesen Vorbereitungen drin und es ist immer diskutiert worden, dass das selbstverständlich passieren wird. Und es ist immer neu eingeschätzt worden, welches Ausmaß das haben wird. Aber die haben ja auch angekündigt, was sie machen wollten. Infrastrukturen besetzen, den Hafen stilllegen, das Weltkapital besiegen am Hamburger Hafen und verschiedene andere Dinge, die da diskutiert worden sind, oder den Gipfel selbst und die Kolonnen und die verschiedenen Veranstaltungen beeinträchtigen, indem sie das alles durcheinanderbringen, was da vorbereitet war. Insofern war das gut vorbereitet.

Auch, dass klar war, dass in einzelnen Demonstrationen das, was sich dann Schwarzer Block nennt, ganz bestimmt militante Perspektiven verfolgt. Da hat die Polizei sich auch drauf vorbereitet und gesagt, was kann man da eigentlich machen. Insofern sind das Dinge, die gewesen sind, aber eben mit diesem Rahmen, den ich eben geschildert habe.

Dann war noch eine Frage, die ich jetzt vergessen habe.

Abg. Dirk Nockemann: Das war im Zusammenhang mit dem Telefonat der Bundeskanzlerin, was in den zwei oder drei Wochen darauf passiert ist, ob Sie einen Stab zusammengerufen haben, eine Risikoanalyse gemacht haben, Vorteile gegen Risiken abgewogen haben.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also es ist so, dass ich diejenigen ... Wir hatten ja eine Situation die Kanzlerin wollte den Gipfel gern in Hamburg durchführen, aber ihre Entscheidung hat sie letztendlich Anfang Februar getroffen, bevor sie das beim Matthiae-Mahl verkündet hat. Das heißt, sowohl sie als auch wir haben die Lage betrachtet. Was ganz klar ist, dass man zu diesem Zeitpunkt keine Sicherheitsanalyse machen kann, die das Niveau hat, das man braucht, um jetzt am Ende die Sache beurteilen zu können, so viel Zeit vorher. Sie haben gesehen, wie die Sicherheitsanalyse Ende Mai, im Mai 2017 war. Und da ist ja das nicht vorhergesagt worden, was wir konkret jetzt auch erlebt haben.

Aber es ist natürlich dafür gesorgt worden, dass der Innensenator, der Chef der Senatskanzlei, der Staatsrat der Innenbehörde, der Bevollmächtigte, diejenigen, die in Berlin tätig sind, mein Pressesprecher darüber Bescheid weiß, um sich gewissermaßen auf die Dinge vorzubereiten, auch das Protokoll und die Verkehrsbehörde, die ja auch wissen muss, dass das für sie Konsequenzen hat, damit, wenn dann die Ansprachen erfolgen, sie damit umgehen können. Das ist auch passiert. Die haben dann in engster Vertraulichkeit die informiert, von denen sie denken, dass sie es wissen müssen. Und es hat dann ja im Januar 2017 schon die Treffen gegeben, die Sie dokumentiert haben und letztes Mal auch besprochen haben, auch mit Vertretern des Bundes im Vorfeld der Entscheidungsbildung der Bundeskanzlerin.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Es ist so, Sie sehen dann den Fragesteller an und reden mit ihm, das ist auch gut so, aber das Mikrofon ist dadurch dann manchmal ein bisschen weiter weg.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sie können mir beim nächsten Mal eins anstecken.

Vorsitzender: Ja, das wäre gut. Sie kommen ja noch zweimal voraussichtlich.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Genau.

Vorsitzender: Dann können wir das einmal anders handhaben dann. Herr Trepoll hat das Wort.

Abg. André Trepoll: Ja, jetzt brauchen Sie nur nach vorne zu schauen, Herr Scholz. Ich bin doch einigermaßen fassungslos. Sie haben den Hamburgerinnen und Hamburgern ja im Nachhinein des Gipfels sehr umfangreiche Aufklärung versprochen. Das, was wir heute von Ihnen bisher gehört haben, waren ja zum großen Teil Zitate Ihrer Regierungserklärung, die ja nur zwei, drei Tage danach stattgefunden hat. Und ich bin auch fassungslos, ich meine, wo sind Sie eigentlich am 1. Mai in Hamburg, wenn Sie sagen, das ist nicht vorhersehbar. Da haben wir nun ähnliche Szenen, und die haben wir auch bei G20 erlebt.

Ich will Ihnen Recht geben, die Zeit des G20-Gipfels war eine schwere Belastungsprobe für unsere Stadt, die schwersten Auseinandersetzungen linker Extremisten mit der Polizei. Viele verletzte Polizeibeamte. Rauchsäulen über Hamburg. Sie haben es beschrieben. Bandenartig marodierend, die durch die Straßen gezogen sind, Stadtteile, die stundenlang alleingelassen wurden. Und in diesen drei Tagen teilweise chaotischer Zustände, das muss man so deutlich sagen, haben viele Menschen das so empfunden, als einen Kontrollverlust des Staates und der öffentlichen Sicherheit. Und es hat die Seele unserer Stadt zutiefst verletzt.

Und die Rückmeldungen aus unserer Stadt und die vorherrschende Verunsicherung vieler Bürger machen das mehr als deutlich, dass G20 nach wie vor eine schwere Hypothek ist für Hamburg, und die Folgen. Und deshalb ist es, glaube ich, wichtig, dass wir uns dieser Aufklärungsarbeit stellen und an diese Verantwortlichkeit möchte ich Sie auch noch einmal erinnern. Denn das ist wichtig für das Sicherheitsempfinden unserer Bürger, dass das geheilt wird, das Ansehen unserer Stadt, und ich glaube, auch am wichtigsten für die politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen, und damit spreche ich natürlich insbesondere Sie an, Herr Scholz.

Sie als, das kann man so sagen, Schlüsselfigur dieser G20-Tage hier in Hamburg haben ja diese umfassende Aufarbeitung versprochen. Sie haben Konsequenzen versprochen. Bisher kann man diese Konsequenzen noch nicht ansatzweise erkennen. Sie beschäftigen sich eher mit der Bundes-SPD als mit der Aufarbeitung dieser Vorkommnisse. Und deshalb finde ich ... will ich kurz umreißen, auf welche zentralen Fragen Sie heute hier dem Ausschuss und der Öffentlichkeit auch Antworten liefern müssen.

Auf welcher Grundlage haben Sie Ihre Sicherheitsgarantie und Ihr Kostenversprechen abgegeben? Mit wem haben Sie gesprochen? Welche Informationen lagen Ihnen vor und wie waren Sie persönlich eingebunden? Welche Rolle hat das System Scholz gespielt? Also die Frage absoluter Loyalität, alles läuft über Ihren Tisch, Widerspruch und Kritik sind eigentlich nicht erwünscht. Warum behaupten Sie bis heute, die Gewalt hätte niemand vorhersehen können, obwohl nicht nur die Sicherheitsbehörden – wir werden dazu im Detail kommen – Sie genau davor gewarnt haben, ich habe das ja eben schon gesagt, das ja auch keine neuen Vorkommnisse sind. Und deshalb haben wir das ja auch in den Akten gefunden, die Lageeinschätzung und die Allgemeinverfügung, die sich mit dem G20-Gipfel beschäftigen. Und war der Schutz der Gäste mehr wert als der der Hamburger? Gab es dort tatsächlich unterschiedliche Prioritäten? Und warum wurde der Linksextremismus in unserer Stadt nicht entschiedener bekämpft? Was haben Sie vor mit der Roten Flora?

Am Ende dreht sich alles um die Frage, haben Sie vorsätzlich falsche Erwartungen geweckt oder haben Sie es einfach nicht besser gekonnt. Und deshalb fangen wir vielleicht einmal an. Keine Ausflüchte. Sie haben ja vor einigen Tagen Ihr Grundsatzpapier vorgestellt, das heißt ja auch so: Keine Ausflüchte! Neue Zukunftsfragen beantworten! Klare Grundsätze! Die Kernthese darin lautet, man darf nur das versprechen, was man halten kann, und muss halten, was man versprochen hat. Und deshalb frage ich Sie ganz konkret: Warum haben Sie den Hamburgern ein Sicherheitsversprechen abgegeben und wie passt das mit Ihrem Grundsatz zusammen, dass man nur das versprechen darf, was man halten kann? Für wie wichtig halten Sie auch Ihre persönliche Glaubwürdigkeit in der Politik?

Und dann möchte ich Sie konkret weiter fragen: Haben Sie das wichtigste Dokument, das sich ja auch mit den Sicherheitsfragen im Gipfel oder bezüglich des Gipfels beschäftigt, den Rahmenbefehl der Polizei, wir haben ihn ja anfangs nur in geschwärtzter Fassung gehabt, davon gehe ich aus, dass Sie den nicht gehabt haben, haben Sie den überhaupt vorab zur Kenntnis genommen?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich will gern ... Schönen Dank für die Fragen und auch für die Einschätzung.

Abg. André Trepoll: Gern.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe das Sicherheitsversprechen abgegeben mit den Worten, die Sie alle kennen und in verschiedenen Zeitungen und überall nachlesen können, weil ich fest davon überzeugt war, dass wir uns gut vorbereitet haben, dass die Fähigkeiten, übrigens nicht nur die Mannstärke, wenn ich das so sagen darf, der deutschen Polizei, des Bundes und der Länder, die hier zusammenkommen, und ihrer technischen Mittel, sondern auch das personelle Know-how von Leuten, die viele solcher Einsätze geleitet haben, zur Kenntnis genommen haben, die selbst etwas mit eingebracht haben, weil sie das schon unzählige Male selbst gemacht haben an vielen Stellen, dass das dafür reichen würde, das auch so zu garantieren.

Und umso bitterer ist es, dass es dann im Ergebnis nicht geklappt hat, das muss man ja dazu sagen, und deshalb war es mir auch wichtig, hier noch einmal zu sagen, dass ich das sehr bedrückend finde, und habe deshalb sehr bewusst noch einmal meine Ausführungen in der Bürgerschaft wiederholt, weil ich nicht möchte, dass irgendjemand denkt, irgendwann ist es anders. Nein, es ist so, wie ich es in der Bürgerschaft gesagt habe, und das ist meine Haltung zu diesem Thema.

Was die Frage – das war ja die zweite Frage, wenn ich das richtig sehe – des Rahmenbefehls für die BAO Michel betrifft, teile ich Ihre Einschätzung nicht, dass es das wichtigste Do-

kument ist. Ich glaube, dass das eine völlige Fehlbewertung ist. Und wenn man es liest, was ich unterdessen gemacht habe, kommt man auch nicht zu dieser Einschätzung. Das kann man nicht, wenn man es gelesen hat, das kann man nur, wenn man nach einem Wort sucht und daraus Schlüsse zieht. Und es ist auch ja nicht für alle Tätigkeiten, die in diesem Zusammenhang relevant gewesen sind, dagewesen. Mir hat das nicht vorgelegen, ich habe jedenfalls keine Erinnerung daran, und alle, die ich befragt habe, ob es mir irgendwie vorgelegen hat, haben gesagt, nein. Und das finde ich auch völlig in Ordnung so, denn ich teile Ihre Einschätzung dieses Dokuments nicht. Es ist nicht das Dokument, es hat nicht die Bedeutung, es ist eine völlige Fehlinterpretation, das so zu sehen.

Abg. André Trepoll: Dann hatte ich noch die Frage nach der Glaubwürdigkeit gestellt.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich glaube, die meisten Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt halten mich für einen sehr glaubwürdigen Politiker, und das ist mir auch sehr viel wert und ich werde alles dafür tun, dass das auch so bleibt.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Frau Özdemir.

Abg. Cansu Özdemir: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vorab möchte ich noch einmal auf das Gespräch, Herr Scholz, das Sie mit dem "Handelsblatt" geführt haben, das heute erschienen ist, noch einmal etwas anmerken. Sie sagen da, ich zitiere: "Es war schlimm, aber es wird nicht besser, wenn man viel darüber redet." Ich möchte dazu noch einmal fragen, was Sie sich bei dieser Aussage eigentlich gedacht haben, weil ich der Auffassung bin, dass die Ausschussmitglieder, dass die Mitglieder des Sonderausschusses hier sitzen, um nicht über die Geschehnisse, über die Ereignisse nur zu reden, sondern auch im Interesse der Öffentlichkeit auch Aufklärung zu betreiben.

Sie haben in Ihrem Eingangsstatement von dem 19. November gesprochen, wo Sie das Telefonat mit Frau Merkel geführt haben, und Sie haben gesagt, dass Sie sofort Zustimmung signalisiert haben. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie wirklich sofort Zustimmung signalisiert haben, ohne dass es eine Zeitspanne gab, in der Überprüfungen stattgefunden haben, in der Sie vielleicht gesagt hätten, wir möchten doch nicht Hamburg als Austragungsort haben? Gab es diese Zeitspanne überhaupt oder war es diese Zeitspanne zwischen dem 19. November und dem 29. Mai 2017, der Tag, an dem Sie das Ja von den Sicherheitsbehörden bekommen haben? Und vor diesem Hintergrund interessiert mich auch, wenn es diese Zeitspanne gegeben hat, was wurde überhaupt überprüft. Waren es diese Aspekte, die Sie vorhin in Ihrem Eingangsstatement angesprochen haben, zum Beispiel eben auch das Demonstrationsrecht, das Thema Verkehr, oder gab es überhaupt gar nicht diese Zeitspanne, in der es diese Überprüfungen gegeben hat, in der Sie Ihre Entscheidungen vielleicht noch einmal überdacht hätten. Sie haben ja auch gesagt, dass Sie eine Abwägung treffen mussten, also eben aus staatsbürgerlicher Verantwortung. Und es gab ja die ersten Lageeinschätzungen der Polizei im März 2016, in der es zum Beispiel hieß, ich zitiere: "Die Ereignisse in Genua waren ein Grund dafür, dass folgende maßgebliche Gipfeltreffen häufig in eher ländlichen oder schwer zugänglichen Regionen stattfanden."

Vor dem Hintergrund, dass es in Genua ja auch einen Toten gegeben hatte, stellt sich für uns die Frage, welche Rolle spielten vor der Zusage, den Gipfel in Hamburg durchzuführen, diese bisherigen Erfahrungen und Schlussfolgerungen und wurde das überhaupt während dieser Phase, also der Entscheidungsphase, reflektiert oder wurde das überhaupt nicht reflektiert. Und Sie haben ja auch auf die Frage der anderen Ausschussmitglieder, warum Sie so sicher waren mit Ihrer Meinung, den Gipfel sicher in Hamburg durchführen zu können, noch einmal befragt(?), und Sie haben ja immer gesagt, auch im NDR 90,3 am 14. Juli, dass Sie und die Kanzlerin eben diese Auffassung vertreten haben, sehr sicher zu sein, den Gipfel in Hamburg auch schützen zu können und alle Probleme, die anstehen, eben auch lösen zu

können. Was hat Sie so sicher gemacht zu diesem Zeitpunkt, den Gipfel in Hamburg wirklich auch schützen zu können und all die Probleme, die anstanden, auch wirklich lösen zu können?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja, schönen Dank für Ihre Fragen. Die Einschätzung der Sicherheitslage hätte jederzeit dazu führen können, dass wir gesagt hätten, es geht nicht. Wir haben uns darüber immer unterhalten, wie die Lage ist. Und noch am 29. Mai 2017 hätte man sagen können, es geht nicht. Ich glaube, dass ich jetzt keine Überinterpretation der Bundeskanzlerin vornehme, wenn ich sage, das war auch der Sinn ihrer Frage, weil, sie hat ja diejenigen, die ihr hätten sagen müssen, es geht nicht, gefragt, die Vertreter der Bundesbehörden, auch den Vertreter der Hamburger Polizei und den Staatsrat und den Bürgermeister. Und wenn einer von den Anwesenden gesagt hätte, es geht nicht, bin ich sicher – so schätze ich sie ein –, hätte sie gesagt, dann können wir das nicht machen. Ich aber übrigens auch. Also das kann man dann nicht durchführen. Insofern ist das natürlich immer eine Frage, die man permanent reflektiert. Und Herr Grote oder Herr Krösser werden Ihnen berichten können, dass ich bei den vielen Gelegenheiten, wo wir zusammentrafen und dann einmal gesprochen haben, nicht nur gefragt habe, habt ihr alles, was ihr braucht, müssen wir noch etwas tun, sondern auch gefragt habe, und kriegt ihr das hin, schaffen wir das, gibt es Probleme. Die hätten jederzeit sagen können, das kriegen wir nicht hin. Und dann hätten wir darüber reden müssen, ob wir das machen, das ist ja selbstverständlich, und was wir dann machen, das kann man dann nicht durchführen. Insofern ist das ja etwas, das jeder von uns im Kopf hatte, sowohl bei den Bundesbehörden als auch hier, dass man, wenn man irgendwann aus irgendeinem Grund diese Erkenntnis in sich reifen sieht, dann sagen muss, dann muss man eine andere Konsequenz dafür haben.

Sie sprechen Genua an. Natürlich ist mir das sehr präsent gewesen. Und da ja nun alle, die in Deutschland mit solchen Großereignissen und mit solchen Kundgebungen etwas zu tun hatten, in die Vorbereitung eingebunden sind, nicht nur hier in Hamburg ... Wobei, das haben Sie schon im Innenausschuss gehört von Herrn Dudde und anderen, die waren ja auch schon oft bei Einsätzen in anderen Ländern und bei Bundesereignissen dabei. Das heißt, alle kennen sich und alle tauschen diese Informationen aus. Das Wissen, was man aus all diesen Ereignissen hatte, das gehört zum Erfahrungsschatz der deutschen Sicherheitsbehörden, sowohl in den Ländern als auch im Bund. Und das ist etwas, das jetzt gewissermaßen um weitere Erfahrungen, auch bittere, ausdrücklich, über die wir jetzt hier diskutieren, angereichert ist. Und bei nächsten Ereignissen wird all dieses Wissen wieder bundesweit zusammengetragen und dann einfließen in die Einschätzungen, die man da hat.

Genua spielt eine Rolle, weil es Freunde von mir gibt und auch ein, zwei Journalisten, die mich so im letzten und auch in diesem Jahr gefragt haben, Scholz, wenn wie in Genua jemand stirbt, dann können Sie nicht im Amt bleiben, oder du. Da habe ich gesagt, das weiß ich. Also diese Sache habe ich in keinem Fall auf die leichte Schulter genommen. Und deshalb weiß ich auch, dass alle sich sehr bemüht haben, dass es solche Verletzungen von Personen und von Polizisten und auch den Tod von jemandem nicht gibt, aber ich hätte die Konsequenz ziehen müssen, selbst wenn eins zu eins klar gewesen wäre, dass ich nichts falsch gemacht hätte. Das ist dann eine Sache, die für mich völlig klar war. Und darum ist die Frage Genua in meinem Kopf sehr genau gewesen, weil das ja jetzt etwas ist, wo man sich am besten aber vorher Gedanken drüber macht. Und das war jedenfalls für mich etwas, wo ich ganz klar war, wenn das uns passiert wäre während der G20-Situation, hätte das diese Konsequenz gehabt. Es ist nicht passiert. Das ist ja das, was wir, Gott sei Dank, trotz aller anderen schwierigen Situationen festhalten können.

Die Erfahrung aus anderen Austragungsorten in der Welt, die Sie beschrieben haben, beziehen sich aber auf ..., und die ländlichen Austragungsorte beziehen sich nicht auf G20-Gipfel, insbesondere seitdem die Regierungschefs dabei sind, sondern auf G7-, G8-Formate, die sind auch eine unglaubliche Messe, aber doch kleiner. Und es hat immer nur Orte gegeben, die über diese Kapazitäten verfügen, wie wir sie haben. Und zweimal, wenn ich das im Kopf habe, welche, die einfach als Touristenstandorte so ausgestattet sind wie eine Großstadt, sodass man das dort machen kann, weil die Massentourismusorte sind. Und ansonsten eben nicht. Und darum wiederhole ich gern meine Einschätzung, dass es in Deutschland nur die vier Millionenstädte gibt, die das machen können – anders als bei G7, G8 – und dass es übrigens für eine demokratische Gesellschaft auch wichtig sein muss, zu wollen, dass man das da machen kann. Das will ich gern auch noch einmal sagen.

Vorsitzender: Danke. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, vielen Dank. Ich würde gern zwei Fragen stellen. Die eine bezieht sich auf einen ähnlichen Punkt, den Sie schon in Ihrer Antwort möglicherweise eben auch aufgegriffen haben. Würden Sie im Nachhinein sagen, dass es zu einem bestimmten Zeitpunkt oder aufgrund bestimmter Erkenntnisse doch in der Struktur der Vorbereitung, ich meine nicht in den Details des Sicherheitskonzepts, sondern in der Struktur der Vorbereitung, in der Einbindung der bundesweiten Sicherheitsbehörden, etwas anders hätte laufen müssen. Hätte zum Beispiel das Einbinden von Vertretern der diversen Universitäten, die sich mit Konfliktverhalten beschäftigen, die sich mit bestimmten Gewaltsituationen beschäftigen, hätte so etwas hilfreich sein können? Also haben Sie das im Nachhinein einmal überlegt, ob also in diesem Sinne die Struktur der Vorbereitung etwas anders aufgestellt hätte sein sollen und ob das möglicherweise hilfreich gewesen wäre?

Und dann würde ich gern noch einmal konkreter nachfragen, Sie haben sehr deutlich gesagt, wie klar am 29. Mai noch einmal über die Situation gesprochen wurde, auch über die mögliche Entscheidung, kann man es machen oder muss man es abbrechen. Danach hat sich ja noch viel an der Sicherheitseinschätzung und an der Lageeinschätzung verändert. Wir haben das im Innenausschuss ja auch sehr ausführlich immer wieder besprochen. Hat ein ähnliches Treffen in der Zusammensetzung wie am 29. Mai dann noch einmal mit einer weiteren Einschätzung der Lage stattgefunden oder war das dann ..., also ist der Kreis oder ein ähnlicher Kreis dann nicht mehr zusammengekommen?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also was die erste Frage betrifft, die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und Hamburgs und den Sicherheitsbehörden anderer Länder habe ich als exzellent empfunden und empfinde sie auch unverändert als so. Da ist sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet worden und ich glaube, dass ganz viele es uns auch hoch angerechnet haben, dass bestimmte Einsatzabschnitte von Vertretern anderer Polizeien geleitet worden sind. Das, glaube ich, war schon ganz besonders. Also das ist, habe ich verschiedentlich gehört, auch sehr, sehr, sehr hochgeschätzt worden, dass wir diese Souveränität besessen haben, jeweils die Leute mit der allergrößten Expertise und der größten Erfahrung für die jeweils einzelne Aufgabe einzusetzen. Und das fand ich auch eine große Leistung der Hamburger Polizei, die das ja von sich aus so geplant und gedacht hat, dass man das so machen soll. Und insofern glaube ich, ist es wirklich so, dass man noch einmal unterstreichen kann, was ich vorhin versucht habe zu sagen, das war jetzt nicht nur die Manpower und die ganzen technischen Ausrüstungen und die Intelligence und die digitalen Möglichkeiten, die wir hatten, die da eingesetzt worden sind, komplett aus Deutschland, die für so einen Einsatz mobilisiert werden können, sondern das war auch von der Einstellung her und von der Vorbereitung her eine sehr, sehr gute Arbeit.

Das Letzte, was Sie ... Also die Frage, ob man hätte noch andere Konfliktforscher oder so da befragen können, ich glaube nicht, dass das Sinn gemacht hätte, denn meine Einschätzung ist schon, dass ein sehr hohes wissenschaftliches Niveau bei unseren Polizeien existiert über die Einschätzung, die man braucht im Umgang mit solchen Sicherheitslagen, also dass die eigentlich die sind, die das meiste Wissen und das meiste Know-how haben und auch die meiste Expertise. Und dass wir die auch richtig eingesetzt haben alle miteinander zusammen, das ist meine Einschätzung.

Ein politisches Treffen der Art, wie ich das mit Frau Merkel beschrieben hatte, hat es dann in der Folge nicht noch einmal gegeben. Was man immer mit wissen muss, ist, dass wir uns ununterbrochen gesehen haben, aber es hat natürlich noch die Steuerungsgruppe des Bundes weiter getagt, über die dann die Rückkopplung zu mir und auch allen anderen hier jeweils stattgefunden hat oder die dabei waren, sodass also die Lage immer noch einmal neu besprochen worden ist. Und auch unmittelbar vor dem Gipfel haben alle sich noch einmal ihre Meinungen gesagt. So.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau von Treuenfels-Frowein.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein: Vielen Dank. Herr Bürgermeister, ich glaube, wir sind uns alle einig und das haben Sie ja selbst auch gesagt, das Vertrauen in Sie als Bürgermeister hat gelitten. Wie Sie das wieder herstellen, das, hoffe ich, werden Sie für sich ausmachen und vielleicht ja auch schaffen. Aber auch das Vertrauen in den Rechtsstaat der Bürger hat, glaube ich, gelitten, und dafür, finde ich, sind wir alle aufgerufen, das wiederzuerlangen, weswegen wir hier sitzen und eine offene und ehrliche Aufklärung nicht nur erwarten, sondern auch alle dazu beitragen werden. Das vorab.

Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement erwähnt, dass alle Erfahrungen der Bundesländer mit in die Frage eingegangen sind, kann man sich diesen Gipfel hier zumuten und ist das eine Sicherheitsfrage, die stand ja sicher da an Punkt Nummer 1. Meine Frage ist, jeder von uns kann sich wahrscheinlich daran erinnern, was 2015 in Hessen bei der Einweihung der EZB passiert ist. Und ich nehme einmal an, dass auch Hessen dabei gewesen ist, als Sie diese Beratungen gemacht haben. Und noch einmal, auch wenn wir vielleicht zu sehr darauf herumreiten, ich kann mir aber nicht vorstellen, dass Sie, wenn Sie eine Sicherheitsgarantie für diese Stadt ... Also nun gerade Sie, die Sie ja nun bestimmt nicht dafür bekannt sind ... Entschuldigung bitte. ... die Sie ja nun gerade dafür bekannt sind, so emotional einfach einmal eine Sicherheitsgarantie für eine ganze Stadt auszusprechen. Gerade Sie, die ja auch mit der inneren Sicherheit immer viel zu tun hatten, wie kommen Sie dazu, wenn Sie doch wissen, was da passiert ist und wenn Sie dann ja auch beraten worden sind, das dieser Stadt zu garantieren, denn Sie haben ja gewusst, was da passiert ist. Und nicht nur, was da passiert ist im Sinne davon, dass da Gewaltbereite – wer auch immer das gewesen ist und wer es immer bei uns ist, das wird ja auch noch zu klären sein, das sind ja nicht nur die Linksradiكالen gewesen, die das getan haben hier – in der Stadt Schlimmstes angerichtet haben. Davor so etwas zu tun, was hat Sie wirklich bewegt? Also einmal ganz ehrlich, was hat Sie wirklich bewegt, das trotzdem zu tun, weil, das passt so wenig zu Ihnen? Das würde mich einfach einmal wirklich interessieren. Und ich glaube ganz ehrlich, so, das würde auch viele Bürger interessieren. Und Sie haben sich ja auch entschuldigt, was ich begrüße, dass Sie das getan haben jetzt noch einmal, aber ich glaube, auch das erwarten die Bürger dieser Stadt, dass man ganz offen und ehrlich als Politiker auch einmal sagt, Mensch, das habe ich falsch eingeschätzt und das soll mir nicht noch einmal passieren. Aber daran rekrutiert sich ja gerade die Frage. Warum, wenn Sie das alles so genau gewusst haben oder hätten wissen können, wie wir ja alle auch, haben Sie das doch getan?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Zunächst einmal will ich Ihnen gern versichern, dass das Wissen, das man aus anderen Ereignissen hatte, eingeflossen ist in die fortlaufende Vorbereitung. Und ich weiß das aus Gesprächen mit Herrn Grote und Herrn Krösner, dass die sehr genau bedacht haben zusammen mit der Polizei, dass es ja solche Ereignisse gegeben hat. Wenn Sie das gern möchten, würde ich Herrn Krösner gern das Wort geben, damit er Ihnen das noch einmal erläutert, wie das Wissen eingeflossen ist in die Planung und die Fragen, die da sind, was die Sicherheitsgarantie betrifft oder das, was ich dazu gesagt habe, wiederhole ich gern, was ich eben noch einmal gesagt habe. Ich habe das aus der Überzeugung, die über diese lange, lange Beschäftigung immer wieder bei allen möglichen Gesprächen mit den Themen G20 und der Sicherheitsvorbereitung entstanden ist und auch diesen abschließenden, also den Gesprächen im Kanzleramt, den Vorbereitungen dazu, die Sie gelesen haben und die ja Teil Ihrer Akte sind, soweit ich das weiß, habe ich das gesagt, weil ich das richtig fand. Ich habe das nicht dahingesagt und gesagt, na, hoffentlich stimmt es oder so, sondern ich fand das richtig. Und dadurch, dass das jetzt anders gekommen ist, ist es völlig berechtigt, die Frage zu stellen, aber ich will keine andere Antwort geben als die wahre. Und die wahre ist, ich habe das gemacht, weil nach alledem, was ich gewusst habe, wie ich mich vorbereitet hatte, wie wir uns vorbereitet hatten, ich überzeugt war, dass es auch am Ende so gewesen sein wird. Das war nun anders. Und wenn Sie jetzt den Wunsch haben, noch einmal etwas zu hören zur Frage, was haben wir aus den Krawallen bei der EZB-Einweihung ..., haben wir das gewusst und ist das eingeflossen, vielleicht Herr Krösner, zwei, drei Sätze.

Staatsrat Bernd Krösner: Ja. Natürlich hat die Hamburger Polizei in Vorbereitung auf den Gipfel, nicht nur den G20-Gipfel, sondern auch schon das OSZE-Ministerratstreffen die bundesdeutschen Erfahrungen auch noch einmal ausgewertet aus der jüngeren Vergangenheit und auch aus der weiteren Vergangenheit im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen. Frankfurt gehörte selbstverständlich dazu. EZB-Bank war ja noch ein relativ neues Ereignis. Die Sicherheitsbehörden funktionieren ja immer so, dass Sie aus Erfahrungen dazulernen. Und insofern hat man natürlich auch die Erfahrungen in Frankfurt ausgewertet und das Einsatzkonzept, das wir hier entwickelt haben, hat die Erfahrung aus Frankfurt auch mit einbezogen hinsichtlich der Frage, wie geht man mit solchen gewalttätigen Krawallen eigentlich um, was hat die gewalttätigen Krawalle in Frankfurt begünstigt, warum ist es den Störern dort gelungen. Und man hat natürlich bei dem Einsatzkonzept, das man hier entwickelt hat, versucht, das zu antizipieren und war dann natürlich auch zuversichtlich, dass das den Störern hier in dieser Form nicht gelingen würde. Deswegen ist Ihre Frage natürlich berechtigt, man kennt die Ereignisse aus Frankfurt, man hat sie aber beim Einsatzkonzept schon berücksichtigt und dann ist natürlich das Ansinnen und der Anspruch der Sicherheitsbehörden, dass sie mit solchen Krawallen dann umgehen können.

Vorsitzender: Danke, Herr Krösner. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Ich habe ja aus Ihren Ausführungen herausgehört, dass Sie mit dem Verlauf des Gipfels auch nicht zufrieden sind. Was hätten Sie denn aus Ihrer Sicht anders machen können in der Vorbereitungsphase, Sie persönlich? Das würde mich einmal interessieren. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist, welches politische ... Oder haben Sie das politische Ziel verfolgt, mit der Ausrichtung des G20-Gipfels in Hamburg die Bekanntheit unserer Stadt zu steigern? Das ist die zweite Frage, die mich interessiert.

Und dann möchte ich Ihnen einmal zum Beispiel ... Und dann hatten Sie ja gesagt, der Rahmenbefehl, das spielt für Sie keine Rolle. Welches ist denn aus Ihrer Sicht das wichtigste Dokument für die Sicherheitseinschätzung im Vorfeld des Gipfels? Welche Dokumente ha-

ben Sie konkret auch zur Kenntnis genommen? Denn Sie haben ja in der Vorbemerkung auch gesagt, Sie wussten vorher, die Camps sind ein Problem. Und dann kamen Sie nicht umhin, mussten ein Camp ausrichten. Aus dem Camp sind ja nun offensichtlich auch schwere Straftaten vollzogen ... Sie wussten es also vorher. Haben Sie dann einmal bei Ihren Fachleuten nachgefragt, jetzt haben wir das Camp da, was machen wir denn, damit das nicht passiert?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja, schönen Dank für die Frage.

(Abg. André Trepoll: Gern.)

Natürlich habe ich, weil wir ständig über die Camps gesprochen haben, gefragt, wie kriegen wir das dann hin und es hat dann ja auch Entscheidungen gegeben, die sich allerdings im Rahmen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bewegt haben und der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Die einfachste Lösung wäre, das Camp durchführen zu lassen und einzukesseln. Das ist aber verfassungswidrig. Und insofern hat das als Handlungsoption nicht zur Verfügung gestanden und ist auch von niemandem erwogen worden, um es ganz offen zu sagen. Daraus entnehmen Sie aber, dass wir die Frage, was kann man tun, diskutiert haben. Und Sie haben ja schon in der Innenausschusssitzung im zeitlichen Nachgang zum Gipfel von Herrn Dudde gehört und verschiedenen anderen Vertretern der Hamburger Polizei, wie man dann versucht hat, sich entgegenzustellen, welche Kräfte man mobilisiert hat, um auch dann Festnahmen zu tätigen, was ja auch geschehen ist, und wie das Ganze dann im Einzelnen verlaufen ist. Also die Frage, wie geht man damit um, nachdem wir wussten, dass das ein Problem ist und auch fest überzeugt waren, dass nicht die recht hatten, die gesagt haben, da treffen sich nur nette Leute, die einmal übernachten wollen und keine Hotels bezahlen können. Dass das nicht richtig ist, war ein Thema und darüber ist gesprochen worden. Und ich finde, die Polizei hat ja versucht, Maßnahmen zu ergreifen. Es hat aus den Gründen, die schon erörtert sind, dann nicht geklappt im Hinblick auf die Zerstörung an verschiedenen Stellen, die nicht unmittelbare Orte des Gipfels gewesen sind.

Abg. André Trepoll: Also Sie persönlich hatten den Eindruck, das haben wir im Griff mit den Camps?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich hatte den Eindruck, dass die Polizei weiß, was sie tun muss in dieser Frage und dass sie sich darüber die richtigen Gedanken gemacht hat. Und das habe ich aus den Gesprächen mit dem Innensenator und dem Staatsrat, die ich dazu befragt habe, was machen wir jetzt, weil wir natürlich ... Im Prinzip müssen Sie sich das vorstellen, das war ja im Nachhinein eine völlig aufgeregte Phase in der Öffentlichkeit, wo alle diskutiert haben, dürfen die die Camps überhaupt untersagen. Wenn ich jetzt einmal eine Zusammenfassung der Meinungsbildung in der Öffentlichkeit sagen soll, da stand mehrheitlich, nein, wir müssen die erlauben, und zwar ein ganz großes im Stadtpark. Das habe ich gelesen. Und wir haben aber, weil wir so besorgt waren und eine Sicherheitseinschätzung hatten, gesagt, nein, das erlauben wir nicht, trotz der vielen Kritik, die uns entgegenschlägt. Und die Polizei wusste und der Innensenator und der Staatsrat, dass ich hinter ihnen stehe in ihrer strikten Strategie im Umgang mit den Camps. Und dann haben wir immer diskutiert, wenn jeweils die eine Gerichtsentscheidung so, die andere so ausgegangen ist, was wir jetzt machen können und hatten ja ganz kurz sogar die Hoffnung, wie wären komplett mit der Strategie des Verbots der Camps durchgekommen. Im Nachhinein muss man sagen, wäre auch gut gewesen. Und als das dann nicht ging und wir eins erlauben mussten, hat die Polizei sich natürlich auf die Situation eingestellt und hat versucht, Maßnahmen zu ergreifen, die die Verfassungsordnung zulässt, um gewissermaßen von dort ausgehende Gewalttaten aufhalten zu können. Das muss man ja dazusagen.

Abg. André Trepoll: Aber das hat ja offensichtlich nicht funktioniert.

Vorsitzender: Herr Trepoll, ich schlage vor, dass wir erst einmal den Bürgermeister auf Ihre Fragen, die Sie gestellt haben, antworten lassen und Sie dann Nachfragen stellen können.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Hatten Sie noch Fragen? Das war die Hauptfrage. Oder hatten Sie noch eine?

Abg. André Trepoll: Es gab drei Hauptfragen und die zweite war, ob Sie das politische Ziel verfolgt haben, mit der Ausrichtung des G20-Gipfels in Hamburg die Bekanntheit unserer Stadt zu steigern.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe bei der Zusage oder der Inaussichtstellung der Zusage und der schließlichen Zusage, was ja nur ein von der Kanzlerin gewünschtes Einvernehmen war, sie hätte es nicht gebraucht, ich will das noch einmal wiederholen, aber sie hätte, auch das will ich sagen, wenn ich Nein gesagt hätte, das akzeptiert. Obwohl, sie hätte es nicht beachten müssen.

(Abg. Christiane Schneider: Näher ans Mikro bitte!)

Ja. Obwohl sie es nicht hätte beachten müssen, hätte sie es akzeptiert. Da bin ich ganz sicher, das will ich ausdrücklich dazusagen. Nein, ich habe das gemacht, weil ich finde, dass Deutschland ein föderaler Bundesstaat ist, dass das bedeutet, dass Bund und Länder zusammenarbeiten und dass Probleme der Bundesrepublik Deutschland nicht im Bundeskanzleramt ressortieren, sondern unsere gemeinsamen sind. Und wenn Deutschland an Hamburg herantritt und sagt, wir möchten bei euch einen Gipfel durchführen, finde ich, ist es unsere Pflicht, wenn wir meinen, das können wir hinkriegen, es auch zu machen. Also, ich habe mit dem Gipfel keine Zielsetzung verfolgt, sondern ich bin gefragt worden und fand, dass das in Ordnung ist.

Abg. André Trepoll: Und wie erklären Sie dann, dass in der Steuerungsgruppe, die Ihnen zugeordnet war in der Senatskanzlei, und die von Ihrem Staatsrat geleitet wurde, in der Einsetzungsverfügung ausdrücklich dieses Ziel als politisches Ziel genannt wird? Haben Sie davon keine Kenntnis erlangt?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Doch, ich habe Kennt...

Vorsitzender: Herr Trepoll, das ist streng genommen keine Nachfrage. Wir lassen es jetzt einmal weiterlaufen, aber danach haben wir noch viele andere auf der Liste und Sie haben sich ja auch schon wieder gemeldet. Also insofern kommen Sie auch noch dran.

(Zuruf: Dreimal schon!)

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Selbstverständlich, wenn es so ist, dass der Gipfel in Hamburg ist, wollen wir daraus etwas machen. Und die Erhöhung der internationalen Bekanntheit der Stadt ist ein Ziel, das ich immer verfolge. Und eine solche Gelegenheit war das.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow.

Abg. André Trepoll: Dann war die letzte Frage noch nicht beantwortet. Ich versuche ja auch sonst, Herr Vorsitzender, nur die Wahrheitsliebe des Bürgermeisters ein bisschen zu unterstützen. Und die letzte Frage: Was waren denn für Sie die entscheidenden oder das wichtigste Dokument, mit dem Sie sich beschäftigt haben im Vorfeld zur Einschätzung der Sicherheitslage?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich will sagen, dass das nicht richtig wäre, ein solches Dokument zu beschreiben. Ich will Ihnen aber wichtige ...

Abg. André Trepoll: Aber Sie wussten ja, welches es nicht war.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja, das ist so, weil das eine Überbewertung gewesen ist und eine falsche Einordnung in dieser Frage. Mir waren sehr wichtig die Lagebeurteilungen, die zum Beispiel im Vorfeld zu dem Gespräch mit der Kanzlerin geschrieben worden sind, aus denen man das ersehen kann. Und wenn Sie sich die Allgemeinverfügung anschauen, die Sie ja auch schon angesprochen haben, verschiedene andere hier in unserem Gespräch, dann werden sie diese Lagebeurteilung dort ja sehr sorgfältig auch wiederfinden. Denn damit die gerichtsfest werden konnte, das Demonstrationsverbot in bestimmten Gebieten mit der Allgemeinverfügung, musste man ja gute Gründe haben. Und die Polizei hat sorgfältig ganz lange daran gearbeitet, all das zusammenzutragen, was dazu erforderlich ist. Und wer sich das durchliest, der kann auch gut nachvollziehen, dass sehr bewusst war, welche Schwierigkeiten auf uns zukommen, wie viel Leute auch kommen würden, die nichts Gutes im Schilde führen, und natürlich, dass die Polizei sich darauf auch ordentlich vorbereitet hat.

Vorsitzender: Vielen Dank. Bevor Herr Jarchow jetzt das Wort bekommt der Hinweis, wir hatten verabredet, dass wir gegebenenfalls auch mehrere Fragen stellen, damit man dann weiß, was man alles zu beantworten hat. Dann kommt vielleicht eine Nachfrage. Und so wollen wir es jetzt auch weiter handhaben. Herr Jarchow bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich freue mich trotzdem, dass wir aus dem Dialogmodus jetzt wieder rauskommen. So haben wir alle die Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Herr Bürgermeister, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement dargelegt, dass Sie der Meinung sind, dass ein solches Ereignis wie G20 in einer Stadt wie Hamburg stattfinden können muss. Und Sie wissen, dass das eine Einstellung ist, die wir immer unterstützt haben. Nachdem das nun stattgefunden hat, muss man natürlich sich die Frage stellen, ist es denn auch beherrschbar in einer solchen Stadt wie Hamburg. Und man muss sicherlich bei objektiver Betrachtung dessen, was hier passiert ist, sagen, in Hamburg haben wir es nicht beherrscht. Die Frage, die sich für mich daraus stellt, ist, ist es generell nicht beherrschbar oder ziehen Sie nach Ihren Erfahrungen da gewisse Konsequenzen, wo Sie sagen, die müssen umgesetzt werden, damit man es in solchen Städten machen kann. Mir ist schon bewusst, dass Hamburg sicherlich in absehbarer Zeit nicht wieder in die Lage versetzt wird, aber das wird auch eine grundsätzliche Frage für ähnliche Großstädte innerhalb der westlichen Demokratien. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil meiner Frage bezieht sich auf die Kostenbeteiligung des Bundes, eine Frage, die uns auch im Innenausschuss schon beschäftigt hat. Uns ist ja damals vorgelegt worden, dass man mit dem Bund verabredet hat, für das OSZE- und das G20-Treffen eine Summe von 50 Millionen Euro an Hamburg zu zahlen. Auf unsere damaligen Fragen, aufgrund welcher Berechnung man denn zu diesem Wert gekommen ist, wurde uns gesagt, es gibt keine Kalkulation, es gibt keine Berechnung, das kann man nicht berechnen. Nun wissen wir, dass, nachdem OSZE wohl mehr oder weniger abgerechnet ist, das schon über 20 Millionen ausmacht, das heißt, man kann sich sicherlich ausrechnen, dass die Summe, die wir bekommen werden vom Bund, nicht ausreichen wird. Sie haben Heiligendamm und Elmau erwähnt, Sie haben auch erwähnt, völlig zu Recht, dass das G7-Treffen waren, das heißt, kostenmäßig sicherlich nicht vergleichbar. Man müsste da sicherlich sich eher an Montreal oder ähnlichen Städten orientieren bei G20. Und ich frage mich, haben Sie schon eine Ahnung, wie viel Hamburg denn nun mehr als diese 50 Millionen Euro, die wir vom Bund bekommen werden, wird zahlen müssen. Was wird es den Steuerzahler in Hamburg kosten? Ich denke, das interessiert ihn auch. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Zunächst einmal war die Frage, was für die Zukunft zu lernen ist. Das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam haben. Dieser Ausschuss wird sich damit beschäftigen – ich komme ja auch noch zweimal – und am Schluss auch, wo diese Frage sicherlich eine ganz große Rolle spielen wird. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, wenn man von so einem 20-Jahres-Turnus ausgeht, ist in 20 Jahren Deutschland wieder dran bei G20 und dann wird es vielleicht Köln oder München oder Berlin sein. Und natürlich werden unsere Möglichkeiten ganz andere sein. Das heißt, für das, was zum Beispiel bei einem komplett ähnlichen Ereignis in 20 Jahren stattfindet, wird man heute keine richtige Vorhersage machen können, weil natürlich die viele Sicherheitstechnik, die wir jetzt bei diesem Gipfel eingesetzt haben, auch die Überwachungsmöglichkeiten, um es ganz offen auszusprechen, welche sind, die uns vor fünf und zehn Jahren in dieser Form gar nicht zur Verfügung gestanden hätten. Deshalb werden uns in fünf und in zehn Jahren auch andere Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die man dann natürlich auch, wenn man verantwortlich handeln will, einsetzen muss.

Ich glaube, dass wir eine Sache sicherlich schon sagen können müssen, dass, anders, als wir das wissen aus den Demonstrationseignissen, die zum Beispiel auch in der Schanze schon öfter stattgefunden haben und mit der die Polizei sogar ausschließlich mit Hamburger Mitteln oder mit wenigen Unterstützungen gut klargekommen ist, dass wir bei bestimmten Situationen die Fähigkeiten von Sondereinsatzkräften parat haben müssen. Das ist etwas, das Gott sei Dank bisher nie der Fall war, aber man kann ja jetzt nicht so tun, als hätten wir nicht erlebt, was da auf den Dächern der Häuser der Schanze stattgefunden hat. Und das wird eine der Konsequenzen sein, vermute ich einmal.

Das Zweite ist, das wäre die Frage, was macht man mit solcher unmotivierter von Großgruppen irgendwo im Stadtgebiet gegen nicht in irgendeiner Weise mit dem Geschehen, gegen das demonstriert wird, verbindbare Bürger und Gegenden ausgerichteter Gewalt? Da müssen wir uns wirklich mit beschäftigen, denn das ist keine einfache Antwort da. Und ich glaube, die liegt auch nicht auf der Hand. Das muss man diskutieren, wie das sein wird. Und ich hoffe, dass wir sowohl was unsere Sicherheitsbehörden in Hamburg und in Deutschland betrifft als auch wir als Ausschuss vielleicht, um ein paar Schritte weiterkommen, damit wir mit einer solchen Situation umgehen können. Wie wichtig das ist, habe ich vorhin versucht zu erläutern in Hinblick auf Großdemonstrationseignisse wie Kirchentage, wie Christopher Street Day oder 1.-Mai-Demonstrationen oder was weiß ich, die man sich in Deutschland vorstellen kann. Und das wird, glaube ich, noch eine große, große Herausforderung dafür.

Ich glaube im Übrigen, dass die Sicherheitssituation, die die deutsche Polizei zu bewältigen hätte in Hamburg, München, Köln oder Berlin nicht unterschiedlich wäre, sondern dass die Fragen sich identisch stellen. Und die ja teilweise aus ganz Deutschland und aus dem Ausland angereisten Täter werden da keinen Unterschied machen, befürchte ich einmal. Deshalb ist es umso dringender, diese Frage zu beantworten.

Noch einmal zurück zu der Frage Kostenbeteiligung. Sie kennen sicherlich die Drucksache, die der Senat über die Vereinbarung der Bürgerschaft zugeleitet hat. Darin steht ja drin, dass es um eine Beteiligung an den Kosten geht. Das ist in der Diskussion ein bisschen untergegangen, aber ich empfehle die erneute Lektüre, das hilft. Und wir haben gesagt, wir wollen uns ungefähr in dem Rahmen bewegen, der sich aus den letzten beiden Gipfeln ergibt, und haben gesagt, welche Summe das dann ungefähr ergibt. Die Berechnungen, die sonst immer im Vorfeld gemacht worden sind, habe ich nicht seriös gefunden. Da wird alles Mögliche eingerechnet, das findet der Bund dann auch nicht seriös, das glaubt er einem dann gar nicht und deshalb muss man irgendwie sehen, wie man so in einer Tradition handelt und dann zu einem Ergebnis kommt. Das, glaube ich, ist uns ganz gut gelungen, wenn man die

50 Millionen Euro zugrunde legt. Dass es jetzt teurer wird, das wissen wir. Das haben wir auch schon mitgeteilt. Wie viel es werden wird, das kann ich jetzt nicht sagen, aber wir werden es sagen, sobald wir es sagen können.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Vielen Dank. Herr Bürgermeister, ich habe auch einige Fragen zu den Ausführungen, die Sie bisher gemacht haben. Das Erste ist die Tatsache, dass Sie eben noch einmal wiederholt haben, dass die Erkenntnisse aus Frankfurt in die Vorbereitungen hier des G20-Gipfels eingeflossen sind. Gleichzeitig haben Sie aber auch in Ihrem Eingangsstatement gesagt, dass eine Entwicklung, wie Sie hier passiert ist während des Gipfels, für Sie nicht plausibel gewesen ist. Und ich frage Sie deshalb noch einmal, wie man von etwas überrascht worden sein kann, worauf man sich eigentlich vorbereitet hat, wenn Sie das Phänomen, welches Sie gerade als neues Phänomen bezeichnet haben, wenn Sie sich das doch in der Vorbereitung einmal zu Gemüte geführt haben und doch eigentlich darauf eingestellt gewesen sind.

Außerdem hat mich irritiert Ihre Frage oder Ihr Statement ganz am Anfang, dass Sie gesagt haben, dass die Kommissariate so besetzt gewesen sind, wie es erforderlich gewesen ist. Ich bin mir nicht so recht sicher, was Sie damit klarmachen wollten. Weil, ich glaube, wir alle haben doch eigentlich einen Zustand erlebt, in dem wir uns noch deutlich besser besetzte Kommissariate, die auch überall schnell, wo ein Sicherheitsproblem aufgetaucht ist, schnell für eine Wiederherstellung der Ordnung hätten sorgen können. Insofern hat mich diese Aussage etwas irritiert, dass Sie auch jetzt noch der Auffassung sind, Sie haben alles dafür getan und es ist Ihnen auch gelungen, die Kommissariate so zu besetzen, wie es erforderlich gewesen ist.

Und eine Sache noch. Sie haben bei verschiedenen Antwortrunden mehrfach darauf verwiesen, dass Sie sich einen Monat vor dem Gipfel dann noch einmal mit der Kanzlerin abgestimmt haben. Das eine Mal hatten Sie gesagt, dass Sie sich bei den Bundesbehörden versichert hätten, klappt das so alles und ist es prinzipiell möglich, die Sicherheit aufrechtzuerhalten und man hätte Ihnen gesagt, ja. Ein anderes Mal hatten Sie eben gesagt, die Bundesbehörden hätten sich bei Ihnen noch einmal rückversichert. Und da würde ich gern noch einmal wissen, wer sich da eigentlich bei wem versichert hat und ob Sie sich nicht gegenseitig so ein bisschen im Kreis versichert haben, dass die Sicherheit aufrechtzuerhalten ist? Vielleicht können Sie das noch einmal klarmachen. Und vielleicht können Sie auch noch einmal darstellen, welche Alternativen denn dort abgewogen worden sind. Ich stelle mir das etwas schwierig vor einen Monat vor dem Gipfel, dass Sie dann da zusammensitzen und dann gemeinsam überlegen: Gut, wenn es jetzt vielleicht doch nicht klappen könnte, welche Alternativen haben wir denn jetzt überhaupt noch? Also, haben Sie denn da noch Alternativen abgewogen oder kam das gar nicht zur Sprache? – Danke schön.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also in der Tat, wir haben im Kreis gesessen, um einen runden Tisch, die Kanzlerin, der Kanzleramtschef, der Bundesinnenminister, der Bürgermeister, der Staatsrat der Innenbehörde, der Innensenator, der Polizeichef ...

(Zuruf: Der Innensenator nicht.)

– der Innensenator nicht – und dann die verschieden von mir vorhin aufgezählten Sicherheitsbehörden des Bundes. Und alle haben ihre Meinung gesagt, ob sie meinen, dass man das machen kann, und waren übereinstimmend der Auffassung, ja. Insofern ist die Frage, die man hätte erörtern müssen, wenn man nein gesagt hätte, nicht weiter erörtert worden,

musste ja auch nicht. Aber es wäre möglich gewesen, das ist das, was ich hier noch einmal sagen will.

Ich habe gesagt, dass die Einsatzmittel voll besetzt sind in den Polizeikommissariaten, um auf Einzelaktionen irgendwo einzugehen, nicht auf so was, wie es dann in der Elbchaussee, in der Bergstraße und Osterstraße stattgefunden hat. Und das will ich gern noch einmal wiederholen und würde bitten, dass Herr Krösser zu dieser Frage etwas sagt. Und noch einmal vielleicht eins, zwei Worte zur Frage, wie die Wissensthemen aus Frankfurt in die Einschätzung und Vorbereitung der Hamburger Polizei eingeflossen sind. Ich glaube nicht, dass man das vergleichen kann. Denn das, was ja völlig gewusst wurde, was in den Lageeinschätzungen, die ich eben angesprochen habe und die Sie gelesen haben, drinstand, es kommen Gewalttäter und die haben Schlimmes vor. Die haben, wenn Sie sich noch einmal die ganzen Medienveröffentlichungen angucken – das haben ja auch unsere Sicherheitsbehörden zusammengetragen, nicht aus den Medien, sondern mit ihren eigenen Erkenntnisquellen – die haben gesagt: Wir wollen den Hafen lahmlegen. Wir wollen die Infrastrukturen zerstören, die der Bahn, wo die Verkehre stattfinden. Die haben das und das und das gesagt. Und darauf und auf vieles andere hat man sich vorbereitet. Herr Krösser.

Staatsrat Bernd Krösser: Ja vielleicht ein Wort zu Frankfurt. In Frankfurt die Störer haben dort ja ganz massiv versucht auch die EZB-Eröffnung ...

(Zuruf: Ein bisschen dichter, bitte!)

Vorsitzender: Herr Krösser, es ist so, wir haben so eine unterschiedliche Akustik hier, dass Sie sich alle wahrscheinlich ganz gut hören,

(Staatsrat Bernd Krösser: Ja.)

aber auf der linken Seite des Saals hört man Sie nicht gut. Deswegen müssen Sie alle, also auch, wenn Sie das Gefühl haben, Sie überschreien ein bisschen dann, glaube ich, versteht die linke Seite von mir aus gesehen Sie erst so richtig gut. Das war jetzt nicht politisch gemeint, sondern nur von der Sitzordnung.

(Abg. Christiane Schneider: Wir haben das verstanden.)

Und auch nur akustisch, ja, sagt Herr Gladiator gerade. So, Herr Krösser, bitte.

Staatsrat Bernd Krösser: Also, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass in Frankfurt die Aktivitäten ja ganz zentral darauf ausgerichtet waren, tatsächlich die Eröffnung der EZB-Bank, der EZB, nicht der EZB-Bank, sondern der EZB zu stören, wo man eben auch versucht hat, in den Kreis dort einzudringen und sich die entsprechenden Störaktionen auch sehr darauf konzentriert haben. Das wäre so ein Fall, als ob die versucht hätten, bei uns in die Messe einzudringen. Darauf waren wir sehr gut vorbereitet, das hätten wir auch sehr gut abgewehrt. Man kann ja auch sehen, dass wir an der Messe eigentlich überhaupt gar keine Probleme hatten.

Was die Besetzung der Polizeikommissariate angeht. Es gibt in Hamburg eine sogenannte Silvesterregelung. Das ist eine Regelung, in der wir die Kräfte, die an den Polizeikommissariaten sind, halt so vorhalten, dass alle dort vorhandenen Einsatzmittel auch besetzt sind. Die Polizeimenschen unter uns kennen das. Das sind keine Einsatzkräfte, mit denen man große Störergruppen bekämpfen kann, sondern das sind Einsatzkräfte, mit denen man die sogenannte Kleingruppentaktik ganz gut beherrschen kann, weil die dann eben dezentral in der Stadt aufgestellt sind und auf Kleingruppen, die unterwegs sind, auch reagieren können. Wenn irgendwo einmal zehn Leute auftauchen, die kriegen Sie dann auch mit solchen Besetzungen in den Griff. Wenn Sie so ein Ereignis haben wie an der Elbchaussee, dann können Sie da nicht mit ein paar Streifenwagen anrücken, dann müssen Sie auch im normalen

Silvestergeschäft weitere Kräfte von geschlossenen Einheiten ranführen, wie wir das dann auch hier machen mussten.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Ich habe einige Fragen, die ich am liebsten hintereinander stellen würde. Ich spare mir auch lange Vorreden. Meine erste Frage ist: Sie sagen, die Sicherheitsbehörden haben immer gesagt, ja, das geht. Es gab aber auch kritische Meinungen im Vorfeld, zum Beispiel von wissenschaftlicher Seite. Ich erinnere, dass Professor Feltes zum Beispiel gesagt hat, in der Gesellschaft, die so verfasst ist, wie unsere inzwischen verfasst ist, kann man solche Großereignisse nur militärisch sichern, polizeilich geht das nicht mehr. Meine Frage ist: Haben Sie sich mit solchen kritischen Auffassungen und mit Menschen, zum Beispiel Wissenschaftlern und Polizeiwissenschaftlern, die solche kritischen Auffassungen vertreten haben, auch im Vorfeld, haben Sie sich eigentlich damit einmal beraten? Weil, wenn man immer wieder hört von den Sicherheitsbehörden, deren Aufgabe es ja ist, das zu sichern. Das ist die eine Sache. Aber haben Sie sich mit kritischen Meinungen auseinandergesetzt?

Das Zweite ist, was mir auch wirklich am Herzen liegt. Es war, also, ich weiß nicht, wie Sie das empfunden haben und wie Sie das reflektiert haben. Ich kann Ihnen das von mir sagen. Ich hatte im Vorfeld dieses G20 ziemlich viel Angst, und zwar wirklich, dass Menschen ernstlich zu Schaden kommen, also Tote. Ich hatte auch Angst vor Toten. Und Sie haben das eben auch gesagt, Sie haben das reflektiert und Sie haben daran gedacht und Ihnen wäre bewusst gewesen, wenn es zu Toten kommt, dann wären Sie zurückgetreten. Die Frage ist aber, was haben Sie getan, um dem entgegenzuwirken? Mein Eindruck war, dass es tiefe Gräben gab zwischen denen, die den Gipfel ausrichten wollten, sage ich jetzt einmal und denen, die dagegen waren, unterschiedliche Kreise, ich rede jetzt nicht einfach nur von Autonomen oder so was, sondern ich rede von relativ vielen, also relativ größeren Bevölkerungsteilen. Was haben Sie getan, um einmal das Gespräch zu suchen? Das war ... Die Gräben, ich habe das so empfunden, wurden immer tiefer und es gab eine absolute Sprachlosigkeit zwischen der einen und der anderen Seite. Und warum haben Sie nicht einmal das Gespräch gesucht? Auch das, sagen wir einmal, es muss ja nicht eine Veranstaltung sein, da weiß man ja, das ist immer ein bisschen schwierig. Aber warum haben Sie nicht das Gespräch gesucht? Und warum haben Sie nicht dazu beigetragen, diese Gräben zuzuschütten, sondern durch Äußerungen, die jetzt vielfach zitiert worden sind, haben Sie ja die Gräben eigentlich mit vertieft. Das ist eine Frage, die mich ernstlich bewegt.

Das Dritte, was ich fragen wollte ... Ja, ach so, das betrifft auch übrigens die Stadtbevölkerung. Wie haben Sie sich auseinandergesetzt mit den Einschränkungen, mit den großen Einschränkungen, die zu erwarten waren? Ich habe nicht den Eindruck, dass die Behörden sich darüber im Klaren waren oder auch der HVV, zu was es für Einschränkungen kommt. Aber in der Bevölkerung waren das Große. Ich weiß nicht mehr ganz genau, wann das "Hamburger Abendblatt" diese LeserInnenbefragung gemacht hat, so ungefähr zwei, drei Monate vor dem Gipfel, wo ja über 70 Prozent der Befragten – immerhin über 5 800 Leute, nicht repräsentativ, aber doch eine relativ große Zahl – die gesagt haben, ich fürchte für mich Einschränkungen. Und über 73 Prozent haben gesagt, in der Zeit haue ich ab. Aus den unterschiedlichsten Gründen, aber wegen der Einschränkungen, wegen der Angst und so weiter. Auch da wäre ja eine Gesprächsoffensive, also nicht eine Garantie, das geht alles gut, was Ihnen ja auch keiner geglaubt hat, sondern eine Gesprächsoffensive ja vielleicht gut gewesen.

Zu den Kosten komme ich vielleicht später.

Zu dem Rahmenbefehl will ich noch einmal sagen, ich teile Ihre Einschätzung, dass es bei Weitem nicht das wichtigste Dokument ist, aber die Frage von Herrn Trepoll haben Sie ja

nicht beantwortet. Da ist ja eine Priorisierung des Schutzes enthalten. Ich meine, ich teile die Einschätzung und habe deshalb auch nicht verstanden, warum da so viele Seiten geschwärzt waren. Aber eine ganz entscheidende Frage, die ja auch viele Leute umgetrieben hat, ist, da steht drin, höchste Priorität hat der Schutz der Gäste und die höchste Priorität ist die höchste Priorität. Und das hat im Nachhinein natürlich zu erheblichen Irritationen, als die Polizei die Schanze sich selbst überlassen hat, sage ich jetzt einmal, wie viele Leute sagen, zu erheblichen Irritationen geführt. Deshalb ist schon die Frage berechtigt, wie stehen Sie eigentlich zu dieser Äußerung.

Und meine letzte Frage, wie gesagt, Kosten später. Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was Frau Özdemir am Anfang gesagt hat. Sie haben sich heute im "Handelsblatt" geäußert und Sie haben sich abschätzig, so habe ich das empfunden und so wurde das auch von anderen empfunden, auch von "Handelsblatt", glaube ich, selbst über den Sonderausschuss geäußert, in dem Sie gesagt haben: Also, Sie erwarten sich da keine großen Erkenntnisse. "Es war schlimm,", das ist jetzt Zitat, "aber es wird nicht besser, wenn man viel darüber redet.". Also, heißt das, dass Sie jetzt sagen, der Sonderausschuss ist hier Zeitverschwendung, Geldverschwendung, verschwendet die Kräfte unserer Polizei oder was soll uns das eigentlich sagen? Wir sollen jetzt gleich aufhören oder was?

Vorsitzender: Das Letzte war ja mehr eine politische Anmerkung und beschäftigt sich auch nicht mit der Vorbereitungsphase, aber Herr Bürgermeister (...).

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich will vielleicht zum Letzten sagen, das muss ich mir einmal anschauen, was da steht, ich war ja dabei und kann nicht bestätigen, dass das so rübergekommen ist, wie das da zitiert wird. Ich habe auch ein Interview gegeben, in dem das gar nicht drin vorkommt. Das, was mir wichtig war zu sagen, ist und da ist vielleicht demjenigen, der das versucht hat zusammenzufassen, was durch geraten, selbst wenn er da links unten und rechts oben Anführungsstriche gemacht haben sollte, ich habe gesagt und stehe dazu, weil wir das ja hier machen, dass für mich keine Situation entsteht, dass dadurch, dass wir so lange über diese Fragen reden, die Sache weniger schlimm wird. Und ich fühle mich ein bisschen missverstanden, wenn ich das jetzt von Ihnen hier schon zwei Mal höre. Also, ich habe das komplette Gegenteil gesagt inhaltlich und in der Sache und übrigens auch mehrfach. Das war irgendwie ein ganz langes Gespräch, ein bisschen flapsig, aber das war nicht so. Und ausdrücklich habe ich auf verschiedene Fragen gesagt, der Sonderausschuss spielt eine ganz wichtige Rolle, weil er uns ja gemeinsame Erkenntnisse liefern soll. Deshalb wäre es nett, wenn Sie das beiseite tun können und ich wundere mich, was so alles passiert. Ist so.

Die Frage mit wem wir alles uns hätten unterhalten sollen und der von Ihnen angesprochene Herr Professor. Ich teile seine Einschätzung nicht. Ich will Ihnen ehrlicherweise sagen, zu sagen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die so verfasst ist, dass solche Veranstaltungen nur militärisch gelöst werden können, ist so weit weg von Gut und Böse, dass ich nicht weiß, wie man darauf kommen kann. Und die Gesellschaftsanalyse, die dem zugrunde liegt, ist, glaube ich, keine, die ein großer Teil der deutschen Bevölkerung teilen würde. Ich jedenfalls teile sie nicht, deshalb kann man auch keine sicherheitspolitischen Einschätzungen aus einer so, wie ich finde, völlig absurden Beschreibung unserer sozialstaatlichen Gesellschaft, unserer Demokratie, unserer Freiheit ableiten. Das ist eine Analyse aus dem tiefsten marxistischen Keller. Lassen Sie sie da tief drin verborgen. Also, das kann ich nicht nachvollziehen.

Das Zweite, was ich gern sagen will, ich bin strikt dagegen, dass man überhaupt auf die Idee kommt, so was militärisch zu wollen. Ich bin sehr dafür, dass wir unsere Polizei so ausstatten, dass sie Sicherheitslagen bewältigen kann. Und militärische Einsätze sind was ganz anderes, die gehen auch nach ganz anderen Kriterien vor. Und wenn Sie sich einmal den –

darüber werden Sie ja nicht heute, aber bei anderer Gelegenheit sprechen und wir das dann vielleicht noch einmal vertiefen – den SEK-Einsatz in der Schanze angucken, das war ein polizeilicher Einsatz. Ein militärischer Einsatz hätte ganz anders ausgesehen. Und ich bestehe darauf, dass es mit Polizeimitteln und Polizeimethoden erfolgt, dass wir komplizierte Sicherheitslagen aufklären, auch solche. Und deshalb kann ich noch weniger mit einer solchen Einschätzung anfangen. Ich bin dafür, dass wir polizeiliche Mittel einsetzen ausdrücklich.

Das Zweite ist, was wir getan haben, um mit der Zivilgesellschaft zu diskutieren. Ja, meine Einschätzung ist, dass noch nie so viel getan wurde, um das zu realisieren. Wir haben sehr viele Mittel mobilisiert. Wir haben viel organisiert, damit das funktionieren kann. Und, das ist zwar alles schon berichtet worden, aber ich würde ganz gern den Staatsrat Schmidt bitten, dass er Ihnen noch einmal den großen Aufwand und die große Mühe, die wir uns gemacht haben, um eine zivilgesellschaftliche Diskussion im Umfeld mit diesem Gipfel zu ermöglichen, erläutert.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Das mache ich gern. Also in der Tat haben wir uns sehr früh ja auch in der Senatskanzlei darüber Gedanken gemacht, wie wir mit der Zivilgesellschaft das bewältigen können. Weil, diese Frage eine große war, die ja alle umgetrieben hat. Und deswegen haben wir schon in der Steuerungsgruppe, hier in der Senatskanzlei, auch eine Vertreterin, eine Mitarbeiterin gehabt, die ganz explizit für den Kontakt und den Dialog mit der Zivilgesellschaft zuständig war. Ich persönlich habe mich drei Mal hier im Rathaus mit den Vertreterinnen und Vertretern der zivilgesellschaftlichen Organisation getroffen, die inhaltliche Anliegen an G20 und zu den Themen des G20-Gipfels hatten. Und wir haben dann nach diesen Beratungen entschieden, dass wir der Norddeutschen Stiftung Umwelt und Entwicklung, bei der ja auch einige Abgeordnete im Beirat sitzen, Geld zur Verfügung stellen, sodass dort sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen bewerben konnten für einzelne Veranstaltungen, Veranstaltungsreihen, Projekte. Und das hat auch überall in der Stadt und über das gesamte Vorsitzjahr Deutschlands bei G20 stattgefunden. Bis hin ja zum sogenannten Gipfel der globalen Solidarität, der unmittelbar vor dem offiziellen G20-Gipfel auf Kampnagel stattgefunden hat und wo 2 000 junge, alte Menschen sich getroffen haben und diskutiert haben. Und das war uns als Senat auch ein ganz großes Anliegen, dass es diesen Raum dazu gibt.

Der Bürgermeister hat schon darauf hingewiesen, dass wir außerdem die Bundeskanzlerin gebeten hatten, dass der C20-Gipfel mit ihrer Beteiligung in Hamburg zweieinhalb Wochen vor dem eigentlichen Gipfel stattfindet, wo die internationale Zivilgesellschaft zusammengekommen ist, ihre Forderungen an G20 gestellt hat und sich die Bundeskanzlerin dieser Diskussion auch gestellt hat und die Forderungen der Zivilgesellschaft entgegengenommen hat.

Und schließlich, das haben ja auch einige mitbekommen, haben wir uns, nicht nur die Polizei, sondern auch der gesamte Senat sehr bemüht, über den G20-Gipfel und im Vorfeld über den OSZE-Ministerrat sehr intensiv zu informieren. Wir haben sehr früh, am

1. September 2016 eine Informationsveranstaltung in den Messehallen für die Anwohnerinnen und Anwohner gemacht. Ich will mal vorsichtig formulieren, da war das Interesse an einer Information vonseiten des Senats nicht so sonderlich ausgeprägt, so war mein Eindruck. Und wir haben dann entschieden in der Folge, das ist auch vielfach berichtet worden, viele dezentrale Informationsveranstaltungen zu machen. Ich persönlich habe auch bei Veranstaltungen, die aus der Zivilgesellschaft organisiert worden sind, teilgenommen. Der Innensenator hat bei Veranstaltungen teilgenommen. Der Bezirksamtsleiter Mitte, der nun besonders betroffen war, hat das gemacht. Also, es war schon der Versuch, überall, immer wieder in das Gespräch einzusteigen, und zwar über die inhaltlichen Fragen, über den Sinn von G20 und warum das hier stattfindet.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: So und die letzte Frage war über die Beeinträchtigung, die es für die Stadtbewohner gibt und was wir gemacht haben. Die Verkehrsfragen werden Sie ja noch besprechen, dem will ich jetzt nicht wirklich vorgreifen, nur sagen, darüber hat es natürlich viele Gedanken gegeben, wie es möglichst gut gelingen kann. Es ist nicht so gut gelungen, wie wir uns das vorgestellt haben, aber das werden wir dann ja noch vertiefen können oder Sie.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider, war das eine Nachfrage oder?

Abg. Christiane Schneider: Ja, ich will das vielleicht klarstellen. Das war eine Warnung. Also, Professor Feltes ist, glaube ich, kein Marxist, ist mir jedenfalls noch nicht als Marxist begegnet, sondern er hat, also das ist ein Kriminalwissenschaftler und, also, ein Polizeiwissenschaftler und Kriminologe, und er hat es gesagt, das kann man mit der Polizei in einer Großstadt in einer solchen Gesellschaft nicht bewältigen. Und er hat ja leider Recht gehabt. Also, das ist ja jetzt nicht so, dass es völlig absurd ist. Der hatte sich nicht dafür ausgesprochen das militärisch zu sichern, sondern er hat gesagt, es geht mit der Polizei nicht. Und die Polizei hat gesagt, wir können es. Und es hat sich gezeigt, das ist nicht gegangen, es ist viel zu viel passiert.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Gut. Also, das noch einmal die Wertung von Ihnen dazu. Ich selbst habe mich auch auf die Liste gesetzt. Ich habe eine ganz kurze Frage an Sie, weil Sie gefragt worden sind, ob Sie den Rahmenbefehl zu G20 kannten. Es gab da auch wahrscheinlich einen

(Zuruf: Sie müssen auch ein bisschen besser ins Mikro sprechen.)

Befehl zu OSZE. Und kannten Sie den auch? Oder kannten Sie den auch nicht?

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Den kannte ich auch nicht.)

Vielen Dank. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank. Zunächst eine Anmerkung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird hier verstärkt Kritik geübt an den Satz, dass der Schutz der Staatsgäste höchste Priorität hat, hatte. Ich glaube, wir sollten hier auch nicht scheinheilig an die Sache herangehen. Man kann aus diesem Satz sicherlich nicht die Formulierung herauslesen, dass der Schutz der deutschen Bevölkerung oder der Hamburger Bevölkerung nachrangig gewesen ist. Die Frage des Schutzes ausländischer Staatsgäste hat immer und überall und zu jeder Zeit allerhöchste Priorität gehabt. Und ich glaube, niemand, der hier im Raum sitzt, auch bei Abgeordneten, hätte so einen Satz nicht auch unterschrieben.

Nun komme ich zu einer weiteren Anmerkung. Herr Bürgermeister, nach Paragraph 111 StGB macht sich strafbar, wer öffentlich oder in einer Versammlung zu Straftaten aufruft. Nach Paragraph 126 StGB liegt eine Störung des öffentlichen Friedens und damit eine Straftat vor, wenn jemand Straftaten androht. Und nach Paragraph 130a Strafgesetzbuch drohen bei der Anleitung zu Straftaten Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren. Für G20 – Go to Hell, also für die größte Versammlung von, ich kann das so sagen, Linkskriminellen in dieser Stadt ist monatelang geworben und getrommelt worden. Gewaltanwendung und nicht die Wahrnehmung des durch Artikel 8 Grundgesetz normierten Schutzes oder der Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes stand im Vordergrund. Das war, glaube ich, auch allen politisch Beteiligten klar. Es ging bei G20 – Go to Hell nicht um eine Demonstration, sondern es ging um Gewaltanwendung. Hat es im Vorfeld jemals Erwägungen gegeben, diese G20 – Go-to-Hell-Aktion präventiv zu verbieten? Natürlich will ich jetzt nicht das Grundgesetz außer Kraft setzen, nicht dass mir das irgendjemand hier unterstellt, aber das Grundgesetz gilt natürlich nur für friedliche Versammlungen und ohne Waffen. Sie gelten ja gemeinhin als Pragmatiker. Haben

Sie Ihre Schlüsse aus dieser G20-Go-to-Hell-Demonstration gezogen? Werden Sie vielleicht in Zukunft nicht zu einer Änderung des Artikel 8 Grundgesetz raten, denn da steht ja alles drin, was wir eigentlich brauchen, sondern werden Sie vielleicht im politischen Kreis dafür werben, auch im justizpolitischen Bereich, dass man derartige Versammlungen zukünftig nicht mehr genehmigt? Es geht nicht um Demonstrationen, bei denen einmal die Gefahr droht, dass sie außer Kontrolle geraten, sondern es geht wirklich um solche Demonstrationen..., um solche Kundgebungen, solche Aktionen, die gezielt und nur auf Gewalt aus sind.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Zunächst einmal möchte ich gern unterstreichen, was Sie in Ihrer Eingangsbemerkung gesagt haben, auch ich lese aus dem Rahmenbefehl zur BAO Michel nicht, was daraus gelesen wird. Das ist eine Fehlinterpretation, für die es keine wirkliche Berechtigung gibt. Der Schutz der Bevölkerung hatte gleiche Priorität wie alles andere. Und ich glaube, viele, auch hier im Raum, das will ich dazu sagen, hätten, wenn sie ihn gelesen hätten vorher, und den hätten gegenzeichnen müssen, ohne sich so was zu denken, das unterzeichnet und wären genauso erstaunt gewesen wie die verantwortlichen Polizeiführer, was man da alles hineinlesen kann. Also danke für die Einschätzung. Ich teile die.

Das Zweite. Wir haben ein Versammlungsrecht, das durch die Verfassung und durch die Gesetze des Bundes und der Länder, aber noch viel mehr durch die Rechtsprechung geprägt ist, auch des Bundesverfassungsgerichts. Und unser Hamburger Versammlungsrecht und das, was wir als Regeln haben, bewegt sich in diesem Rahmen. Die Versammlungsbehörde trifft vor diesem Hintergrund sehr gut abgewogene Entscheidungen und ich muss auch sagen, sehr professionell. Die sind ja erfahren in der Bewertung der Rechtslage, auch was die Gerichte wohl damit machen würden. Und wir haben ja auch schon einmal an verschiedenen Stellen versucht, ob wir Demonstrationen, bei denen wir das Allerschlimmste vermuten, verbieten können. Wenn ich das, was ich an Rückmeldungen im Vorfeld bekommen habe und auch unterdessen richtig verstanden habe, gab es keine rechtliche Lage, in der das möglich gewesen wäre. Aber vielleicht kann dazu der Staatsrat noch einmal was sagen.

Staatsrat Bernd Krösner: Also, Sie können sich darauf verlassen, dass wir bei jeder Versammlung, für die Störungshinweise ausgehend von der Versammlung vorliegen, immer prüfen, ob wir entsprechende Auflagen verfügen oder Verbote sogar aussprechen. Das tun wir natürlich immer anhängig von der tatsächlich vorliegenden Erkenntnislage. Und auch die Bewertung muss dann unter Einbeziehung aller rechtlichen Grundlagen, insbesondere auch der umfangreichen Rechtsprechung, die wir zum Versammlungsgesetz ja haben, erfolgen. Das ist selbstverständlich auch bei der „Welcome to Hell“- Demonstration erfolgt. Und die Bewertung der Polizei und der Polizeijuristen war eben tatsächlich so, dass man gesagt hat, es gibt dort keine rechtliche Grundlage für ein Verbot der gesamten Versammlung. Und das mag jetzt in Kenntnis des Verlaufs der Versammlung etwas eigenartig erscheinen, aber die Entscheidung über solche Maßnahmen kann man immer nur auf Grundlage der Erkenntnisse vor der Versammlung treffen. Das ist die Situation, die solchen entsprechenden Entscheidungen halt zugrunde liegt. Und die Erkenntnisse vor der Versammlung waren nicht so, dass man ein Versammlungsverbot hätte aussprechen können.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ja, vielen Dank. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal gern wissen, was zum Thema Priorität und Sicherheit der verschiedenen Schutzgüter Ihre Priorisierung war? Was haben Sie in Bezug auf die Sicherheit für eine Priorität gelegt? Hat es von Ihnen da Vorgaben für die Polizei gegeben? Und ich möchte auch noch einmal mein Augenmerk dazu auf den Rahmenbefehl lenken. Da stellt sich für mich die Frage, inwieweit oder wie üblicherweise der Umgang mit solchen Rahmenbefehlen ist. Wie sich die

Kommunikation mit Rahmenbefehlen für vergleichbare Großveranstaltungen darstellt, zum Beispiel am 1. Mai? Oder wurde Ihnen der OSZE-Rahmenbefehl vorgelegt? Dazu möchte ich nur kurz anmerken, dass wir als Abgeordnete im Innenausschuss bereits im September 2016 darüber vorgelegt bekommen haben vonseiten des Senats, dass, ich zitiere: "Die Leitlinien sehen vor, dass der Schutz und die Sicherheit der Gäste höchste Priorität hat." Niemand hat sich damals darüber aufgeregt, niemand aus der Opposition hat das damals kritisiert, sondern von Oppositionsseite, vonseiten der CDU, hat man sogar gesagt, das sei ein Konzept mit Augenmaß. Das aber nur als Anmerkung. Ich würde gern noch einmal Ihre Priorität wissen und den Umgang mit dem Rahmenbefehl, Herr Bürgermeister.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja, schönen Dank für die Frage. Noch einmal, es gab gleichwertige Ziele, die verfolgt worden sind, der Schutz der Bevölkerung, der Schutz der Gäste, der Schutz der Demonstrationsfreiheit, der Schutz der Veranstaltung, und da hat niemand gedacht, das eine ist wichtiger als das andere, sondern das sind Ziele, die gleichzeitig und nebeneinanderher verfolgt worden sind. Und wie Sie ja eben zu Recht berichtet haben, dieser Sprachgebrauch ist niemandem mit der Fehlinterpretation aufgefallen, die da später draus gemacht worden ist. Das ist einfach keine ordentliche Auswertung des Textes. Das hat ja auch schon der Abgeordnete eben gesagt und ich kann das ausreichend noch einmal unterstreichen.

Aber zur Frage, wie man mit Rahmenbefehlen so umgeht und wo welche gemacht werden oder nicht, kann ich kompetent an den Staatsrat verweisen.

Staatsrat Bernd Krösser: Ja, Rahmenbefehle sind im Grunde genommen eine Maßnahme, die man bei relativ großen polizeilichen Einsätzen trifft, bei denen man relativ komplexe Einsatzorganisationen hat und einen verbindenden Rahmen über den Gesamteinsatz legen möchte. Das ist ein rein polizeiliches Papier, das muss man einmal ganz deutlich sagen. Das ist auch polizeifachlich dann abgefasst. Das wird von Polizisten für Polizisten geschrieben. Polizisten verfassen dieses Papier dann in einer polizeifachlichen Sprache. Die ist dann nicht ausgelegt so, dass man sagt, sie folgt dann der Diktion, die man vielleicht im umgangssprachlichen Gebrauch zugrunde legen würde. Kein Polizist würde den Rahmenbefehl eben so lesen, wie er jetzt dann in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist. Das folgt aber einfach aus der ganz normalen polizeilichen Sozialisation und (...). Das muss man einfach einmal sagen. Also Rahmenbefehle sind in der polizeilichen Praxis etwas durchaus Übliches, nichts Ungewöhnliches, und sie sind einfach ein polizeiliches Papier, das sich auch an den polizeilichen Fachlichkeiten und den polizeilichen Sprachgebräuchen orientiert.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Trepoll, und dann würde ich vorschlagen, dass wir, nachdem die Frage gestellt worden ist und beantwortet ist, dass wir dann die Pause machen, wie angekündigt.

Abg. André Trepoll: Herr Scholz, wen, und besonders interessiert mich, wann haben Sie zum ersten Mal Ihren grünen Koalitionspartner von den Planungen zu G20 informiert?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe die Zweite Bürgermeisterin nachdem mich die Kanzlerin informiert hatte und vor dem Olympiareferendum in Kenntnis gesetzt. Das genaue Datum kann ich nicht nachvollziehen, weil ich jetzt nicht alles aktenkundig mache, wenn ich mit irgendwem rede. Und ich habe sie darum gebeten, das vertraulich zu behandeln, weil die Kanzlerin mich darum gebeten hat, dass das nicht breit kommuniziert wird.

Abg. André Trepoll: Eine Nachfrage?

Vorsitzender: Ja, eine Nachfrage.

Abg. André Trepoll: Das heißt, ich habe das richtig verstanden, sie war also sehr zeitnah darüber informiert? Und wie war ihre erste Reaktion?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich glaube, das war jetzt erst einmal nur eine Information von meiner Seite aus, und sie war ja auch mit der Bitte verbunden, die Vertraulichkeit, um die sich die Regierungschefin der Bundesrepublik Deutschland bemüht hat, zu wahren. Das hat sie gemacht, was ja auch nicht ganz einfach ist. Aber wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit und das hat sich an dieser Stelle erneut bewährt.

Abg. André Trepoll: Das heißt, sie hat inhaltlich dazu nichts gesagt? Sie hat nicht gesagt, oh Mensch, muss ich erst einmal drüber nachdenken, ist eine gute Idee, oder ...?

Vorsitzender: Ich glaube, die Frage ist beantwortet.

Abg. André Trepoll: Nein, die Frage war überhaupt nicht beantwortet.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe mir auch keine Notizen gemacht. Also, es hat ein gutes Gespräch gegeben. Dass das keine einfache Situation ist, war uns beiden klar. Und mehr gibt es darüber nicht zu sagen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann machen wir jetzt die Pause und treffen uns um 19.20 Uhr wieder.

(Sitzungsunterbrechung von 19.05 bis 19.28 Uhr)

Vorsitzender: Frau Bai, für das nächste Mal müssen wir unbedingt vermerken, dass wir beim Imbiss und auch hier am Tisch Kaffee brauchen. Ich habe das ... Es haben die Abgeordneten beim letzten Mal schon mich angesprochen, ich habe es vergessen weiterzugeben. Aber wir sitzen ja noch ein bisschen länger. Ich glaube, das täte uns allen ganz gut. Oder?

(Frauke Bai: Jetzt ist das dokumentiert)

Jetzt ist es im Wortprotokoll. Kaffee. Kein Bier.

(Zuruf: Kaffee!)

Man vergisst immer, dass ein Wortprotokoll geführt wird.

So, jetzt machen wir weiter. Wenn alle Kameras auch aus sind, weil die Sitzung jetzt wirklich weitergeht. Das sind sie. Dann hat jetzt eigentlich Frau von Treuenfels-Frowein das Wort, und sie kommt auch gerade. Das passt also sehr gut.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein: Das mache ich auch jetzt. Vielen Dank. Meine Frage war: Wann haben Sie das erste Mal persönlich davon erfahren, dass die Internationale Linke sich hier für Hamburg mobilisiert hat? Also, wenn Sie das noch erinnern.

Und meine zweite Frage ist: Ist Ihnen bekannt gewesen oder ist darüber gesprochen worden mit Ihnen, dass, wenn die Polizei sich in der Nähe der Messe aufgehalten hat, weil da ja sozusagen der Haupteinsatzort gewesen ist, nicht in der Lage hätte sein können, wie es dann ja auch der Fall gewesen ist, in einem wirklich angrenzenden Stadtbezirk wie Altona schnell Einsatz leisten zu können? Dass das nicht in der ganzen Stadt an jedem Ort hat stattfinden können, das leuchtet, glaube ich, jedem ein. Da kann man nicht, wie, glaube ich, Ihr Polizeipräsident sagte, in zwei Minuten sein. Davon möchte ich gar nicht sprechen. Aber der anliegende Stadtteil, wie zum Beispiel eben Altona oder Ottensen, das war fünf bis sieben Minuten Fahrzeit, wie Herr Dudde uns neulich sagte. Ist mit Ihnen darüber gesprochen worden, dass da die Einsatzkräfte nicht in absehbarer Zeit hätten sein können?

Vorsitzender: Ja, Herr Bürgermeister. Und denken Sie wie immer an das Mikrofon.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja.

Vorsitzender: Ja, danke.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also schönen Dank noch einmal für diesen Hinweis. Ich bin von vornherein davon ausgegangen, dass ein solches Ereignis dazu führt, dass diejenigen, die gegen so etwas schon von Grund aus etwas haben, mobilisieren und dass sie auch mobilisiert werden. Das heißt, ich habe zu keinem Zeitpunkt angenommen, dass nicht solche Leute kommen. Deshalb ist das auch von vornherein ein Gegenstand der Gespräche gewesen, die wir an verschiedener Stelle geführt haben. Und deshalb war es ja auch sehr frühzeitig eine Aufgabe der Beobachtung der Behörden des Bundes und auch unserer Behörde, das zu melden. Die haben ja auch eingesammelt, was Sicherheitsbehörden aus anderen Ländern gemeldet haben. Und wenn Sie sich das alles anschauen oder mitkriegen, was da gesagt wurde, dann war das frühzeitig klar, die kommen. Darauf hat sich die Polizei ja auch eingestellt und versucht, die verschiedenen Ereignisse zu beherrschen, die damit verbunden sind.

Im Übrigen hat es natürlich ein Raumschutzkonzept gegeben, mit dem versucht worden ist, Sicherheitslagen beherrschen zu können. Ich habe schon über die Situation in Polizeikommissariaten gesprochen, das hat Herr Krösser noch einmal ausgeführt. Und natürlich war auch immer vorgesehen, dass es möglich sein muss, Einsatzkräfte an die richtige Stelle zu befördern, wenn irgendwo etwas auftritt. Das ist nicht die Idee gewesen, dass das eben nicht geht, sondern dass man geguckt hat, wie kann man sich so aufstellen, dass man mit den vorhersehbaren, einschätzbaren Lagen umgehen kann.

Alles, was wir machen, wenn wir handeln und wenn wir zum Beispiel Polizeieinsatzkräfte disponieren, geht ja davon aus, dass wir eine Vermutung darüber anstellen, was wird wohl passieren und welche verschiedenen Lagen wir beherrschen müssen. Und wie die Einschätzung war, das haben wir schon mehrfach diskutiert. Vielleicht wollen Herr Krösser oder Herr Dudde noch ein, zwei Sätze dazu sagen.

Staatsrat Bernd Krösser: Solche Maßnahmen waren ... Es war selbstverständlich nicht vorgesehen, dass wir irgendeinen Ort der Stadt nicht innerhalb kürzester Zeit oder einer angemessenen Zeit mit Kräften versorgen können, sondern war, wie vorher schon angesagt, die Situation so, dass wir uns so aufgestellt hatten, dass wir schnell Kräfte verlegen können. Das hat dann in der konkreten Situation Altona nicht funktioniert. Das muss man ganz nüchtern so konstatieren. Das ist einfach so. Das lag aber nicht an der Vorplanung, sondern daran, dass die Verhältnisse zu dem Zeitpunkt dann leider anders waren, als wir uns das vorgestellt haben. Die näheren Erklärungen, die werden Sie ja noch hören, wenn wir die Ereignisse rund um den Rondenbarg und rund um Altona noch einmal im Detail durchgehen werden. Dann wird man das noch einmal darlegen, woran das im Konkreten gelegen hat.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Also wir kommen noch zu diesen weiteren Ereignissen. Deswegen, glaube ich, kann man jetzt an der Stelle ... wäre das ein Vorgeifen. Einverstanden? Dann hat Herr Trepoll jetzt das Wort.

Abg. André Trepoll: Herr Scholz, Sie haben ja oft auf die Bundesorgane auch verwiesen. Nur, dass wir uns richtig verstehen, rechtlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit bei auch so einem Ereignis, das von der Bundesregierung durchgeführt wird, ist doch Hamburg zuständig, sind Sie zuständig für die Fragen der Sicherheit. Das bezieht sich nicht auf irgendwelche Bundesorgane.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja.

Abg. André Trepoll: Und dann können wir ja einmal einsteigen in die Dinge, wo Sie sagen, das war alles nicht vorhersehbar. Sie haben ja selbst in einer Antwort auf eine Frage die Lagebeurteilung und den Lagebericht eingeführt. Ich will einmal daraus zitieren. Und vielleicht

hören Sie aufmerksam zu, das liest sich aus meiner Sicht eigentlich wie eine Prophezeiung dessen, was passiert ist.

Ich zitiere: "Nach bisherigem Stand ist absehbar, dass alle Aktionsformen linksextremistischen Protests zu erwarten sind. Klares Ziel des militanten Spektrums ist dabei, eine Eskalation der Straßenmilitanz und damit einen Kontrollverlust für die eingesetzten Sicherheitskräfte herbeizuführen. Im Bewusstsein der Überlegenheit der Polizeikräfte kommt es daher auf eine möglichst koordinierte und entschlossene Vorgehensweise an, die den Einsatz harter körperlicher Gewalt bedingt. Die günstigsten Voraussetzungen in Hamburg haben zu einer Mobilisierung des Who's Who des deutschen autonomen Spektrums geführt. Dieser Personenkreis ist in der Lage, eine derartige Eskalation herbeizuführen, zumal die Ausrichtung des Gipfels in Hamburg als Provokation bewertet wird. Zusätzlich gewinnt innerhalb des militanten Spektrums die Position Gewicht, den militanten Protest in Hamburg als Initial für eine Vernetzung militanter Strukturen im Bundesgebiet über den Gipfel hinaus zu nutzen. Die Möglichkeit eines kollektiven Erfolgserlebnisses zu schaffen, steigert die Bereitschaft, sich voll umfänglich einzubringen."

In der Lagebeurteilung noch im März der Polizei, ich weiß nicht, ob Sie die zur Kenntnis genommen haben, sind ähnliche Aussagen. In dem Rahmenbefehl, den Sie auch schon angesprochen haben, gibt es ja auch umfangreiche Hinweise zu den Dingen, die wir auch schon thematisiert haben. Dieses Konzept, out of control, war Ihnen das überhaupt nicht präsent? Haben Sie darüber nicht nachgedacht? Es gab Karten im Internet, die auf den Internetseiten, die der Bundesinnenminister mittlerweile verboten hat, Standorte auch in Blankenese und Ähnliches aufgelistet haben, diese Fingertaktik war im Vorfeld bekannt. Also noch einmal: Wie können Sie zu dieser Einschätzung kommen, das hätte man so nicht vorhersehen können?

Vorsitzender: Was sind das für Quellen? Ist das aus den Akten zitiert? Weil, das ist jetzt dem Ausschuss, mir, noch nicht bekannt gewesen oder nicht verständlich gewesen.

(Zurufe)

– Die Quelle habe ich erfragt, der Zitate.

(Zuruf)

Abg. André Trepoll: Ich habe aus den Lagebeurteilungen, aus dem Rahmenbefehl zitiert, die der Bürgermeister selbst angesprochen hat.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also zunächst einmal zeigt die von Ihnen vorgelesene Passage, wie viele, viele weitere zig Seiten, in denen sorgfältig die Mobilisierung im internationalen und nationalen Bereich beschrieben wird, was wir ja auch schon verschiedentlich erörtert haben, dass es Leute mit bösen Absichten und militanten Absichten gibt und welche verschiedenen Formen sie vorgesehen haben, dass es gut und richtig war, dass wir einen so großen Polizeieinsatz geplant haben, um mit der Situation umgehen zu können. Und das ist dann dementsprechend ja auch geschehen.

Was Sie, wenn Sie die verschiedenen Texte durchlesen, im Einzelnen auch finden werden, ist, dass gleichzeitig aber geschildert worden ist, welche Art von Aktionen man erwarten darf. Also da geht es dann zum Beispiel um Angriffe auf die Infrastruktur, da geht es um Angriffe auf das Gipfelgeschehen, auf die Kolonnen, auf verschiedene Konfrontationen mit den Dingen, wo die Polizei ist, und natürlich auch mit Einzelorten. All diese Dinge sind in den ganz langen Berichten drin, die Sie da eben zitiert haben, und deshalb kann ich Ihnen bestätigen, die habe ich zur Kenntnis genommen. Allerdings auch die sich überall dort wiederfindende

Einschätzung, dass es um diese merkwürdige Konstruktion der Vermittelbarkeit aus linksextremistischer Sicht geht.

Das heißt ganz konkret, das, was geschehen ist in der Elbchaussee, in der Bergstraße und in der Osterstraße, ist etwas, was zu den Dingen, die erwartet worden waren, nicht gehört hat. Das kann man auch aus den Texten, die Sie dort vortragen, nicht entnehmen. Da muss ich Ihnen, falls Sie diese Einschätzung haben, widersprechen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Özdemir.

Abg. André Trepoll: Ich habe noch eine Nachfrage dazu.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, bitte, Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Aber das ist doch ... Also, ich meine, wir müssen uns doch versuchen, ein bisschen auch – und das ist auch Ihre Aufgabe – sich der Wahrheit zu nähern. Das kann doch nicht Ihre Aussage sein bei dem, was ich eben vorgelesen habe. Das ist ... Und bei den ganzen Dingen, die auch dort mehrfach auftauchen. Wir können das gern alles auch im Einzelnen durchgehen. Aber noch einmal konkret: Womit, mit welchen Ereignissen, die eingetreten sind, haben Sie denn im Vorfeld nicht gerechnet?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: So, um das jetzt....Noch einmal, ich glaube, wenn Sie die konkreten Ereignisse durchgehen und das mit diesen Berichten wichtig finden, würde es schon Sinn machen, sie sich komplett vorzulesen. Das ist ein bisschen länger, aber macht natürlich dann auch sicher, dass alle das real zur Kenntnis genommen haben. Und da finden sich dann eben auch entsprechend die Passagen, die ich eben gesagt habe. Aus dem, was Sie vorgelesen haben, folgert nicht, was Sie eben gesagt haben. Das ist ein nicht möglicher Schluss. Und auch intellektuell nicht möglicher Schluss.

Das, was die Frage betrifft, worauf wir gedacht haben, welche Ereignisse gewissermaßen nicht zu dem gehört hätten, was man sich vorgestellt hat, dazu gehört zum Beispiel der Freitagmorgen mit der Elbchaussee, mit der großen Gruppe, die das dort gemacht hat, und mit der Bergstraße und der Osterstraße, weil Angriffe geschehen sind nicht gegen Reizobjekte und einzelne Sachen und nicht gegen die Strukturen des Gipfels oder die Polizei oder die Polizeiwachen, worauf wir ja alle eingestellt waren, sondern gewissermaßen unmotiviert sind irgendwelchen armen Leuten ihre alten, gebrauchten Autos kaputtgemacht worden, irgendwo in der Stadt, also auch nicht im Rahmen einer Eskalationslage zum Beispiel im Zusammenhang mit einer Demonstration, wo das dann schon passiert und man versucht, das zu verhindern.

Und deshalb, glaube ich, ist das eine richtige Aussage, die nicht nur ich, sondern ja auch die Polizei und verschiedene andere dazu machen, und es empfiehlt sich eben, bei einer konkreten Beurteilung sich nicht auf drei Zeilen, sondern auf alle viele Hundert zu konzentrieren.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Özdemir.

Abg. Cansu Özdemir: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde jetzt zum Komplex Kosten des Gipfels gern eine Frage oder mehrere Fragen stellen, wenn das jetzt schon in Ordnung ist.

Vorsitzender: Also, wir haben zu den Kosten des Gipfels ... Das ist ... Wir haben das aufgegriffen, weil der Bürgermeister es auch selbst angesprochen hat. Wir werden ja zu den Kosten, sage ich einmal, in anderen Ausschüssen noch sicherlich berichten. Es ist streng genommen nicht Teil der Aufgaben dieses Ausschusses. Wir haben es nicht in unserem Arbeitsplan streng genommen drin, Frau Özdemir.

Abg. Cansu Özdemir: Aber es bezieht sich ja auch noch einmal auf die Vorentscheidung, also auf die Entscheidung, auf den Prozess vor dem Gipfel.

Vorsitzender: Sie meinen, mit welchen Kosten man gerechnet hat. Sie wollen jetzt nicht ...

Abg. Christiane Schneider: Kostenschätzung.

Vorsitzender: Dann stellen Sie einmal eine Frage dazu. Dazu.

Abg. Cansu Özdemir: Ja, wir hatten ja als Fraktion am 31. Mai einen Antrag in der Bürgerschaft debattiert, den wir eben als Fraktion eingereicht hatten, in dem wir auch gefordert hatten, dass eben auch eine Kostenschätzung vorgelegt wird und auch die geplante Finanzierung aus dem Hamburger Haushalt vorgelegt wird. Und dieser Antrag wurde ja abgelehnt. Am nächsten Tag haben Sie sich ja in der "DIE ZEIT" noch einmal zu der Kostenfrage geäußert, und zwar auf die Frage, wie Sie mit den 50 Millionen Euro auskommen werden, die eben vom Bund auch bereitgestellt werden. Sie haben da geantwortet, dass Sie eine realistische Kostenschätzung vorgenommen haben und dass Sie eben auch mit dem Verhandlungsergebnis zufrieden sein können. Aber heute ist ja schon klar geworden, jetzt aktuell auch noch einmal mit der Anfrage der CDU-Fraktion, dass die Stadt Hamburg eben bei Weitem nicht mit den 50 Millionen Euro auskommen wird. Und das war eigentlich schon zum Zeitpunkt Ihrer Äußerung damals klar, dass die Stadt mit diesen Kosten nicht klarkommen wird.

Vor diesem Hintergrund beschäftigen uns eben die Fragen, wie diese Kostenschätzung damals aussah, also eben auch, welche Kosten des Gipfels wurden zum Zeitpunkt Ende Mai erwartet? Dann aber auch, wie wurden die deutlich höheren Kosten vergleichbarer vorheriger internationaler Veranstaltungen bewertet? Weshalb wurde überhaupt angenommen, trotz komplizierter Situation, also Hamburg ist eine Großstadt, die Situation war kompliziert, dass Sie mit weniger Geld auskommen als wie in Bayern zum Beispiel? Und dann eben auch die Frage, was Sie heute, also jetzt, über die zu erwartenden Kosten eigentlich sagen können.

Vorsitzender: Also das Letzte, Frau Özdemir, über die noch zu erwartenden Kosten, hat der Bürgermeister schon beantwortet. Und es ist auch nicht im Rahmen dessen, was wir in diesem Ausschuss untersuchen wollen. Wir haben uns einen Arbeitsplan gegeben, da tauchen die Kosten nicht auf. Es ist ja vollkommen in Ordnung, dass wir das beleuchtet haben hier, weil das naheliegend irgendwie ist, aber jetzt haben Sie sehr viele, auch komplexe, Fragen zu den ganzen Kosten gestellt, die irgendwie vielleicht in den Fachausschuss eher gehören. Ist mein Eindruck.

(Abg. Christiane Schneider: Aber er hat ja gesagt, wir kommen damit aus!)

Abg. Cansu Özdemir: Na ja, es bezieht sich aber auf die Kosten ...

Vorsitzender: (...) der Bürgermeister antworten kann.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also lassen Sie mich ganz kurz Ihre Frage beantworten, die im Hinblick auf die Vorbereitung des Gipfels ... was die Vorbereitung des Gipfels betrifft. Und da will ich Ihnen gern noch einmal sagen, wir haben versucht, mit dem Bund ein Arrangement zustande zu kriegen, indem er sich an den Kosten beteiligt, auch substanziell, und haben uns dabei orientiert an den Summen, die bei früheren Gipfeln und ähnlichen Ereignissen geflossen sind. Wir hatten nun hier zwei, die kurz nacheinander liegen, und haben darüber verhandelt, wie man das hinbekommen kann.

Das ist ein bisschen hin und her gegangen, aber daran, dass Sie ja die Summen von den früheren beiden G7-Gipfeln kennen, wissen Sie, dass wir jetzt nicht den Rahmen verlassen

haben, der in der Fortschreibung der Vergangenheit dort liegt. Und deshalb ist es auch so, dass wir das für ein faires Verhandlungsergebnis gehalten haben. Dass wir uns als Hamburger immer noch ein bisschen mehr hätten vorstellen können, das muss ich jetzt, glaube ich, niemandem sagen, sonst wären es ja keine Verhandlungen gewesen. Aber es ist jetzt auch nicht weit weg von dem, womit wir überhaupt gerechnet haben, dass wir das an Mitteln aus dem Bund bekommen können. Das ist schon okay so.

Und was wir nicht machen können und übrigens zu dem Zeitpunkt auch nicht machen konnten, wie es am Ende wirklich ausgeht berechnen, denn wir müssten uns ja die Freiheit behalten, bewahren, und die haben wir uns auch bewahrt, dass wir so viel ausgeben, wie wir brauchen. Und es war auch eine gute Grundentscheidung, das hat die Polizei ja in die Lage versetzt, in dem Augenblick, in dem die Situation schwieriger wurde, noch schnell neue, weitere und ergänzende Entscheidungen zu treffen, weil sie sich um die Rückendeckung des Senats in dieser Frage sicher sein konnte.

Wenn Sie sich die Mühe machen, die Senatsdrucksache, mit der wir Sie über die Vereinbarung informiert haben, zu lesen, die Bürgerschaftsdrucksache, dann werden Sie dort finden, dass wir gesagt haben, das ist eine Beteiligung an den Kosten und es wird mehrere Aufwendungen, zusätzliche Aufwendungen von Hamburg geben. Auch das ist dort schon nachzulesen und ist auch immer mit gemeint gewesen bei dem, was wir dort gesagt haben. Wir kommen damit aus, aber es ist natürlich nie eine Hundert-Prozent-Erstattung, weder hatte der Bund das jemals vor noch hat er das jemals gemacht, um es dazuzusagen, noch wird er das jemals machen. Denn die Ausgangslage ist, dass das Sache des Landes ist, das zu machen, und es ist nur eine gute Verfassungspraxis, dass der Bund nicht einfach sagt, ja, steht ja im Grundgesetz, dass ihr das bezahlen müsst, und sich trotzdem daran beteiligt. Und ich finde, wenn man von ordentlichen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern ausgeht, ist das auch der Weg, wie das gehen muss.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Tjarks. Eine Nachfrage?

Abg. Cansu Özdemir: Also Sie haben ja gesagt, wir kommen mit den Kosten aus.

Vorsitzender: Nein, Frau Özdemir, keine Nachfrage zu den Kosten.

Abg. Cansu Özdemir: Herr Pein, das geht nicht. Sie haben Herrn Trepoll hier so oft ausreden lassen, und wenn meine Fraktion sich meldet, ...

Vorsitzender: Ja, es geht nicht darum, dass ich Sie keine Fragen stellen lasse, es geht darum um das Thema, Frau Özdemir.

Abg. Cansu Özdemir: Doch, es betrifft doch aber auch den Prozess der Entscheidung. Und da haben ja die Kosten auch eine relevante Rolle gespielt. Und dementsprechend haben wir dies auch in der Bürgerschaft behandelt. Also von daher kann ich Ihr Argument, ehrlich gesagt, nicht verstehen.

Vorsitzender: Wir besprechen nicht jedes Thema, das wir in der Bürgerschaft hatten, hier.

Abg. Cansu Özdemir: Nein, das habe ich ja auch nicht behauptet.

Vorsitzender: Sondern wir besprechen die Themen, die wir uns in dem Arbeitsplan gegeben haben.

Abg. Cansu Özdemir: Aber die Kosten waren ein relevanter Faktor, auch im Prozess der Entscheidung.

Vorsitzender: Die Kosten sind da nicht ... Die Kosten tauchen da nicht auf.

(Zuruf)

Abg. Cansu Özdemir: Gut, das ist dann ein Punkt, den ich gern im Obleutegespräch mit Ihnen besprechen möchte.

(Abg. Carl-Edgar Jarchow: Nein, dann würde ich aber auch etwas dazu sagen!)

Dieses Vorgehen.

(Abg. Carl-Edgar Jarchow: Dann direkt dazu zur Geschäftsordnung! - Abg. Urs Tabbert: Sie hätten das Thema doch draufsetzen können!)

Vorsitzender: Das ist ja kein Antrag zur Geschäftsordnung. Es ist im Arbeitsplan nicht drin. Wir haben jetzt das Thema Kosten auch befasst, es ist auch beantwortet worden.

Abg. Cansu Özdemir: Es ist im Arbeitsplan nicht drin, aber der Bürgermeister spricht es an. Und wenn er es anspricht, dann dürfen wir es auch ansprechen. Was ist das für eine Logik?

Vorsitzender: Das habe ich Ihnen doch auch zugestanden. Sie haben eine Frage gestellt, die ist auch beantwortet worden.

Abg. André Trepoll: Also der Bürgermeister hat es selbst eingeführt in seinen Eingangsmerkungen.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Sie müssen die Interessen der Abgeordneten berücksichtigen und nicht der Erste Bürgermeister.

Vorsitzender: Herr Trepoll, das geht überhaupt nicht darum. Ich glaube, der Bürgermeister hat überhaupt kein Problem, das zu beantworten.

Abg. André Trepoll: Dann lassen Sie ihn doch.

Vorsitzender: Es geht darum, dass wir uns unter den Obleuten verständigt haben, dass wir eine vernünftige Arbeitsstruktur haben wollen, dass wir durchkommen wollen. Ich bin von mehreren Obleuten darauf angesprochen worden, dass ich stringenter führen soll, dass ich dafür sorgen soll, dass mehr Abgeordnete drankommen, und nicht so viele Nachfragen zulassen soll. Wir haben uns vorher darauf verständigt, vor dieser Sitzung, dass wir, wenn wir mehrere Fragen haben, die im Zusammenhang stellen und dann wirklich nur noch Nachfragen stellen. Das hat nichts damit zu tun, dass ich einzelne Abgeordnete ihres Rechtes berauben will, sondern im Gegenteil, hat etwas damit zu tun, dass ich jedem Abgeordneten zu seinem Recht verhelfen möchte, heranzukommen.

Und, Frau Özdemir, es geht nicht darum, dass Sie keine Fragen stellen können, es geht darum, dass wir dieses Thema nicht drauf haben. Sie können so viele Fragen stellen, wie Sie wollen, das ist Ihnen unbenommen, und auch so lange, wie Sie wollen. Es geht um das Thema und das Thema gehört ... das Thema ist aber nicht ursprünglich auf diesem Arbeitsplan drauf gewesen. Wir haben darüber geredet, weil es sicherlich auch vom Bürgermeister angesprochen worden ist und weil die Fragen jetzt beantwortet worden sind. So.

(Zurufe)

(Zuruf: Ja, das sollten wir wirklich klären!)

Abg. Christiane Schneider: Das Thema ist politische Gesamtverantwortung. Und der Bürgermeister hat sich im Vorfeld, in der Phase der Planung, in der Phase der Vorbereitung, zu der Frage geäußert, als er gefragt wurde, kommen Sie mit den 50 Millionen aus, da hat er gesagt, ja. Und das wird man hier nachfragen dürfen. Das ist keine Frage für den Finanz... für den Haushaltsausschuss, sondern das ist eine Frage, das gehört zur Vorbereitung, eine Kostenschätzung, und er hat sich dazu geäußert. Und warum können wir die nicht unter dem

Gesichtspunkt Politische Gesamtbewertung verhandeln? Hier steht nicht, unter Ausschluss der Kosten.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Herr Vorsitzender, darf ich einen Vorschlag machen?

Vorsitzender: Wir sind jetzt in der Vorbereitungsphase und Fragen zu den Kosten in der Vorbereitungsphase sind zulässig.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: So, ich würde jetzt sagen, stellen Sie eine Frage, die beantworte ich noch. Ich will das noch einmal zu einem Gesichtspunkt sagen. Ich möchte Ihnen gern antworten, dass Ihre Subjunktion nicht zutrifft. Also machen Sie Ihre Unterstellung, ich werde sie dann als falsch darstellen.

(Abg. Christiane Schneider: So geht das gar nicht!)

Abg. Cansu Özdemir: Also ich finde, so geht das gar nicht. Wir haben hier das Interesse, wirklich etwas aufzuklären und nicht mit Unterstellungen zu arbeiten, Herr Bürgermeister. Also können Sie auch diese spitzen Bemerkungen einfach sein lassen. So.

Sie haben ja meine Frage eigentlich nicht beantwortet, nämlich, ich habe ... Sie haben ja mir oder uns unterstellt, wir hätten Ihre Drucksache nicht gelesen. Die haben wir gelesen, weil, auf Grundlage dieser Drucksache haben wir ja auch den Antrag formuliert, den wir eingereicht haben. So.

Sie haben nicht die Frage beantwortet, wie diese Kostenschätzung aussah und wie Sie sich so sicher sein konnten, dass diese 50 Millionen Euro reichen würden. Weil, eine transparente Kostenschätzung wurde der Bürgerschaft überhaupt nicht vorgelegt.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Jetzt will ich ...

Vorsitzender: Herr Bürgermeister, wir müssen das jetzt einmal regeln. So. Ich habe die Frage von Frau Özdemir ... Sie hat die jetzt ja noch gar nicht gestellt. Sie können eine Frage zu den Kosten, was die Vorbereitungsphase angeht, darüber sind wir uns, glaube ich, einig, dass wir heute über die Vorbereitungsphase reden.

(Abg. Christiane Schneider: Ja, genau!)

Sie haben eine Frage gestellt, wie viele Kosten herauskommen werden. Das ist etwas, das werden wir vielleicht bei einem späteren Zeitpunkt noch einmal beantworten, aber sicherlich nicht heute. Wenn Sie jetzt eine Ergänzungsfrage zu dem haben, was Sie schon gestellt haben, dann stellen Sie die Frage jetzt und dann würde ich gern weitermachen.

Abg. Cansu Özdemir: Herr Vorsitzender, in meinem vorherigen Beitrag war die letzte Frage bezogen auf die Kosten heute. Und das war die einzige Frage. Von der nehmen wir dann Abstand. Aber es gab davor ja noch vier andere Fragen. Und ich habe in dem Beitrag oder in meiner Frage eben gefragt, wie diese Kostenschätzung aussah, diese Frage wurde nicht beantwortet, und welche Kosten des Gipfels wurden zum Zeitpunkt Ende Mai 2017 erwartet. Das war für mich eben auch die relevanteste Frage. Das bezog sich nämlich auch auf den Prozess vor G20.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich möchte gern noch einmal wiederholen, dass wir uns entschieden hatten, so viel auszugeben, wie es am Ende sein wird, und dass wir der Polizei und all den Vorbereitungsbehörden das Signal gegeben haben, dass sie das, was sie brauchen, auch machen sollen. Deshalb haben wir dieses Signal auch schon gegeben, bevor wir eine Kostenvereinbarung mit dem Bund hatten, weil es unsere Einschätzung war, dass wir längere Zeit dafür benötigen würden und die Polizei und alle anderen aber loslegen müssen,

damit das gut funktionieren kann, weil ich jedenfalls die Vermutung hatte, manche Entscheidungen erst zu treffen, wenn diese Vereinbarung steht, wäre falsch gewesen, vom Zeitablauf, und es wäre auch in jedem Fall falsch gewesen zu sagen, weil der Bund etwas zu knausrig ist, machen wir das nicht. Das heißt, es gab keinen Zusammenhang mit den Anforderungen, die die Polizei formuliert hat, und dem, was wir dann da rausbekommen konnten, weil das ein Verhandlungsprozess ist. In diesem Verhandlungsprozess haben wir und ich es für richtig gefunden, und zwar unverändert, dass wir uns an den Mitteln, die bei früheren Gipfeln gezahlt worden sind, orientieren und auf dieser Basis mit dem Bund ein Arrangement zustande kriegen. Das ist gelungen. Und alle Sätze, die Sie zitiert haben, und auch andere Stellen, die Sie dazu finden, befinden sich damit im Einklang.

Ja, wir haben einen substanziellen Betrag von 50 Millionen Euro vom Bund bekommen für die Aufgaben, die mit den beiden Gipfeln verbunden sind, und bereits in der Bürgerschaftsdrucksache haben wir Ihnen mitgeteilt, dass wir davon ausgehen, dass wir mehr ausgeben werden. Trotzdem kommen wir damit klar. Trotzdem ist das eine faire Vereinbarung. Trotzdem ist das das, was wir brauchen, um die Aufgaben durchführen zu können. Und das will ich gern auch wiederholen. Ich habe auch nachträglich kein schlechtes Gefühl bei dieser Vereinbarung.

Vorsitzender: Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch ich möchte eine Frage stellen, in der zumindest Kostenaspekte am Rande eine Rolle spielen.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Da müssen Sie aber vorsichtig sein, Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Es geht um die Frage der Wahl des Veranstaltungsortes. Am Ende des Tages, wissen wir alle, hat die Veranstaltung in den Messehallen stattgefunden. Und die ... Was wir hier auch schon dargelegt bekommen haben, es hat dann insbesondere das Rathaus als Alternativort eine Rolle gespielt. Und trotzdem ist die Frage ja noch einmal so ein bisschen, nach welchen Kriterien eigentlich sich dann schlussendlich für die Messe entschieden worden ist, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund einmal die Frage, gab es irgendwelche Themen bei Kostenerwägungen im Vorfeld, gleichzeitig aber bei der Frage Sicherheitsaspekte.

Und was mich aber besonders interessiert, weil das sich ja im Nachhinein als vielleicht auch die größte Bürde herausgestellt hat, nämlich die Frage, gab es im Vorwege Erwägungen in Bezug auf die Wohnbevölkerung. Weil, das ist ja schon etwas, was man jetzt sozusagen, wenn man das so im Nachhinein betrachtet, ja sagen muss, neben der Frage, wo Sie ja auch schon gesagt haben, das mit dem Verkehr ist dann anders eingetreten als gedacht, das war jetzt nicht nur unmittelbar um das Messegelände herum, aber unmittelbar um das Messegelände und auch in dem Stadtteil war ja, ich sage einmal, die Frage des Hubschrauberbeflugs war ja irgendwie doch mit ziemlich vielen Hubschraubern und auch einer ganzen Menge Stunden der Fall. Und ich glaube, das ist das, was, sage ich einmal so, sich in der Wohnbevölkerung eingepreßt hat. Und die Frage ist eben, inwieweit das vorher eine Rolle gespielt hat.

Hinzu kommt diese Frage, Aspekt, dass es genau da eben auch die entsprechende Szene gibt, die dann mobilisiert hat, über die wir alle hier geredet haben. Und das schließt sich dann vielleicht auch mit einem Ausblick in die Zukunft, die sozusagen, wenn man jetzt sich daraus fragt, und darum geht es ja auch ein bisschen heute, was ist die Lehre daraus. Und die Frage stellt sich ja, weil Sie immer wieder betont haben, Deutschland muss so einen Gipfel durchführen und das muss auch in einer großen Stadt stattfinden, aufgrund der Hotelkapazitäten beispielsweise, ob es nicht in diesem Zusammenhang zumindest erwägenswert ist,

weil das ja schon etwas ist, was man jetzt einer Stadt auch nicht zu häufig zumuten muss, zumindest in den Ereignissen, so wie sie waren, in Zukunft stärker darüber nachzudenken, auch über Städte, die dann, sagen wir einmal, wo die Tagungsorte zumindest nicht in unmittelbarer Nähe zur Wohnbevölkerung liegen. Also will sagen, Messegelände außerhalb der Stadt. Was ja durchaus auch eine häufige Funktion ist in deutschen Großstädten wie beispielsweise in Leipzig.

Dazu würde mich einmal eine Einschätzung interessieren, was gab es da im Vorwege und würden Sie diese Einschätzung im Nachhinein teilen, dass das, war ja die Frage, ob man einen Gipfel durchführen kann, ist ja das eine, aber ob es klug ist, den überall durchzuführen. Im Nachhinein ist ja auch so ein bisschen die andere Frage, wie da Ihre Haltung ist.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja, schönen Dank. Kostenfragen haben keine Rolle gespielt für uns. Ohnehin, was den Veranstaltungsort betrifft, nicht, weil das eine Sache ist, die zu 100 Prozent von der Bundesrepublik Deutschland getragen wird. Wir sind nicht der Mieter der Messe gewesen, das ist die Bundesrepublik Deutschland oder irgendjemand, den sie dazu beauftragt hat. Und das wären wir auch bei keinem anderen Ort. Und ich habe auch nicht gehört oder mitbekommen, dass in der Bundesrepublik die Verantwortlichen irgendwie die Frage, was kostet uns das, zum Kriterium gemacht hätten. Wenn man irgendwo an einer freien Fläche in der Stadt noch hätte schnell etwas bauen können, was in Deutschland rechtlich und regulatorisch nicht möglich ist, dann hätten die auch das in Erwägung gezogen, um das einmal zu sagen. Das wäre jetzt nicht ausgeschlossen worden. Ich glaube, in Guangzhou ist alles neu gebaut worden, aber die wussten jahrelang vorher, dass sie das machen wollen, und das ist natürlich keine Disposition, die wir haben.

Ich will nicht mich spekulativ äußern über, was ist geeignet oder nicht, will nur ganz vorsichtig andeuten, dass ich glaube, dass bei einem Messegelände, das außerhalb der Stadt liegt, die polizeilichen Probleme und die Beeinträchtigung für die Bevölkerung größer ist und nicht geringer. Denn die Beeinträchtigung, die wir noch oder Sie noch diskutieren werden, wenn es um das Verkehrskonzept geht, was Sie ja noch auf der Tagesordnung haben, die Beeinträchtigung, die mit den Kolonnenfahrten vom Flughafen zu den Hotels verbunden gewesen sind, wären dann ein Dauergeschehen des Gipfels gewesen, denn die Hotels wären unverändert weiter, also die, die für diese Gipfelteilnehmer infrage gekommen sind, da, wo sie jetzt sind, und auch in jeder anderen Stadt, nämlich in der Innenstadt, wo man regelmäßig sie auslasten kann, und nicht am Stadtrand.

Sodass ich ziemlich sicher bin, dass eine solche Alternative real gar nicht bestanden hätte bei der großen Zahl von Personen, die untergebracht werden müssen, und bei der großen Zahl von Sicherheitspersonen, die man dann immer durch den ganzen Stadtraum einmal quer hin und her fahren muss morgens, abends, mittags vielleicht, wenn die noch einmal zurückwollen. Das ist alles, glaube ich, keineswegs eine unmittelbar bessere Lösung. Kann sein, dass es bei tiefer Betrachtung andere Ergebnisse gibt, aber ich habe mich jetzt nur ein bisschen auf die Spekulationen eingelassen, will das aber nicht vertiefen, weil das gar nicht zur Debatte stand. Das muss man dazu sagen.

Richtig ist, dass wir eine sehr sorgfältige Diskussion geführt haben über die Frage, wie wir um das Messegelände herum die Sicherheitszone bemessen, damit es nicht zu einer unangemessenen Beeinträchtigung der Wohnbevölkerung gleich nebenan kommt. Und die Entscheidung, die sehr früh diskutiert wurde unter all den Beteiligten und die die Polizei auch aktiv unterstützt hat, weil sie das selbst so gesehen hat, war zu sagen, wir wollen eine Sicherheitszone, die nicht weiter ist, als wir das aus Sicherheitsgründen brauchen, und möglichst nicht dieses Viertel absperren, um es einmal so zu sagen. Und bis auf einen ganz klei-

nen Abschnitt, ich glaube, von zwei Hausausgängen, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, ist das ja auch gelungen.

Und das, finde ich, ist schon ein gutes Zeichen, wie man sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt hat, möglichst das so hinzukriegen, dass mit all den Einschränkungen, die trotzdem damit verbunden sind, aber ein normales Leben weiter möglich ist, auch in unmittelbarer Nachbarschaft. Und das ist klug bedacht worden jedenfalls und auch ein Gegenstand vieler politischer Gespräche und fachlicher Gespräche, die in der Zeit, bis die Entscheidung jeweils stand, stattgefunden haben.

Nun will ich nicht so viel sagen, ich glaube, es macht keinen Sinn, dass wir noch einmal die verschiedenen Orte, die von der Bundesrepublik erörtert worden sind, hin und her wälzen, das hat Herr Schmidt letztes Mal sorgfältig getan. Sonst würde ich ihm noch einmal das Wort geben, aber es wäre nur eine Wiederholung.

Vorsitzender: Das haben wir in der Tat, glaube ich, schon erörtert. Und dann ist Herr Trepoll jetzt dran.

Abg. André Trepoll: Ich werde nicht müde und will Ihnen diesmal ein Zitat liefern aus dem Rahmenbefehl, den Sie ja nicht zur Kenntnis genommen haben und wo Sie gesagt haben, der ist für die Sicherheitsfrage nicht besonders relevant. Da steht drin unter Punkt 2, Sicherheitslage: "Den Aktivisten wird daran gelegen sein, dass entsprechende Straftaten vermittelbar bleiben, hauptsächlich wird es sich hierbei um Angriffe mittels harter Gegenstände oder Farbe handeln, aber auch um Brandstiftung an Kraftfahrzeugen und Reizobjekten. Es ist einzukalkulieren, dass auch Straftaten an Örtlichkeiten begangen werden beziehungsweise gefährdungsrelevante Aktionen erfolgen, die abseits des eigentlichen Einsatzgeschehens gelegen sind, mit dem Ziel, Einsatzkräfte an entfernt gelegenen Einsatzorten zu binden." Würden Sie mir zustimmen, dass das für die Beurteilung der Sicherheitslage doch von Relevanz ist?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Alles, was da drinsteht ist für die Beurteilung der Sicherheitslage von Relevanz. Aber das, was Sie vorgelesen hatten, meint nicht, was Sie damit glauben, gelesen zu haben, sondern das meint ganz einfach nur die Beschreibung der Situation, insbesondere dass im Zusammenhang mit Demonstrationsgeschehen, dass mit Angriffen auf das Kolonnengeschehen, dass mit Angriffen auf die Polizei, auch an anderen Orten zum Beispiel, zu rechnen ist und man sich darauf vorbereiten muss. Und das ist auch geschehen. Und wenn Sie das noch einmal genauer bewertet haben wollen, würde ich Herrn Krösser noch einmal die Gelegenheit geben.

Staatsrat Bernd Krösser: Ja, das ist ein klassisches Phänomen des nachträglichen Lesens von Lagebeurteilungen.

(Abg. Christiane Schneider: Ein bisschen näher bitte.)

Ich sage, das ist ein klassisches Phänomen des nachträglichen Lesens von Lagebeurteilungen der Polizei. Dort sind im Allgemeinen Szenarien formuliert, die eintreten können. Und die Erfahrung zeigt einfach, wenn man diejenigen, die solche Lagebeurteilungen verfassen, vorher fragt, was heißt denn das genau, dann kriegen Sie natürlich eine Antwort, die sagt, ganz genau kann man das nicht spezifizieren. Und im Nachhinein passt natürlich vieles darunter, was man so vorher nicht angesagt hätte. Deswegen lege ich noch einmal Wert darauf, ich habe das vorhin schon ausgeführt, das ist ja nicht so, dass keiner dezentrale Aktionen erwartet hätte, so wie das da auch in diesem Lagebericht drinsteht. Es war ja ... Sie haben darauf hingewiesen, Herr Trepoll, dass es solche Karten gab aus der linken Szene, die waren

selbstverständlich auch den Einsatzkräften bekannt und selbstverständlich auch den Lagebeurteilern bekannt, und insofern konnte nicht ausgeschlossen werden, dass durch Kleingruppentaktik in der Stadt auch abgelegene Ziele angegriffen werden könnten. Darauf war die Polizei auch entsprechend eingestellt, wie ich schon ausgeführt hatte. Das Szenario, das wir an der Elbchaussee erlebt haben, war davon aber nicht umfasst. Das hätten uns die Kräfte, mit denen wir vorher die Lagebeurteilung gemacht hatten, so als solches nicht vorhergesagt, weil da verschiedene Punkte, die Sie ja selbst eben zitiert haben, nicht zutreffend waren.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Tabbert.

Abg. Urs Tabbert: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Nachdem ich mich vor anderthalb Stunden zu Wort gemeldet hatte, waren wir auch beim Thema Rahmenbefehl, wo wir ja interessanterweise nach einigen Runden, die wir in anderen Themenbereichen gedreht haben, auch wieder angekommen sind. Was mich, bevor ich meine Frage dazu stelle und meine Anmerkung mache, dazu veranlasst, den Fraktionsvorsitzenden der CDU, dessen Aufklärungsinteresse ich hier auch nicht gering schätzen möchte, höflich zu bitten, seine Mitgliedschaft hier in diesem Ausschuss, die sich ja, ebenso wie meine, auf eine stellvertretende Mitgliedschaft reduziert, vielleicht nicht so auszudehnen, dass Sie in der Zwischenzeit, seit ich mich vor anderthalb Stunden zu Wort gemeldet habe, – ich habe es mitgezählt – über sechsmal sich zu verschiedenen Themenkomplexen zu Wort gemeldet haben. Das sage ich jetzt nicht, um Ihnen nahezu legen, dass Sie besonders viele Regierungs-... – tragende, wie es ja immer so schön heißt – Abgeordnete zu Wort kommen lassen müssen, das ist auch mein Verständnis von Opposition, dass das natürlich nicht Ihr Ziel sein kann und auch nicht muss, aber es betrifft ja auch andere Abgeordnete der Opposition, die sich vielleicht, ich habe das vorhin auch bei Herrn Jarchow gesehen, auch nicht darüber freuen, wenn Aufklärung hier so funktionieren soll, dass hauptsächlich der Fraktionsvorsitzende der CDU hier sich zu jedem Themenkomplex gleich einmal reflexhaft sozusagen zu Wort meldet. Das führt nämlich dazu, dass wir dann verschiedene Themenkomplexe schon durchgegangen sind und diejenigen, die sich dann ganz normal zu Wort gemeldet haben und sich nicht sofort nach jeder Wortmeldung wieder melden, dann sozusagen sich völlig außerhalb des Kontextes dann wieder nach einer Stunde zu Wort melden. Und das, glaube ich, führt nicht dazu, dass wir hier eine gute Aufklärungsarbeit machen. Aber nun zu meiner Frage.

Vorsitzender: Herr Tabbert, nur eine Anmerkung. Aber es ist ... Also zur Ehrenrettung von Herrn Trepoll muss ich sagen, er hat sich natürlich jedes Mal zu Wort gemeldet. Also ich notiere einfach Wortmeldungen, wie Sie hier eingehen, auf dem Zettel und an dieser Wortmeldungsliste ändere ich nichts.

Abg. Urs Tabbert: Ja. Ich habe auch keinen Vorwurf an den Vorsitzenden gemacht, ich habe auch noch nicht einmal einen Vorwurf ...

Vorsitzender: Ich wollte damit Herrn Trepoll in Schutz nehmen. Also ich habe das nicht als Kritik an mir verstanden. Ich habe Herrn Trepoll in Schutz genommen.

Abg. Urs Tabbert: Ich habe eine höfliche ...

Vorsitzender: Er hat sich jedes Mal ordnungsgemäß gemeldet.

(Abg. Christiane Schneider: Die Zeit läuft!)

Abg. Urs Tabbert: Ja. Ich habe eine höfliche Bitte geäußert. Nun zum Rahmenbefehl. Also was ja hier probiert wurde zu konstruieren, war ja, dass sozusagen aus der Tatsache, dass auf Seite – glaube ich – 16 des Rahmenbefehls hier von der hohen Priorität der Sicherheit der Staatsgäste die Rede ist, dass daraus ja im Umkehrschluss abgeleitet werden sollte,

dass die Sicherheit der Bevölkerung einen geringeren Stellenwert hat. Also mir hat sich das so nie erschlossen, weil, wenn man sich etwas mit Polizeirecht befasst hat, wie man das ja zwangsläufig als Jurist in seiner Ausbildung gemacht hat, und auch sich mit Polizeirecht auseinandergesetzt hat, dann hat ja die Priorität sozusagen der Sicherheit auch sehr mit der Gefährdungslage sozusagen zu tun. Und wenn ich mir dann auch auf Seite 8, da wird das ja auch zum Ausdruck gebracht, also bevor diese Einschätzung der hohen Priorität der Staatsgäste kam, davon auch die Rede ist, was ja auch sehr plausibel ist, dass in den jeweiligen Ländern diese Staatspräsidenten einer funktionsimmanenten Gefährdung bereits unterliegen oder aufgrund ihrer Rolle, dann finde ich es überhaupt nicht unplausibel und fühle mich da auch als einfacher Bürger nicht zurückgesetzt, wenn für einen ausländischen Staatspräsidenten hier sozusagen da höhere Sicherheitsanstrengungen unternommen werden als für mich als einfachen Hamburger Bürger. Deswegen meine Frage, ist diese Einschätzung zutreffend, weil, vielleicht würde das ja einiges, was hier an Besorgnis aufgekommen ist, klären.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Es gibt keine Differenz in dem Schutz, es gab gleichwertige Ziele, ich habe es schon gesagt, das ergibt sich aus allem, was vorbereitet und gemacht worden ist und das ergibt sich auch aus diesem Rahmenbefehl, der nicht die Bedeutung hat, die einige darin gesehen haben, und nicht aussagt, was einige in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem Gipfel darin gelesen zu haben meinen. Mein optimistischer Eindruck ist – das sehen auch fast alle mittlerweile so und das ist wohl auch die überwiegende Meinung, sowohl in der Öffentlichkeit als bei allen Leuten, die das fachlich beurteilen –, das war einfach ein Irrtum, das so zu betrachten.

Vorsitzender: Herr Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Ich muss mich kurz sortieren. Ich habe doch, ähnlich wie Herr Tabbert, einige Zeit gewartet. Ich beziehe mich auf meine erste Frage von vor einiger Zeit, da ging es um die Einschätzung des Senats zu den Erkenntnissen, die man aus der EZB-Eröffnung in Frankfurt beobachtet hat. Und mich hat etwas irritiert die Antwort von Herrn Staatsrat Krösser, weil, nach unserer Information zumindest, Mitte Juni das hessische Innenministerium die Regierung in Hamburg gerade vor solchen Kleingruppentaktiken gewarnt hat, weil wohl die annähernd hermetische Abriegelung des Tagungsortes in Frankfurt dazu geführt hat, dass sich kleinere Gruppen von der Hauptdemonstrationsgruppe sozusagen gelöst haben, durchs Stadtgebiet gezogen sind und alle möglichen Orte angegriffen haben, und da eine konkrete Warnung vorgelegen hat. Also da ist nun die Frage: Ist das so, also hat das hessische Innenministerium Sie konkret vor dieser Gefahr gewarnt? Und wenn ja, welche Schlüsse haben Sie daraus gezogen?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Mir ist wichtig, zunächst einmal zu sagen, auf Kleingruppentaktik hat sich die Hamburger Polizei eingestellt, und zwar in der Weise, wie das hier schon drei-, vier-, fünfmal erläutert worden ist und auch aus vielen anderen schriftlichen Dokumenten sich ergibt. Sie können das auch nachlesen in den Sicherheitseinschätzungen, die ich vorhin schon zitiert habe. Selbst wenn Sie nur die beiden, glaube ich, nehmen, die zu meiner Vorbereitung für Ende Mai gehört haben im Gespräch im Kanzleramt, aus dem Bundesamt und aus der Hamburger Polizeieinschätzung, finden Sie dort auch die entsprechenden Hinweise. Wenn Sie sich die Allgemeinverfügung durchlesen, werden Sie dort sehr detailliert diese Fragen auch alle mit erörtert finden.

Und das, was das Wesentliche bei der EZB war, war natürlich der Versuch, die zu erstürmen und das mit verschiedenen Taktiken zu tun. Aber zu der anderen Frage kann nur Herr Krösser etwas sagen.

Staatsrat Bernd Krösser: Also auf Ihre Frage hin, gab es eine Warnung, ist mir im Moment nicht gegenwärtig, ob es da eine Warnung der hessischen Landesregierung uns gegenüber gab. Kann ich nichts ... Kann ich im Moment nicht erinnern. Wäre auch eigentümlich, so etwas zu tun, weil, eine Landesregierung weiß normalerweise, dass die Polizeien bei solchen Einsatzvorbereitungen eng miteinander kooperieren über ihre Gremien. Insofern wäre das ein etwas eigenwilliger Vorgang. Aber ich will nicht ausschließen, dass die Hessen das gemacht haben. Ist aber ... Würden wir nie machen, weil wir wissen, dass unsere Polizeien ihre Erfahrungen ohnehin in die anderen Länder transportieren.

Zum Thema Klein- und Großgruppentaktiken. Kleingruppentaktiken sind eben ganz normale kleine klandestine Gruppen, so steht es auch in einer der Lagebeurteilungen. Klandestin heißt, so kleine abgeschlossene Gruppen, die sich in ihre Planung nicht reingucken lassen, das auch keinem anderen erzählen, das nicht im Flora-Plenum großartig verbreiten, was sie vorhaben, sondern mehr oder weniger irgendwo aus dem Hinterhof mit drei, vier, fünf Mann losziehen, irgendwo versuchen, eine Bank oder irgendein anderes, ein mittelbares Objekt zu beschädigen. Und solche kleinen Gruppen können Sie eben sehr gut auch mit der normalen Streifenwagenausstattung in der Stadt bekämpfen.

Wenn Sie Gruppen haben wie an der Elbchaussee, die eben deutlich größer sind als so eine Kleingruppe, dann haben Sie eben das Problem, dass Sie das nicht mehr mit Streifenwagen angehen können. Solche Gruppenaktivitäten sind uns in den Lagebeurteilungen und den Lageansagen aber nicht vorhergesagt worden. Und es ist eben auch nicht vorhergesagt worden, dass diese Gruppen dann ohne jede Rücksicht auf irgendeine Art von Vermittelbarkeit agieren würden. Und das war an der Elbchaussee halt ein ganz prägendes Phänomen. Es ist Ihnen ja schon gesagt worden, da ist ein Auto, das eindeutig erkennbar war als Fahrzeug eines Alten- und Pflegeheims, angezündet worden. Welche Vermittelbarkeit sich daraus ergeben soll, kann keiner ersehen. Aber Sie ersehen aus den Lageberichten, dass das durchaus normalerweise eine Rolle spielt. Hier war einfach eine völlig zielenthemmte Gewaltausübung das Thema.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Jetzt ist es schon so weit, Herr Scholz, jetzt muss Herr Tabbert Sie schon in Schutz nehmen. Aber ich würde Sie gern fragen, da Sie ja sehr allgemein gehaltene Aussagen treffen, dass wir uns vielleicht einmal dem Steuerungsprozess der Vorbereitung des G20-Gipfels in Hamburg nähern. Das heißt, ich möchte von Ihnen wissen, wie haben Sie dieses Projekt gesteuert, welche Gremien haben Sie regelmäßig besucht, mit wem haben Sie sich dazu wann ausgetauscht. Das sind erst einmal meine Fragen.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja. Schönen Dank. Ich habe Ihnen ja schon in meinem Eingangsstatement, auch im weiteren Verlauf der heutigen Veranstaltung erzählt, worüber wir uns ununterbrochen unterhalten haben. Meine unmittelbaren Ansprechpartner sind der Innensenator, der Staatsrat der Innenbehörde und der Bevollmächtigte, die auch in den verschiedenen Gruppen jeweils tätig gewesen sind und mir darüber sorgfältig berichtet haben, mich immer unaufgefordert angesprochen haben, wenn neue Entwicklungen sich gezeigt haben und die mit mir erörtern haben, oder die ich auch angesprochen habe, weil ich etwas erörtern wollte und Ansichten zu diesem Thema äußern wollte. Das ist wahrscheinlich das am meisten besprochene, am sorgfältigsten erörterte Thema gewesen von Anfang 2016 bis zum Gipfel selbst. Und ich nehme an, dass es ganz viel, viel Zeit ist, die man da zusammengerechnet sehen kann.

Ein wichtiges Besprechungsgremium, das dann schon größere Kreise zieht, ist die Senatorenvorbesprechung, wo wir auch immer wieder alle Fragen, über die ich vorhin gesprochen habe, erörtert haben, und selbstverständlich dann all die Gelegenheiten, wo man sich mit den verschiedenen Beteiligten trifft. Über den Besuch in der Messe, über die beiden Gespräche im Kanzleramt habe ich Sie bereits sorgfältig informiert, über den Besuch im Führungszentrum der Polizei ebenfalls und die Gespräche, die ich dort geführt habe. Aber das war der kleinere Teil, der große Teil war eine Beschäftigung, die, glaube ich, so zusammengefasst werden kann, es hat vielleicht außerhalb meines Urlaubes keine Woche gegeben, in der ich nicht mit irgendeinem der Beteiligten und manchmal mehreren davon Fragen des G20-Gipfels erörtert habe.

Abg. André Trepoll: Eine Nachfrage.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, bitte.

Abg. André Trepoll: Wie oft haben Sie sich von dieser Lenkungsgruppe berichten lassen? Haben Sie da auch einmal selbst dran teilgenommen? Das ist meine Nachfrage. Und haben Sie denn die von Ihnen dann in der Öffentlichkeit ausgesprochene Sicherheitsgarantie auch mit Ihrem Innensenator abgesprochen?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe an den Sitzungen dieser Gruppe nicht teilgenommen. Das wäre auch völlig unüblich und sehr ungewöhnlich, wenn ich das dazusagen kann. Die sind ja eingerichtet, um andere die Arbeit machen zu lassen, insbesondere die Staatsräte zum Beispiel und verschiedene andere Gremien. Aber ich habe mit denen, die für mich darin sitzen und die jeweils Entscheidungen zu treffen haben, alle Fragen permanent besprochen, insbesondere mit den drei Herren, die nicht zufällig rechts und links neben mir sitzen, weil ich glaube, dass man sagen kann, jede Woche immer wieder irgendwelche Fragen, die mit G20 etwas zu tun hatten, sorgfältig erörtert. Und ich hatte zu keinem Zeitpunkt das Gefühl, dass mir irgendetwas verheimlicht wurde, dass ich irgendetwas nicht mitkriege. Ich glaube, das ist auch sehr sorgfältig, nicht nur von mir aus, sondern auch von den anderen Beteiligten, gemacht worden, weil natürlich Klarheit darüber herrschen musste, dass am Ende das eine Verantwortung ist, die dann auch getragen werden muss für das, was jeweils geschieht. Selbstverständlich habe ich die Sicherheitslage mit den Beteiligten erörtert und auf dieser Basis habe ich mich so geäußert, wie ich mich geäußert habe. Das sind aber meine Worte und ich bin der, der sie gesprochen hat.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will eingangs noch einmal auf den Rahmenbefehl eingehen, in den ja so viel hineingeheimnist wurde und würde auch allen einfach noch einmal anraten, noch einmal auf die Seite 16 zu schauen, wo dieses in der Ziffer 3.2 und einmal das Zitat mit "der Schutz und die Sicherheit der Gäste haben höchste Priorität" als erster Kullerpunkt steht. Aber schon wenn man einen Absatz weiter nach oben guckt, stehen da die taktischen Ziele, die man, glaube ich, wenn man zur Gesamtbeurteilung vielleicht auch noch einmal zur Kenntnis nehmen sollte, wo nämlich steht, erster Kullerpunkt, "störungsfreie Durchführung der Veranstaltung", zweiter, "Gewährleistung der Versammlungsfreiheit", dritter, "geringstmögliche Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens", vierter, "Verhinderung eines Anschlags auf Schutzpersonen" und dann der fünfte Punkt, "Verhinderung eines Terroranschlags". Also daran sieht man schon, dass die alleinige Bezugnahme nur auf das Untere, "Leitlinien des Polizeiführers", vielleicht auch nicht die allein richtige Interpretation sein kann, weil zumindest bei den taktischen Zielen, und die stehen immerhin in der Reihenfolge weiter davor, sozusagen noch zum Beispiel der, glaube ich,

wichtige Punkt "geringstmögliche Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens" sogar noch drüber steht. Also sozusagen jede andere Sache wäre dann eine einseitige Fehlinterpretation in dieser Ziffer 3.2. Das nur einmal als Vorbemerkung.

Und weil Herr Trepoll ja auch so viele Lageeinschätzungen hier noch als Vorhalt genutzt hat, will ich einfach noch einmal das als eine zusammenfassende Frage an den Bürgermeister richten, weil es ja im Kern auch um die Lageeinschätzung geht, die er selbst gelesen hat oder vorliegen hatte für die Vorbereitung zum Beispiel beim Treffen bei der Bundeskanzlerin. Das können Sie ja auch, Herr Trepoll, alles in den Akten lesen, also zum Beispiel, ob das, was Sie vorgehalten haben, Herr Trepoll, eigentlich Teil von Vorbereitungsunterlagen für den Bürgermeister sind, das haben Sie gar nicht genannt. Vielleicht können Sie das bei einer Ihrer vielen Nachfragen nachher selbst auch noch einmal sagen. Jedenfalls das, was ich gelesen habe aus der Akte der Senatskanzlei für den Bürgermeister für die Treffen, war zum Beispiel, das möchte ich einfach gern noch einmal bestätigt bekommen, dass ausgegangen wurde von Straftaten an Reizobjekten, die sich auf bestimmte Objekte, staatliche, politische, wirtschaftliche Institutionen beziehen. Dass zum Nachteil solcher Institutionen von Straftaten auszugehen ist, dass gerade nicht Inhalt war, dass völlig unbeteiligte Dritte, einfache Bürger, als Beispiel Auto von einem Pflegedienst, hat Herr Krösner gerade gesagt, dass gerade diese Hinweise den Hinweisen und Lageeinschätzungen, die Sie gelesen haben, davon gerade nicht ausgegangen sind. Das war der erste Punkt.

Und ob, das ist ja sozusagen die zweite Sache, die immer wieder diskutiert wird, ob irgendwo in Lageeinschätzungen für Sie zu lesen war, dass davon ausgegangen wird, dass bei bestimmten Gewaltaktionen, bestimmten Taten man eigentlich davon ausgehen musste, dass da Sondereinsatzkräfte auch notwendig sind zur Lagebewältigung.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also um das noch einmal zu sagen, aus den Beurteilungen, die uns vorlagen, aus den Gesprächen, die ich geführt habe, ich glaube, das würde noch einen Tag vor dem Gipfel jede deutsche Polizeibehörde auch gemeinsam so gesehen haben, hätte man die Ereignisse des Freitagmorgens zum Beispiel nicht entnehmen können. Und aus künftigen Lagebeurteilungen wird man sie entnehmen. Und ich habe schon gesagt, das wird die größte Herausforderung für die deutsche Polizei, wenn wir davon ausgehen müssen, dass bei Kirchentagen, dass bei 1.-Mai-Demonstrationen, dass bei Christopher-Street-Demonstrationen und, und, und, und, und es möglich ist, dass jeweils gegnerisch eingestellte extremistische Gruppen irgendwo im Gebiet der betroffenen Stadt dann irgendwelche Leute angreifen und Zerstörungen machen und nicht an kalkulierbaren vorhersehbaren Objekten, an der Polizei oder so, die sich darauf eingestellt hat und einstellen kann. Und das wird uns herausfordern, weil, darauf müssen wir eine gute Antwort finden, die nicht einfach ist, das will ich ausdrücklich sagen.

Und selbstverständlich, das habe ich auch im Nachhinein noch einmal mit allen diskutiert, die ja sich, und auch während des Freitags, muss man ja einmal dazusagen, wo ich ja im Polizeipräsidium gewesen bin ... Niemand kann sich erinnern, dass man für Demonstrationen in der Schanze – die sind ja schon einmal ziemlich heftig gewesen – und Auseinandersetzungen man mehr braucht als viel Polizei und Wasserwerfer und was man sonst an Mitteln hat. Dass wir die Fähigkeit von Sondereinsatzkräften in so einer Situation brauchen, um Leib und Leben der Polizisten zu schützen, die in eine Falle gelockt werden sollen, ist eine vorher nicht kalkulierte Situation. Das werden wir, weil, das ist ja leicht, das ist nicht unaufwendig, aber es ist leicht, das werden wir sicherlich in Zukunft bei Situationen, wo wir das für möglich halten, machen müssen und das wird die Polizei aus dieser Situation schließen. Und auch das ist natürlich keine Verbesserung unseres Lebens, das muss man ausdrücklich dazusa-

gen. Darüber bin ich schwer bedrückt, weil das schon eine Grenzüberschreitung ist, noch größer als die Grenzüberschreitungen, die ohnehin schon schlimm sind.

Vorsitzender: Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Vielen Dank. Herr Tabbert warf vorhin das Problem auf, dass durch mögliche Fragestellungen der Betrieb hier ein bisschen aufgehalten wird. Herr Tabbert, Sie haben zum dritten Mal die Frage gestellt, wie denn der Rahmenbefehl zu verstehen gewesen sei, Schutz der ausländischen Staatsgäste. Ich habe das am Anfang thematisiert, dann hat das Ihre Obfrau thematisiert, dann haben Sie das nachher auch noch einmal aufgeworfen. Dadurch halten Sie den Betrieb natürlich auch auf. Ich appelliere einmal an alle Kollegen hier, die vorgefertigten Fragen, die jeder mitgebracht hat, zu streichen, wenn diese Fragen bereits gestellt worden sind.

Herr Trepoll, Sie hatten ja das Lieblingsthema heute, Rahmenbefehl. Sie haben ja nun noch nie wirklich politische Verantwortung getragen und können das auch gar nicht wissen, aber man liest natürlich als politischer Verantwortungsträger nicht unendlich viele Akten, sondern man lässt sich wirklich informieren von seinen Leuten, die dafür verantwortlich sind. Und dann ist es auch nicht so, dass man sich in alle Einzelheiten dort einmischt. Ich glaube, der größte Fehler, den ein Politiker machen kann, ist, dass er sich in polizeiliche Einzelarbeit einmischt. Und wenn er das gemacht hätte, der Bürgermeister, dann hätte man ihm das vorgeworfen. Also ich möchte das Thema Rahmenbefehl hier heute auch gar nicht mehr hören.

Nächster Punkt. Herr Bürgermeister, im Vorfeld der Demonstrationen hat man sich sicherlich auch Gedanken gemacht, wie sich denn relativ unbeteiligte Personengruppen in dieser Stadt verhalten könnten, nicht nur die militanten, die extra nach Hamburg angereist sind, um hier Krawall zu machen, sondern, wie sich ja auch später herausstellte, gab es Schülergruppen, die rein zufällig in das Geschehen einmal eingegriffen haben, dann auch gewalttätig geworden sind oder Flaschen geworfen haben. Inwieweit hat man solche Dinge miteinbezogen? Denn Polizeiarbeit ist ja auch durch solche Aktionen behindert worden. Man will dann natürlich auch gegenüber, ich sage einmal, zunächst relativ unbeteiligten Schülern, Schülergruppen nicht mit voller Polizeigewalt vorgehen. Was schließen Sie für die Zukunft daraus? Was für eine Gesellschaft ist das eigentlich, in der wir leben, in der plötzlich völlig unbeteiligte Leute aus Gaststätten kommen und sich an Krawallen beteiligen? Gab es da im Vorfeld in den letzten fünf oder zehn Jahren nicht auch gesellschaftliche Versäumnisse? Und wie gedenken Sie da in Zukunft zu reagieren?

Vorsitzender: Also da war jetzt Phase 2 und Phase 3 auch mit drin, aber was haben Sie im Rahmen der Vorbereitungsphase sich dazu gedacht, das ist dann wohl die Frage.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also ich würde gleich dem Innensenator und dem Staatsrat da noch einmal die Gelegenheit geben, das zu vertiefen. Ich will nur sagen, natürlich kennen wir das Phänomen leider schon etwas länger. Deshalb hat es auch Appelle gegeben, das nicht zu tun, um es einmal so zu sagen. Und ich will ausdrücklich sagen, das ist nicht einfach, aber ein Teil, der sicherlich immer mit bedacht werden muss, es gibt ja die polizeiliche Aktivität im Rahmen der Verhinderung von Straftaten, es gibt die staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Tätigkeit, die darin besteht, hinterher Straftaten, die begangen worden sind, zu bewerten. Und ich hoffe, dass zum Beispiel im Zusammenhang mit ... Die Gerichte entscheiden unabhängig und souverän, das möchte ich ausdrücklich vorweg sagen, aber meine Vermutung ist, dass, wenn jemand als Unbeteiligter sich hat hinreißen lassen und Straftaten begangen hat und wir sie ihm nachweisen können, dass er auch mit Strafen rechnen muss. Und das ist vielleicht, und darum sage ich das jetzt auf die Frage, was ich mir davon erwarte, das ist vielleicht ein Teil eines Meinungsbildungsprozesses, der auch in den Köpfen vieler stattfindet. Sie kennen die ganze Diskussion über spezial- und generalpräven-

tive Wirkungen von strafrechtlichen Entscheidungen. Ich glaube auch, dass es generalpräventive gibt und das ist eine Bewertung, die aber dann jeweils vom einzelnen Richter mit dem konkreten Täter im Blick vorzunehmen ist, nicht von mir.

Senator Andy Grote: Ja, es war ja schon so, dass wir durchaus die Gefahr gesehen haben oder aus Szenarien gesehen haben, in denen es gerade im Versammlungsgeschehen so sein konnte, dass unter einem Motto, unter einer Überschrift mit Zielen, die erst einmal viele vielleicht auch teilen können, mobilisiert wird und man nicht leicht erkennen kann, hinter wem man da eigentlich herläuft. Nun muss man sagen, dass die Kundgebung, die die schwierigste war, Welcome to Hell, könnte man eigentlich meinen, es war nicht so schwer zu erkennen, womit man es da zu tun hatte, trotzdem war es auch da so und auch bei anderen Veranstaltungen, dass wir damit rechnen mussten, dass die Mobilisierung auch viele erreicht, die nicht zu Gewalt eigentlich sich verabreden wollten oder gewalttätig werden wollten. Deswegen haben wir auch im Vorfeld sehr klar und auch öffentlich kommuniziert, diese Gefahr, und haben auch gesagt, es gibt ganz viele Versammlungen und Kundgebungen und Protestformen, denen man sich anschließen kann, ohne in eine schwierige Situation, in Auseinandersetzungen auch mit der Polizei zu geraten, aber es gibt eben auch ein, zwei Versammlungen, wo wir jedem, der den Konflikt nicht sucht, sehr abraten, daran teilzunehmen. Das haben wir öffentlich getan und das war insbesondere die Versammlung Welcome to Hell und das hat sich dann ja auch entsprechend bewahrheitet. Wir haben auch vor der Thematik Camps gewarnt, weil wir ja auch da den Eindruck hatten, dass es in der Diskussion in der Stadt und in der öffentlichen Wahrnehmung möglicherweise etwas zu romantisch diskutiert wurde. Und gleichwohl müssen wir feststellen, dass in den Szenarien, wie sie sich nachher abgespielt haben, wir natürlich nicht immer wirklich – weder vorher, noch währenddessen – gut steuern können, wie sich eine Gemengelage dann entwickelt. Und das hat auch während der G20-Ereignisse sicher noch einmal eine neue Dimension erreicht, die uns auch hier noch beschäftigen wird.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Noch einmal kurz zu dem letzten Beitrag des Kollegen Dr. Dressel. Die Idee ist hervorragend, dass wir uns in der entsprechenden Akte das nachlesen zu Besprechungen zwischen dem Bürgermeister und dem Kanzleramt. Leider Gottes ist in dieser Akte der Großteil entweder entfernt oder geschwärzt worden. Das ist das kleine Problem.

(Abg. Christiane Schneider: Entfernt ist viel!)

Meine eigentliche Frage bezieht sich auf das, was Herr Krösser vorhin gesagt hat, was ich gern noch einmal verstehen möchte, und zwar, was eigentlich nun die Probleme waren. Waren es die kleinen Gruppen, waren es die mittleren Gruppen, welche Gruppengröße war es eigentlich? Denn wir haben im Innenausschuss nach den G20-Ereignissen vom Polizeipräsidenten gehört, dass die örtlichen Reviere durch Umstellung des Schichtbetriebs verstärkt wurden, damit auch bei Aktionen außerhalb des Korridors durch Kleingruppen schnell reagiert werden konnte. Insofern war man auf Kleingruppen scheinbar eingestellt. Und wo liegt jetzt das Problem, bei welcher Gruppengröße eigentlich? Denn das, was da vor IKEA passiert ist, was ich gesehen habe, waren auch keine Großgruppen, was auf der Elbchaussee passiert ist, wahrscheinlich schon eher.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister. Okay, Herr Krösser.

Staatsrat Bernd Krösser: Wir reden von Kleingruppen, wenn das wirklich von der zahlenmäßigen Zusammensetzung her sehr überschaubare Gruppen sind, die sich in einem Bereich so um die vielleicht zehn Personen bewegen. Alles, was darüber hinausgeht, wird dann

schon etwas schwieriger, mit einer normalen Streifenwagenausstattung anzugehen. Auf der Elbchaussee, und wir gehen davon aus, dass sich diese Gruppe dann, auch wenn sich das auf den Videobildern, die Sie wahrscheinlich ansprechen, die man auch in der Öffentlichkeit ja sehen konnte, also über N24 und andere Sender dann gelaufen sind später noch einmal, da scheint das ja so zu sein, als ob das nur wenige Personen sind. Das lag aber nur daran, dass sich die Gruppe dort schon auseinandergesogen hatte. Wenn Sie die Bilder von der Elbchaussee gesehen haben, auch da gab es ja öffentlich sichtbare Videos, dann konnten Sie erkennen, dass das keine Kleingruppe im polizeitaktischen Sinne mehr war, die man mit einer Streifenwagenausstattung angehen konnte. Und wir haben ja auch in Hamburg wirklich sehr erfahrene Polizeibeamte auch im Umgang mit Auseinandersetzungen mit Störern, so dass unsere Kräfte auch eigentlich sehr schnell erkennen, wo macht es noch Sinn, mit dem Streifenwagen ranzufahren, ohne in Eskalationssituationen zu kommen, die man dann nicht mehr beherrschen kann, und wo lässt man das besser bleiben und führt andere Kräfte erst nur ran, bevor man sich an solche Gruppen heranwagt. Da haben wir einen guten Erfahrungsgrundsatz und ich glaube, da haben die Kollegen das auch genau richtig beurteilt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Herr Scholz, ich möchte mit Ihnen einmal über das Thema Allgemeinverfügung sprechen. Sie haben das ja auch ausgeführt, das war ja das Dokument, was insbesondere der Polizei Handlungsspielraum geben sollte, auch die Veranstaltung sicher durchzuführen. Sie wissen auch, dass wir darüber ja auch eine politisch intensive Debatte geführt haben. Ich kann mich erinnern, dass der Justizsenator in der Bürgerschaft und auch öffentlich ja zum Beispiel erklärt hat, es wird kein Demonstrationsverbot geben in der Stadt. Ist Ihnen bekannt, wir haben in den Akten, die Sie uns als Senat vorgelegt haben, festgestellt und aus denen geht hervor, dass der Justizsenator seine Hausjuristen angewiesen hat zu prüfen, wie die von der Innenbehörde erlassene Allgemeinverfügung zum Versammlungsgesetz rechtlich angegriffen und ausgehebelt werden kann? Wie bewerten Sie diesen Vorgang, der da offensichtlich in Ihrem Senat stattgefunden hat?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich kenne die Akten, die Ihnen vorliegen nicht alle. Das sind, glaube ich, Tausende von Seiten. Deshalb will ich nur sagen, wir haben uns als Senat eine Meinung zu dieser Frage gebildet. Dass sich jeder dazu vorbereiten lässt mit den Informationsmöglichkeiten seiner fachlich gut aufgestellten Behörde ist ein normaler Vorgang. Was zählt, ist das Ergebnis. Und das Ergebnis ist, dass wir uns so politisch in der Sache verständigt haben im Senat, dass wir diese Allgemeinverfügung für richtig halten als auch einvernehmlich richtig fanden, dass die Polizei sie dann erlassen hat. Das macht ja die Versammlungsbehörde und nicht wir. Und deshalb ist das ... Aber das hatte die Rückendeckung des Senats in dieser Frage. Und wenn man die Allgemeinverfügung durchliest, sieht man ja auch, wie berechtigt sie war. Sie begründet sich ja ganz selbst und ist ja gerichtsfest gewesen. Das fand ich schon eine große Leistung derjenigen, die das bei der Polizei vorbereitet haben, denn alle waren sich gar nicht so sicher, ob das in dieser schwierigen rechtlichen Materie funktionieren würde, obwohl es so erforderlich wäre. Und die haben das so gut gemacht, dass es geklappt hat.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. André Trepoll: Ich glaube, Sie haben das nicht ganz verstanden, Herr Scholz. Das war, nachdem Sie sich im Senat festgelegt haben, da ist Herr Steffen losgelaufen und hat gesagt, das, was Sie entschieden haben, wie können wir das eigentlich rechtlich wieder aushebeln.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich will noch einmal sagen, wichtig ist, wie wir miteinander handeln und worauf wir uns verständigen. Und das ist das, was ich eben berichtet habe.

Vorsitzender: Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ich wollte noch einmal zur Auswahl Räumlichkeiten fragen. Inwieweit sind Sie auch beteiligt gewesen? War das nur eine Entscheidung jetzt der Bundesregierung in der Abwägung der verschiedenen Örtlichkeiten, dass es dann nachher die Messehalle wird oder fand auch noch da ein Rückkopplungsprozess auch mit Ihnen statt? Wie weit hat auch die da eine abwägende Rolle gespielt, dass ja, wenn wir das Rathaus genommen hätten, es hier eine Situation gegeben hätte, dass über viele Wochen es auch in der Innenstadt Sperrungen und so weiter gegeben hätte. Wie weit sind Sie da mit einbezogen worden in diese Fragestellung?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Diese Frage ist von denjenigen, die im Bund das mitdiskutiert haben und von allen anderen Beteiligten immer mit mir erörtert worden, auch was jeweils der Stand der Erwägungen ist. Und deshalb kann man schon sagen, dass jetzt nicht ab einem bestimmten Moment der Heilige Geist über alle gekommen war und alle einer Meinung waren, aber am Ende war es eben so, und ich auch. Das ist der richtige Ort gewesen und auch derjenige, bei dem man das gut durchführen kann. Übrigens hat sich das ja trotz all der schwierigen Dinge, die wir zu bewältigen haben, auch bewiesen, das war polizeilich eine gut lösbare Aufgabe.

Vorsitzender: Noch Fragen? Eine Nachfrage, Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Also auch ausdrücklich mit dieser, die wir dann auch in den Akten gefunden haben, eben der Einschätzung, dass auch Sie und die Hamburger Behörden das geteilt haben, dass, wenn man das Rathaus als Veranstaltungsort genommen hätte, wir hier auch erhebliche Sperrungen hier im Innenstadtbereich, also die Funktionsfähigkeit dieses Rathauses, die ja für uns alle hier nicht ganz unerheblich ist, auch über Wochen hier blockiert gewesen wäre? Das waren auch Ihr Kenntnis- und auch Ihr Abwägungsstand?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja. Also, obwohl ich das Rathaus ganz toll finde, haben wir alle eingesehen, das geht nicht.

Vorsitzender: Frau von Treuenfels-Frowein.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein: So. Ich habe noch eine Frage, und zwar wie ist bei Ihnen oder ist überhaupt die Planung gewesen, ob Sie die ganze Zeit in der Elbphilharmonie sowieso geblieben wären oder im Falle von irgendwelchen Ausschreitungen, die ja zumindest nicht ausgeschlossen gewesen sind auch in den Planungen ... Ist das so gewesen, dass Sie dann hätten auch vielleicht in die Orte der Ausschreitungen, also jetzt nicht mitten rein, aber zumindest in die Einsatzleitung oder zur Polizei hätten gehen sollen? Gab es da irgendwelche B-Pläne? Oder waren Sie eigentlich die ganze Zeit in der Elbphilharmonie sozusagen fest eingebucht?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Der B-Plan ist immer die eigenständige Entscheidung des Bürgermeisters, was er jetzt macht. Also, da kann noch so viel geplant werden, wenn ich sage, ich gehe jetzt da hin und da hin, dann mache ich das eben. Oder ich mache es eben nicht. Und Sie wissen das sicher, aber das werden Sie, glaube ich, später noch mit mir erörtern, weil es ja wohl nicht mehr die Vorbereitung des Gipfels ist, aber dass ich auch noch in das Polizeipräsidium gefahren bin im Anschluss an die Veranstaltung und mich dort informiert habe. Ja ausdrücklich will ich sagen, dass ich aus meiner Zeit als Innensenator gelernt habe, dass es eigentlich das Fieseste ist, was man der Polizei antun kann, die im Einsatz ist,

wenn man sich unmittelbar an den Ort des Geschehens begibt. Denn dann kommt eine hoch eingestufte Sicherheitsperson in die Nähe und dann sind lauter Polizisten, die für den Einsatz gebraucht werden, gebunden, die Person zu schützen. Und das bringt nur Verwirrung. Also, das habe ich ... Schon damals haben mir alle immer gesagt, mach das nicht und da habe ich mich auch dran gehalten.

Vorsitzender: Herr Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Ja, vielen Dank. Ich muss sagen, dass ich die Erklärungen von Herrn Staatsrat Krösser zu kleinen, mittleren und großen Gruppen eigentlich, also dass die mich nicht wirklich zu einem Erkenntnisgewinn führen, sondern eher im Gegenteil zu einer größeren oder zu kleineren oder mittelgroßen Nachfragen. Sie hatten zum Beispiel gerade gesagt, dass die Gruppe, die sich auf der Elbchaussee bewegt hat, eigentlich also erst eine mittlere Gruppe war und man sie deshalb nicht hätte aufgreifen können, aber zu dem Zeitpunkt, wo sie auf Bildern aufgetaucht war, sei sie schon wieder eine kleine Gruppe gewesen und dennoch sei sie nicht aufzugreifen gewesen. Ich verstehe nicht so recht, wo da der, also wie sich das erklärt. Aber meine grundsätzliche Frage ist eher, Ihre Einschätzung eben, dass man eine mittelgroße Gruppe gewaltbereiter Demonstranten durch die Polizei nicht konfrontieren kann, ohne dass eine Eskalation entsteht. Ich hoffe, muss ehrlich sagen, dass mir das etwas zu leicht erscheint, sozusagen die Hamburgische Polizei dadurch auszuhebeln, dass man sich zu einer mittelgroßen Gruppe zusammenschließt und dann marodierend durch das Stadtgebiet zieht. Das kann es eigentlich nicht sein nach meiner Einschätzung.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich glaube, ich muss das Wort nicht an Herrn Krösser geben, weil er da falsch verstanden worden ist. Die Polizei ist immer bereit und ist immer gewillt, mit ausreichend Einsatzkräften gegen Leute, die Straftaten begehen, vorzugehen. Das machen sie auch. Allerdings muss sie vorbereiten, dass sie genügend Einsatzkräfte hat. Und über diese Frage war aufgrund Ihrer Nachfrage eine Erörterung gemacht worden. Wir befinden uns jetzt bei dem Ausgangskomplex, Sie verfolgen die Fährte EZB, die keine ist, wenn ich Ihnen das sagen darf, lassen Sie es. Und jedenfalls haben Sie daraus die Abfrage abgeleitet, was kleine und was große Gruppen sind und was man da machen kann. Und das ist jetzt erörtert worden am Fall. Aber für die Vorbereitung war ja wichtig, dass wir gesagt haben, wir haben ein bestimmtes Konzept für die Kommissariate, dass die in der Lage sind, auf solche Ereignisse zu reagieren und sich auch selbst zu schützen, was ja auch angesichts der Beurteilung eine Rolle gespielt hat. Und wir haben ein Konzept, das durch den Raumschutz dann auf größere Gruppen orientiert ist. Diese spezielle Variante hat dann die Probleme gehabt, die wir alle schon erörtert haben.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Herr Oetzel.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Und Herr Krösser will noch ergänzen.

Staatsrat Bernd Krösser: Vielleicht darf ich das noch einmal ganz kurz ergänzen, damit sich dann der Kreis noch einmal schließt. Ich hatte den Hinweis auf die Kleingruppentaktik und auf den Umstand, dass die Gruppe auf der Elbchaussee eine Größe erreicht hatte, nämlich deutlich so irgendwo bei um die Hundert, die man mit einer Streifenwagenausstattung eben nicht mehr angeht, weil das für die Kollegen, die dort eingesetzt werden dazu führt, dass sie mit so einer Gruppe eigentlich nicht richtig umgehen können. Und dann besteht sehr schnell die Gefahr, dass sie dort, um nicht selbst zu sehr unter Druck zu kommen, sehr harte Zwangsmittel anwenden müssen, bis hin zum Schusswaffengebrauch. So. Deswegen geht man mit Streifenwagen an eine so große Gruppe nicht heran. Und ich hatte vorhin auf die Nachfrage von Frau Treuenfels-Frowein schon gesagt, dass wir da normalerweise Kräfte rangeführt hätten, das war konzeptionell auch so vorgesehen, dass hat in diesem konkreten Fall aber nicht so geklappt, wie wir uns das vorgestellt haben, dass wir das dann ja aber in

der weiteren Phase 2 sozusagen miteinander noch erörtern werden und da noch einmal darstellen, warum das nicht so geklappt hat. Es ist also nicht so, dass wir sagen, damit gehen wir nicht um. Damit gehen wir selbstverständlich um. Aber das ist dann im Grunde genommen ja noch die genauere Erörterung, warum das nicht geklappt hat, wie wir uns das vorgestellt haben in der Phase 2.

Vorsitzender: Hat sich erledigt, die Nachfrage von Herrn Oetzel. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Herr Scholz, Sie werden das ja im Vorfeld des Gipfels auch miterlebt haben, dass es ja schon durchaus auch eine emotionale, auch politisch aufgeheizte Debatte um den G20-Gipfel gab mit ganz unterschiedlichen Argumenten. Ich habe eine Frage auch zu Ihrem Regierungsstil. Auf Bundesebene ist es ja auch so, dass die Kanzlerin zum Beispiel in übergeordneten Fragen dann bei Auslandseinsätzen Bundeswehr oder Ähnliches, auch einmal die Fraktionsvorsitzenden zum Gespräch bittet, einbindet, fragt, ob es noch Nachfragen gibt, all diese Dinge. Deshalb würde ich gern von Ihnen wissen, Sie haben das ja meines Wissens bei der Olympiaentscheidung, die auch eine übergeordnete Bedeutung für die Stadt hat, nicht gemacht und bei G20 haben Sie dafür auch keinen Anlass gesehen. Können Sie mir erklären, warum nicht?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe die Frage mit der Bundeskanzlerin erörtert und sie hat eine Bitte an die Stadt Hamburg gerichtet.

(Zuruf: Bitte lauter!)

Darauf habe ich so reagiert, wie ich das vorhin schon beschrieben habe, und sind die Prozesse in Gang gesetzt worden, die da sind. Und ansonsten habe ich ja gesehen, dass wir im politischen Raum darüber schon oft diskutiert haben. Wenn ich die Debatte in der Bürgerschaft zu G20, auch die verschiedenen, richtig in Erinnerung habe, waren die meisten Fraktionen, bis auf eine, dafür.

Abg. André Trepoll: Aber ... Darf ich eine Nachfrage stellen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender: Ja, eine Nachfrage, bitte.

Abg. André Trepoll: Können Sie sich an die Debatte am 12. April erinnern, Ihr Fraktionsvorsitzender der SPD hat da zum Beispiel der CDU Panikmache und ähnliche Sachen vorgeworfen. Also, diese Dinge müssen Sie doch mitbekommen haben, dass wir uns auch darüber schon im Vorfeld ausgetauscht haben, wie die Sicherheitslage einzuschätzen ist und Ähnliches. Es gab Auseinandersetzungen auch im Innenausschuss. Also wäre das nicht vielleicht auch noch einmal ein Momentum gewesen, wo Sie gesagt hätten, da insbesondere, weil man sich inhaltlich möglicherweise ja gar nicht weit auseinander ist, auch noch einmal so ein Signal zu setzen?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich war jedenfalls sehr froh, dass wir nicht so weit auseinander waren bei der Beurteilung der Frage, dass G20 nach Hamburg kommen soll und dass die Polizei das auch schaffen wird, wie sie ja auch verschiedentlich vorhergesagt hatten.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Das ging jetzt ja fix. Ich muss leider noch einmal ein ganzes Stück zurückspringen. Das liegt aber nicht an der langen Warteliste, sondern weil ich jetzt erst die Stelle im Protokoll wiedergefunden habe. Wir haben bei der ersten Sitzung im Gespräch mit dem Staatsrat uns über einen "Welt"-Artikel unterhalten, weil in dem behauptet wurde durch Vertreter der Bundespolizei und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass Sie erst aus

den Medien von den Plänen der Realisierung des G20-Gipfels in Hamburg erfahren hätten und eben erst nach der Kanzlerinnenentscheidung also involviert waren. Das ist jetzt also mehr eine Frage in Richtung auf die Bundesebene. Wie ist dort eigentlich das Gespräch mit Ihnen, also mit Hamburg vorbereitet worden? Daraufhin hat der Staatsrat, aus dem Protokoll kann man es erlesen, gesagt, leider kann ich dazu nichts sagen, das entzieht sich meiner Kenntnis. Jetzt würde ich Sie gern fragen, ob Sie etwas von diesem kritisierten Vorlauf möglicherweise wissen?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Der Abgeordnete Trepoll hat ja schon die Bundeskanzlerin und Ihren Regierungsstil gelobt. Dem will ich mich insoweit anschließen, dass ich sage, Sie wird das schon richtig gemacht haben mit den Sicherheitsorganen des Bundes.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Bei den Krawallen rund um G20 sind ja auch enorme Schäden entstanden. Sie haben dann relativ zeitnah, ich glaube, am Samstag sogar noch einen Entschädigungsfonds ins Spiel gebracht, mit dem Sie auch mit der Kanzlerin drüber gesprochen haben, ich glaube, sogar am Rande der Elbphilharmonie. Meine Frage ist, im Vorfeld des Gipfels haben wir festgestellt, auch nach Aktenstudium, dass die Steuerungsgruppe bei Ihnen in der Senatskanzlei sich bei der allerersten Sitzung, ungefähr eineinhalb Jahre vor Beginn des Gipfels, sich schon mit diesen Fragen beschäftigt hat, sie immer wieder rechtlich geprüft hat, erörtert hat, es in verschiedene Behörden gegeben hat. Wann haben Sie sich denn persönlich zum ersten Mal damit auseinandergesetzt, dass so etwas möglicherweise notwendig ist? Und welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also für mich spricht die Tatsache, dass das so früh beauftragt wurde, was ich nicht wusste, dafür, dass eben alles sehr gründlich vorbereitet wurde. Das wäre ja auch ein schönes Ergebnis.

(Abg. André Trepoll: Das ist auch eine schöne Aussage, ja.)

Es wäre ein schönes Ergebnis für die Ausschussberatungen, aber dem will ich nicht vorgreifen, sondern das Eigentliche ist, dass ich in dem Augenblick, als ich das Gefühl hatte, jetzt müsste man wohl die Regeln, die ich erkenne als jemand, der nun lange in der Politik und in öffentlichen Ämtern ist, dass es eine solche Sonderentschädigung nicht gibt, durchbrechen und mir natürlich gesagt wurde, dass man das geprüft hätte und das schwierig sei. Und deshalb habe ich dann dieses Wissen benutzt, um die Kanzlerin am Freitag noch anzusprechen. Ich habe gesagt, wir müssen das hier gemeinsam machen, weil wir auch gemeinsam besser die Regel durchbrechen können. Der Bund kann in Zukunft immer sagen, das habe ich ja mit Hamburg gemacht und wegen G20 und vice versa.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Schön, wie sich manche Kollegen freuen. Herr Scholz, Sie haben im Eingangsstatement gesagt, die Guerillataktik war vorher so nicht bekannt. Sie haben ausgeführt, ich muss da einfach noch einmal darauf zurückkommen, dass das, das sagen Sie ja bis heute, nicht vorhersehbar war. Sie haben es jetzt mehrfach mit Ihren Worten erklärt, aber Sie haben die Differenz zwischen dem, was vorhergesagt wurde, auch von den Bundessicherheitsbehörden und Ihrer Aussage, das konnte niemand wissen, nicht nachvollziehbar und schlüssig erklärt, denn es mag sein, dass nicht jeder einzelne Ort vorhersehbar war. Das hat, glaube ich, auch keiner erwartet, weil selten Straftäter ihre Tatorte anmelden bei der Polizei. Aber die Karte, die auch der Staatsrat bestätigt hat, wo gewisse Gebiete in Hamburg

eingetragen waren als Zielobjekte, das hat doch klar erkennbar gezeigt, dass es eben nicht nur um die Infrastruktur und die Reizobjekte geht, sondern die Taktik war, die Polizei müde zu spielen, in der gesamten Stadt Dinge anzuzetteln. Das war vorher bekannt. Im Übrigen haben die Sicherheitsbehörden des Bundes in den Abschlussberichten festgestellt, das, was wir vorhergesagt haben, ist eingetreten. Auch das weicht von Ihrer Haltung ab. Und ich würde einfach, nehmen Sie sich gern die Zeit, das zu erklären, diese Differenz zwischen Ihrer bis heute getätigten Aussage, das konnte niemand wissen und den Vorhersagen, noch einmal etwas konkreter zu erklären und dabei sich nicht auf Orte zu beziehen, sondern auf die Methoden Guerillataktik, die Fingertaktiken, die Kleingruppentaktik und die Polizei in der ganzen Stadt müde zu spielen. War Ihnen das wirklich nicht bekannt?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Zunächst einmal ergeben die Berichte, die Sie sagen, nach meiner Kenntnis das nicht. Und ich will noch einmal wiederholen, die Chefs dieser Behörden haben auf die Frage der Bundeskanzlerin, ob Sie finden, dass man es nicht machen kann, weil bestimmte Dinge passieren würden, die man nicht unter Kontrolle kriegen kann, gesagt, nein, das finden sie nicht, sie finden, man kann es machen. Und das muss ja einmal gelten. Und aus meiner Sicht gilt das auch.

Im Übrigen stimme ich Ihnen auch nicht zu, wenn es darum geht, dass das, was Sie jetzt beschrieben haben, Guerillataktik, überall im Stadtgebiet was machen, Fingerkonzept, dass das nicht betrachtet worden sei. Das ist betrachtet worden, darauf war die Polizei eingestellt. Das konnte die Polizei auch bewerkstelligen. Es war etwas anderes in Hinblick auf das, was wir als spezielle, nicht vermittelbare, nach den bisherigen Konzepten linksextremer politischer Strömungen Gewaltanwendung dann passiert ist, zum Beispiel in der Elbchaussee, in der Bergstraße und der Osterstraße. Und das wiederhole ich gern und das wird Ihnen sicherlich auch sonst jeder, der sich mit der Lageeinschätzung beschäftigt, sagen und wird Ihnen sagen, das, was Sie aufgezählt haben, ist das alles nicht.

Vorsitzender: Nachfrage.

Abg. Dennis Gladiator: Ich schaue mir die Akten gern mit Ihnen gemeinsam an. Ich finde, es wird nicht besser, wenn Sie was nicht erklären können und sagen, das steht da so nicht drin. Ich meine, die Akten haben wir gelesen, wir haben uns die mehreren Tausend Seiten angeguckt, die Sie sich nicht anschauen wollten. Insofern ist es da klar niedergeschrieben, dass davor gewarnt wurde und das so auch ausgeführt wurde, auch wenn Sie das jetzt im Nachhinein negieren. Ich würde mich auch freuen, wenn Sie auf die Fragen antworten. Ich habe nicht gefragt, ob jemand anderes zugestimmt hat, das können wir machen. Ich habe gefragt, warum Sie trotzdem bis heute sagen, das konnte niemand wissen. Wenn Sie sagen, ich wusste das nicht, ich konnte das nicht wissen, ist es was anderes. Sie nehmen aber andere und stellen auch die Arbeit Ihrer eigenen Sicherheitsbehörden in ein schlechtes Licht, wenn Sie behaupten, das konnte niemand wissen, wenn es sich aus den Berichten ergibt. Und danach hatte ich Sie gefragt, nicht wer, wann, wo, wem zugestimmt hat.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Herr Abgeordneter, ich teile Ihre singuläre Auslegung der Ihnen vorliegenden Texte nicht.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Ja, ich, Herr Scholz, teile Ihre Auslegung auch nicht, aber das führt uns wahrscheinlich nicht weiter. Ich will eine Frage stellen. Wir haben ja festgestellt, Mitte November haben Sie zum ersten Mal vor der Frage gestanden oder die Information bekommen,

dass der G20-Gipfel in Hamburg stattfinden kann. Das war ja eine ganz interessante Zeit, Sie haben das am Anfang auch schon gesagt. Das muss ungefähr zwei Wochen vor dem Olympiareferendum gewesen sein. Deshalb würde mich interessieren, hat es da irgendeinen Sachzusammenhang aus Ihrer Sicht gegeben, dass Sie gesagt haben, na das passt ja ganz gut, Bewerbungsphase Olympia, das kriegen wir dann hin, das wirft noch einmal den Blick auf Hamburg. Das ist die Frage.

Dann würde ich von Ihnen ganz konkret wissen, wen haben Sie dann wirklich informiert? Wir haben jetzt schon einen Namen gehört, Frau Fegebank. Aber wen noch? Es war ja wahrscheinlich eine übersichtliche Anzahl von Personen. Das würde ich gern von Ihnen wissen.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich hatte vorhin schon erläutert, dass das zwar im Vorfeld von Olympia war, aber dass meine Bereitschaft zuzustimmen, damit nichts zu tun hatte. Dass wir versucht hätten, das dafür nutzbar zu machen, wenn wir ein erfolgreiches Referendum gehabt hätten, glaube ich, muss ich jetzt hier nicht ausführen, das ist offensichtlich, wäre auch dumm, wenn wir es nicht gemacht hätten. Aber so ist es nicht gekommen und deshalb wiederhole ich noch einmal, was ich vorhin gesagt habe. Ich hätte ja nach dem Referendum, das noch, ohne dass jemand überhaupt gewusst hätte, dass es diese Anfrage oder das Ansinnen gibt, wieder rückgängig machen können. Und ich will ausdrücklich sagen, ich habe keinen Zweifel, dass das auch wirksam gewesen wäre und die Bundeskanzlerin mir das nicht vorgehalten hätte. Also, kein Problem in diesem Zusammenhang.

Ich habe informiert, wenn ich das einmal eben versuchen soll, aus dem Kopf zu sagen, den Innensenator selbstverständlich, Herrn Krösser, den Bevollmächtigten. Ich habe die Chefin des Protokolls informiert, weil ich davon ausgehen musste, dass die Bundesregierung sie nun mit als Erste konfrontiert und den Chef der Senatskanzlei und noch ein paar weitere, aber vor allem die.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. André Trepoll: Das war dann Mitte/ Ende November. Im Dezember gab es erste Berichte, dass der damalige Innensenator Herr Neumann das Interesse an seinem Amt verloren hat, er ist dann zurückgetreten am 18. Januar des folgenden Jahres, also ungefähr drei Wochen, bevor die Entscheidung offiziell vorgestellt wurde, beim Matthiae-Mahl, aber nur wenige Tage, bevor es das erste Mal in einer großen Hamburger Tageszeitung berichtet wurde. Ich glaube, dann habe ich den Ablauf einigermaßen korrekt geschildert, wenn Herr Staatsrat Schmidt nickt. Welche Auswirkungen oder hat es Auswirkungen gegeben diese offensichtliche Amtsmüdigkeit von Innensenator Neumann, gab es da irgendeinen Zusammenhang? Wann wussten Sie eigentlich davon, dass er zurücktreten würde? Weil, er war ja dann derjenige, der dann auch mit den Erstprüfungen der Sicherheitsfragen betraut war.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Es gibt keinen Zusammenhang. Das kann ich gut beurteilen, weil der Herr Neumann und ich schon seit sehr langer Zeit eng befreundet sind und wir eng zusammengearbeitet haben und an dem Projekt gearbeitet haben, wie es gelingt, dass die SPD in Hamburg die Regierung übernimmt und ich Bürgermeister werde. Und deshalb habe ich, als für mich sichtbar wurde, dass er nicht mehr sicher ist, ob er weitermachen möchte, das immer als sehr bedauerlich empfunden. Und wir haben über diese Frage wiederholt diskutiert. Herr Neumann hat das ja auch in einem Interview sehr sorgfältig alles dargestellt. Und auch mir war wichtig, zum Beispiel mit ihm gemeinsam zu versuchen, dass wir das von ihm ja mit mir zusammen ganz massiv protegierte Projekt Olympiabewerbung hinkriegen können. Und ich hätte mir gern vorgestellt, dass es weitergegangen wäre, wusste

aber aus dieser freundschaftlichen Gesprächssituation, die wir schon lange immer 'mal wieder hatten, dass es so kommen könnte, wie es dann gekommen ist, und war darauf auch gut vorbereitet, wusste deshalb genau, wen ich fragen würde, wenn er diese Entscheidung trifft. Und das ist auch eine gute Entscheidung.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, zum Themenkomplex Vorbereitung ist in den Akten der Polizei an vielen Stellen zu entnehmen, dass schon erörtert wird, dass Hamburg eine besondere Situation mit sich bringt, nämlich die sehr starke linksextreme Szene, nicht nur wegen der Nähe des Austragungsortes. Wir haben es oft politisch diskutiert. Wir haben mehrfach es im Parlament gehabt, dass der Linksextremismus nicht ausreichend in Hamburg auch bekämpft wird. Wie weit haben Sie das in Ihre Abwägungen, auch vor dem Hintergrund der Sicherheitsgarantie, aber auch in der Gesamtbewertung einfließen lassen, dass es schon Unterschiede im Umgang mit Linksextremismus in unterschiedlichen Städten gibt und auch natürlich ein Potenzial, das sich daraus entfalten kann im Bereich der Mobilisierung, wie wir es hier erlebt haben, in Hamburg anders wäre als in anderen Städten, wie weit hat das eine Rolle bei Ihnen gespielt?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Die spezielle Situation der linksextremistischen Szene in Hamburg ist uns bekannt, ihre Größe, aber auch ihre Begrenztheit. Dann, wenn es ganz schlimm geworden ist, waren immer ganz viele aus anderen Städten Deutschlands mit dabei, auch im Vorfeld anderer Ereignisse in früheren Jahren schon. Wir haben aber auch eine ganz besondere weitere Situation, nämlich eine hervorragende Polizei, die mit den Aufgaben umgehen kann, die ihr gestellt werden, auch im Umgang mit dem Linksextremismus. Und ich gestatte mir noch die nicht ganz zum Thema gehörende Bemerkung. Es ist aber sehr wohl Absicht gewesen, dass, seitdem ich Bürgermeister bin, kein neues Gebäude zum Beispiel besetzt worden ist und das geblieben ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Ja, ich würde auch an Herrn Tabbert sonst erst einmal, wenn er noch eine Frage hat. Aber hat er wahrscheinlich nicht. Okay.

Vorsitzender: Hat sich nicht gemeldet.

Abg. André Trepoll: Gut. Dann möchte ich da anknüpfen, was Herr Gladiator eben angesprochen hat. Herr Scholz, Sie haben ja eine Verteidigungsstrategie gewählt bei Ihrer Regierungserklärung, in dem Sie aus meiner Sicht nicht ganz zu Unrecht mit dem Finger auch auf die Rote Flora und die dort Verantwortlichen gezeigt haben. Das Thema ist heute hier von Ihnen noch überhaupt nicht angesprochen worden. Jetzt möchte ich gucken, wie passt das zusammen und möchte Ihnen da eingangs erst einmal eine Frage stellen in der Vorbereitung des Gipfels und auch in der Bewertung. Welchen Entschluss haben Sie denn oder wie sind Sie zu dem Entschluss gekommen, damals auch das Gebäude wieder in städtischen Besitz zu überführen? Haben Sie sich davon eine Befriedung der linksextremistischen Szene versprochen und ist das aus Ihrer Sicht eingetreten? Und auch unter dem Hinblick auf G20.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich sehe keinen wirklichen Zusammenhang zur Vorbereitung des G20-Gipfels und der Entscheidung in Bezug auf die Frage, wie geht es ... übernimmt die Lawaetz-Stiftung treuhändisch für die Stadt das Eigentum an dem Gebäude. Das ist eine Entscheidung, die ich getroffen habe im Zusammenhang mit dem vorherigen Eigentümer, der das die ganze Zeit einer früheren CDU-Regierung über gewesen ist und dieses

Eigentum loswerden wollte zu ziemlich unangemessenen Preisen und im Übrigen auch in der Stadt viele Gerüchte verbreitet hat, was für Räumungsszenarien er alle sich so vorstellen könnte, was ja auch zu großen Schwierigkeiten geführt hat, die wir alle miteinander ausbaden mussten. Und deshalb war es gut, dass das Eigentum nicht mehr bei ihm liegt, sondern wegkommt. Das war auch das Motiv für das damalige Handeln. Und es hat ja eine Zeit lang gut gewirkt. Wie wir alle gemeinsam wissen, offenbar nicht lange genug.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann sind wir fast am Ende der Rednerliste angekommen. Herr Gladiator. Sie sind jetzt live praktisch.

Abg. Dennis Gladiator: Ich will noch einmal zurückkommen, daher kann ich Sie noch nicht entlassen aus der Thematik Frage Vorhersehbarkeit. Herr Trepoll hatte vorhin den 12. April angesprochen. Es war eine sehr ausführliche und auch sehr emotional geführte Bürgerschaftsdebatte, die Sie mit Sicherheit verfolgt haben, wo ja aufgrund dessen, was öffentlich bekannt war an Vorhersagen, was vorhersehbar war, prognostiziert waren Gefahren, wir das im Parlament debattiert haben zum Gipfel stehend, aber auf Gefahren hinweisend. Und das Ganze wurde sowohl in der Bürgerschaftsdebatte als auch in Innenausschusssitzungen stets abgetan von den Regierungsfractionen, die Sie ja tragen als Horrorszenarien, die wir erfinden würden. Das seien Entwicklungen, die gar nicht eintreten würden, man hätte wirklich alles im Griff. Und selbst die Diskussion über diese Gefahren wurde damit abgetan, wer so etwas in den Raum stellt, der würde sich als ernsthafter Gesprächspartner diskreditieren. Das war die Lage. Da würde mich einfach interessieren, wie Sie diese Diskussion in einer Stadt von Parlamentariern, die gar nicht gegen den Gipfel sind, wahrgenommen haben, dass jegliche Warnungen im politischen Raum von den Ihnen tragenden Fraktionen abgetan wurden, nicht nur verharmlost, sondern wirklich geradezu ins Lächerliche gezogen worden sind.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Zunächst einmal erinnere ich mich so, dass ich am 12. April nicht anwesend war, sondern im Urlaub. Trotzdem habe ich die Sitzung sorgfältig verfolgt, nicht im Einzelnen, aber ich habe mir darüber berichten lassen. Und ich muss Ihnen leider berichten, dass diejenigen, die mir darüber erzählt haben, die CDU gelobt haben, dass sie im Grunde die Entscheidung für G20 mitträgt und der Polizei zutraut, die Sicherheitsaufgaben zu lösen. Und damit hatten Sie Recht.

Im Übrigen will ich gern dazu sagen, dass ich die verschiedenen Hinweise auf Schwierigkeiten, die ja auch in den Sicherheitsberichten drinstehen und über die wir überall geredet haben, nicht nur Sie im Innenausschuss mit verschiedenen anderen, kenne und die gehörten ja zur Vorbereitung dazu. Es ist ja nichts unbedacht geblieben und ungewusst in Bezug auf bestimmte Sachen. Aber auch Sie und Ihre Fraktion und verschiedene andere hier Versammlung haben ja daraus gemeinsam mit der von mir angeführten Regierung nicht den Schluss gezogen, es nicht zu machen, sondern alle gewollt, dass es passiert. Und das war eine richtige Abwägung.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Dennis Gladiator: Sie haben eben dargestellt, wie und was Ihnen berichtet wurde über die Bürgerschaftssitzung, dass Ihnen berichtet wurde, die CDU sei auch für den Gipfel. Frage: Werden Sie immer so einseitig informiert?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich glaube, dass ich immer sehr umfassend informiert werde. Und der politische Wettbewerb führt dazu, dass mir meistens verschiedene Leute unterschiedliche Meinungen sagen.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Ja, dazu passt ja, dass wir in den Unterlagen auch gefunden haben, dass in der schon oft angesprochenen Lenkungsgruppe bei Ihnen im Hause darüber gesprochen wurde, dass die Koalitionsparteien aus Rot-Grün einen Unterstützungsantrag dafür stellen sollen. Also offensichtlich wird das auch bei Ihnen direkt vorbereitet. Aber das nur am Rande.

Ich will noch einmal zurückkommen zur Roten Flora. Was haben Sie denn im Vorwege genommen? Haben Sie das Thema im Vorwege einmal irgendwo zur Kenntnis genommen mit den Sicherheitsbehörden, mit denen Sie sich eng ausgetauscht haben, besprochen? Und waren Sie im Vorfeld der Meinung, dass die Stadt Hamburg ein solches linksautonomes Zentrum ertragen kann und sogar unterstützen muss?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Wir sind ja bei der Vorbereitung des Gipfels und dass wir genau hinschauen müssen bei der Roten Flora, gehört zur Vorbereitung des Gipfels dazu, weil wir wissen, nicht alle, die sich da treffen, haben Gutes im Schilde.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. André Trepoll: Nein, das war jetzt aber nicht die Antwort, oder?

(Zuruf)

Nein, aber da müssen Sie dann ... da würde ich dann ...

(Vorsitzender: Stellen Sie die Frage gleich noch einmal.)

... den Bürgermeister einmal bitten, also das kann ja ... Sie müssen ja schon sozusagen ein bisschen Aufklärungsinteresse wenigstens durchblicken lassen und uns die Fragen hier anständig beantworten.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe Ihnen die Frage anständig beantwortet. Wenn wir die Frage, ob wir darauf eingegangen sind und berücksichtigt haben, dass neben vielen anderen Gruppen auch im Umfeld der Roten Flora diejenigen, die sich dort als Milieu versammeln, welche sind, die nicht nur kritisch eingestellt sind gegenüber G20, sondern auch Aktivitäten vorbereiten, ja, in allen Berichten, auch denen, die Sie gelesen und gesehen haben, steht dazu was drin. In der Allgemeinverfügung, glaube ich, auch, weiß ich jetzt nicht ganz genau, aber vermute ich einmal. Also das ist ein präsentenes Wissen und das hat bei den Planungen der Polizei und der Sicherheitsbehörden stets eine Rolle gespielt.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Also ich will einmal das Zwiegespräch unterbrechen. Ich habe jetzt eine Frage, die mich jetzt einmal echt interessiert.

Vorsitzender: Das ist gut.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Hatten Sie auch Fragen, die Sie nicht interessieren?

Vorsitzender: Das ist gut, das ist aber wahrscheinlich nicht die erste Frage, die Sie (...).

Abg. Christiane Schneider: Nein, die Antwort interessiert mich echt. Ja, mich interessiert hier vieles, aber dies interessiert mich jetzt auch, nachdem ich jetzt so lange hier zugehört habe. Gibt es was, außer den Äußerungen, wo Sie sich für entschuldigt haben, damit ist ja auch einmal irgendwann gut damit, gibt es irgendwas, wo Sie meinen, dass Sie in der Vorbereitung, in der Vorbereitungsphase, etwas falsch gemacht haben, in der Abwägung von ver-

schiedenen Gütern, die zu bedenken sind, in all den Sachen, die heute schon zur Sprache gekommen sind?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich glaube, dass wir aus dem Gipfel zumindest mitnehmen müssen, dass die beiden Ereignisse vom Freitag, also der Freitagmorgen und der Freitagabend, bedeuten, dass wir polizeilich neue Erkenntnisse entwickeln müssen, wie wir mit so was umgehen. Und über den Abend habe ich ja im Hinblick auf die SEK-Fähigkeit bei bestimmten Demonstrationen schon was gesagt und über den Morgen, dass wir da noch hart dran arbeiten müssen, dass die Polizei in Hamburg und in Deutschland Konzepte entwickelt, wie sie mit so organisierter, unmotivierter, in Anführungsstrichen, Gewalt umgeht und wie sie sie verhindern kann zum Schutze der Bürger. Und ich vermute einmal, dass wir allein mit Aufklärung, also dass wir gewissermaßen vorher wissen, was passiert, nicht zurande kommen werden.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ich versuche, die Frage einmal umzudrehen, weil Sie ja sich schwertun, darauf zu antworten, mit der Nichtvorhersehbarkeit. Dann frage ich Sie so rum. Was von dem, was wir erlebt haben, während des G20-Gipfels erleben mussten, war für Sie nicht vorhersehbar, nicht auf das Gipfelgeschehen, sondern die Proteste?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Mir geht es, ich wiederhole mich gern noch einmal, ich glaube, dass wir Freitagmorgen und Freitagabend gewissermaßen speziell betrachten müssen. Die anderen Lagen sind solche, auf die wir vorbereitet waren, aber was wir abends an SEK-Fähigkeit benötigen würden, hat niemand im Vorfeld für möglich gehalten und sind ... finde ich auch unglaublich, wenn ich das sagen darf. Also es entsetzt mich unverändert, weil das ja eine Aussage ist, über was da für Leute unterwegs sind. Und das Gleiche gilt für den Freitagmorgen und die konkrete Art der Zerstörung, die dort von marodierenden Leuten ausgeübt worden ist, und so, wie sie gemacht worden ist und wo sie gemacht worden ist. Und ich wiederhole noch einmal, was ich eben auch Frau Schneider beantwortet habe, ich glaube, da müssen wir noch ganz lange und nicht nur einmal so eben in der Annahme, das fällt einem in ganz kurzer Zeit ein, darüber nachdenken, wie wir auch eine solche Sicherheitslage in Zukunft beherrschen können, denn für mich ist die klare Konsequenz, es kann ja nicht sein, dass solche Leute dann dazu beitragen, dass wir bestimmte Dinge nicht mehr machen können. Das geht nicht.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Herr Scholz, zu den Kosten möchte ich noch einmal zurückkommen. Insbesondere natürlich, wie Sie die erhoben haben, würde mich einmal interessieren. Mit welchen Gesamtkosten haben Sie im Vorfeld, im Vorwege des G20-Gipfels gerechnet, wer hat diese Kosten berechnet und kann uns Abgeordneten das möglicherweise auch zur Verfügung gestellt werden, weil bisher in den Unterlagen das nicht enthalten ist?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich komme noch einmal zurück auf das, was ich vorhin gesagt habe. Wir haben bei der Frage, wie bemühen wir uns um eine Kostenbeteiligung des Bundes, uns orientiert an den Ereignissen, die wir aus Elmau und aus Heiligendamm kannten, und haben mit dem Bund verhandelt, dass wir so verhandeln wollen, dass wir entlang dieser Linie eine Beteiligung bekommen. Ansonsten war für mich klar, dass wir nicht so diskutieren dürfen und ich die Polizei auch nicht so limitieren darf, dass gewissermaßen gesagt wird, mehr als das oder das dürft ihr nicht ausgeben. Da ja die Sicherheitseinschätzungen

sich fortlaufend verändern und wir vielleicht eine klare Planung im Mai 2016, im September 2016 haben, aber im Januar 2017 eine andere und noch mehr Fähigkeiten und Kräfte anfordern müssten, ist das auch nicht wirklich seriös zu Ende kalkulierbar. Und deshalb ist die politische Steuerungsentscheidung, die ich getroffen habe und zu der ich auch unverändert stehe, dass ich der Polizei und all denen, die das vorbereiteten, gesagt habe, ihr bekommt, was ihr braucht, es gibt keine Einschränkung.

Vorsitzender: Eine Nachfrage?

Abg. André Trepoll: Nein, noch keine Nachfrage, aber noch einmal meine Frage, wer hat verhandelt?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Die Gespräche habe ich ab und zu geführt, insbesondere eingesteuert, dass wir so verhandeln wollen, und im Wesentlichen hat der Bevollmächtigte dann am Ende mit dem Staatssekretär des Finanzministeriums immer wieder verhandelt. Und dabei hat aber dieses Kriterium eine Rolle gespielt.

Abg. André Trepoll: Kann ich eine Nachfrage stellen?

Vorsitzender: Noch eine Nachfrage.

Abg. André Trepoll: Ja, erst einmal vielen Dank, dass Sie uns jetzt bestätigen, dass Sie diese Verhandlungen im Wesentlichen geführt haben. Jetzt interessiert mich das einfach ganz einmal, wissen Sie ...

Vorsitzender: Also, Herr Trepoll, wir haben ja ein Wortprotokoll, aber der Bürgermeister hat jetzt nicht gesagt, dass er die im Wesentlichen geführt hat, er hat gesagt, er hat sie gelegentlich, glaube ich, geführt.

Abg. André Trepoll: Ich habe verhandelt, hat er gesagt.

Vorsitzender: Ja, Sie haben gesagt, er hat geführt.

Abg. André Trepoll: Aber sonst lassen Sie ihn das doch noch einmal ausführen, wenn wir da unterschiedliche ...

Vorsitzender: Sie stellen ja jetzt eine Nachfrage dazu, bitte.

Abg. André Trepoll: Nein, eine Nachfrage hätte anders ausgesehen, aber ... Aber vielleicht kann er das ja mit einfügen. Dann interessiert mich einmal, Herr Scholz, wissen Sie, was eine Einsatzhundertschaft pro Tag kostet, die wir uns von einem anderen Bundesland sozusagen ausleihen?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich will noch einmal dazu sagen, wie wir vorgegangen sind. Wir haben uns entsprechend orientiert, wir haben das auch gemacht. Ich habe mit der Bundeskanzlerin, mit dem Bundesfinanzminister, mit dem Bundesinnenminister darüber gesprochen, dass wir ein Verhandlungsergebnis erreichen wollen, das nicht so ist, dass wir in eine lange Liste einschließlich Neutünchung irgendwelcher Kruzifixe und sonstiger Dinge übergeben, in der drinsteht, was man alles für bezahlen könnte, und Ideen, die die Polizei für die nächsten 30 Jahre hat, sondern dass wir sagen, behandelt uns fair, gebt uns das, was den anderen gegeben worden ist, und wenn es sich in diesem Rahmen bewegt, kommen wir zu einer Verständigung. Und die Frage, was wir ausgeben, ist dann selbstständig hier von den Verantwortlichen Stück für Stück vorbereitet worden. Und die hatten von mir die Maßgabe, dass sie sich kein Kostenlimit setzen sollen, sondern in Anspruch nehmen sollen, was sie brauchen für diese Aufgabe.

Vorsitzender: Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, beim Thema SEK fiel mir ein, die Elbphilharmonie. Und meine Frage wäre, wer eigentlich die Idee hatte oder darauf bestanden hat, dass der Abend in der Elbphilharmonie stattfindet, von dem wir ja wissen, dass er einen erhöhten Sicherheitsbedarf mit sich brachte, der dazu führte, dass zum Teil Sicherheitskräfte an anderen Stellen fehlten, da ja auch die Zugangswege alle abgesichert werden mussten.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Verschiedene hatten diese Idee, es ist aber die Sicherheitsfrage erörtert worden in diesem Zusammenhang, ob man das machen kann oder nicht. Sowohl der Kanzlerin als auch mir war das ein Anliegen, das möglich zu machen, aber beide waren wir sicher, dass es nur geht, wenn es geht. Und dann ist diese Frage miterörtert worden, ob man das machen kann. Vielleicht können Herr Krösner und Herr Schmidt dazu ein paar ergänzende Bemerkungen machen.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Vielleicht fange ich an. Zum Ort, natürlich hat die Bundesregierung auch da wieder die Entscheidung, weil das eine Entscheidung der Kanzlerin war, das ging auch relativ lange hin und her, das kann man, glaube ich, manchem Protokoll entnehmen, dass ich dann auch im Bund irgendwann darauf gedrungen habe, dass wir jetzt einmal eine öffentliche Äußerung dazu bräuchten. Und am Ende wäre aber jeder andere Ort – und ein Ort der plausibel als Alternative gewesen wäre, ist ja schon genannt worden, das Rathaus – auch für so ein Abendessen mit ähnlichem Aufwand vermutlich ja zu schützen gewesen. Also letztendlich war sogar die Elbphilharmonie, aber das wird Herr Krösner sicher gleich noch einmal schildern aus Sicht der Polizei, weil in so einer Insellage befindlich, besonders günstig zu schützen.

Staatsrat Bernd Krösner: Ja, also die Frage, ob man die Elbphilharmonie nehmen kann oder nicht, ist natürlich einerseits unter dem Thema Veranstaltungsgerechtigkeit betrachtet worden, aber von vornherein auch immer unter der Frage, ist das sicherheitsmäßig leistbar. Und da war natürlich auch die Frage tatsächlich, wie Herr Staatsrat Schmidt eben schon ausführte, wäre eine Alternative zum Beispiel im Rathaus besser. Das ist mit der Polizei und nicht nur mit der Polizei, sondern auch mit dem Bundeskriminalamt und allen anderen beteiligten Sicherheitsbehörden erörtert worden. Und man war sich einig, dass die Elbphilharmonie eine gute Wahl wäre, auch unter Sicherheitsgesichtspunkten durchaus eine gute Wahl wäre, weil sie eben aufgrund ihrer Lage, erscheint jetzt etwas komisch, aber aufgrund ihrer Lage eigentlich ganz gut zu sichern ist.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, bei all dem, was Sie jetzt mittlerweile ausgeführt haben und auch das Fundament zu dem Zeitpunkt, als Sie das Sicherheitsversprechen gegeben haben, sind ja alle gemeinsam von deutlich mehr, ich will sie gar nicht Protestler nennen, sondern auch von Gewalttätern ausgegangen, bis zu 8 000, zeitweise waren bis zu 10 000 erwartete Gegner, Demonstranten. Jetzt wissen wir, es waren deutlich weniger. Ist Ihnen im Vorfeld des Gipfels durch den Kopf gegangen die Größenordnungen? Oder hat es für Sie eine Rolle gespielt? Und als Sie dann gesehen haben, vor dem Gipfel ging es ja los, auch Ihr Sicherheitsversprechen ist ja schon vor dem Gipfel geplatzt, weil schon vor dem Gipfel die Stadt eben nicht mehr gesichert werden konnte in allen Teilen und allumfassend, welche Gedanken haben Sie dabei gehabt zu sehen, es sind ja nicht einmal oder weniger als die Hälfte dessen, was wir erwartet haben, und wir können das, was ich den Hamburgern versprochen habe, nicht einhalten. Was hat das bei Ihnen bewegt?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Zunächst einmal, die Polizei hat sich vorbereitet auf sehr hohe Zahlen und hat Einschätzungen gehabt darüber, dass es auch weniger werden könnten, zuletzt übrigens in die Richtung, wie es gekommen ist, wenn ich das richtig erinnere. Und ich finde, dass das allermeiste, was an Gewalttaten von dort ausgegangen ist an

Aktivitäten, ja von der Polizei entsprechend den Planungen auch bearbeitet werden konnte, außer das, was wir jetzt unter dem Stichwort Freitag nun mehrfach diskutiert haben. Da ist es nicht so gelungen, wie wir uns das gewünscht hätten. Und ich glaube, dass man deshalb sagen kann, das ist ein Aspekt, der berücksichtigt worden ist und wo alle immer gesagt haben, wir müssen mit einer solchen Situation umgehen können und unsere Kräfte so groß machen, dass wir damit umgehen können.

Abg. Dennis Gladiator: Sie haben jetzt beschrieben, was Sie glauben, was bei anderen sich abgespielt hat. Was waren Ihre konkreten Gedanken in der Situation, als Sie erlebt haben, schon vor dem Gipfel platzt Ihr Sicherheitsversprechen, obwohl deutlich weniger Gewalttäter nach Hamburg gekommen sind? Was war Ihre Gedankenwelt?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich teile Ihre Bewertung nicht und kann sie deshalb auch nicht zu einer für mich nicht so wahrgenommenen Tatsache beantworten. Vielmehr will ich, damit es einen konstruktiven Verlauf nehmen kann, sagen, wir haben ja zum Beispiel im Zusammenhang mit dem OSZE-Gipfel gemeinsam gesehen, dass wahrscheinlich, weil ein großer Teil der linken Täter oder möglichen Täter doch beeindruckt war von unseren Schutzmaßnahmen, die versuchen würden, früher schon was zu machen. Und deshalb haben wir vor G20 die Sicherheitsmaßnahmen an den Objekten, wo wir befürchten, dass dort solche Anschläge gemacht werden können ... und schon sehr früh angefangen und da zusätzliche Kapazitäten für einberufen und zusammengestellt. Das war, glaube ich, eine kluge Entscheidung, wenn ich das im Nachhinein betrachte.

Vorsitzender: Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, direkt daran anknüpfend, das kann vielleicht sonst Herr Krösser auch noch einmal belegen. Die harte Linie bei den Camps hat ja, glaube ich, auch dazu beigetragen, dass nicht so viele nach Hamburg gekommen sind, weil die Frage, wo komme ich denn unter, für viele sich nicht so geklärt hat. Also dass die Tatsache, dass weniger Gewaltbereite gekommen sind, damit im Zusammenhang steht. Vielleicht kann das hier auch noch einmal klargestellt werden.

In die Richtung, was ich auch gern klarstellen würde, weil die CDU zunehmend im Sitzungsverlauf einfach mit unbewiesenen Ansagen hier auftritt, ich würde einfach gern noch einmal Ihnen, haben Sie doch bestimmt auch vorbereitet, die Drucksache 21/8397, nämlich wo der Senat uns mitgeteilt hat, wie die Kosten bei OSZE und G20 getragen werden. Ich will Sie einfach, lieber Herr Trepoll, lieber Herr Gladiator, noch einmal auf Ziffer III hinweisen, wo steht, sämtliche noch von der weiteren Entwicklung abhängende Kosten, die gegebenenfalls über die 50 Millionen Euro hinausgehen und von Hamburg alleine getragen werden müssen, sind derzeit nicht quantifizierbar. Also das war klar, dass eine fertige Vorabkalkulation nicht da war. Das war jetzt mehrfach gefragt worden. Das steht in dieser Drucksache drin.

Es ist übrigens, ich habe mir das Protokoll im Innenausschuss noch einmal angeguckt, auch da hat es eine dezidierte Diskussion dazu gegeben, Nachfragen, die alle beantwortet worden sind. Und sogar auf die Frage der CDU, die sich ja nachher gesorgt hat, muss jetzt die arme Polizei die ganzen Mehrkosten alleine tragen, hat Herr Grothe schon damals auf Ihre Fragen, Herr Gladiator, sehr genau gesagt, dass es nicht zulasten der Sicherheit dieser Stadt gehen wird. Also wenn Sie einfach einmal die Unterlagen, die Ihnen vorliegen, lesen würden, würde sich ganz vieles von den Fragen auch beantworten.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Herr Krösser.

Staatsrat Bernd Krösser: Es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen aus den Aufklärungsmaßnahmen der Nachrichtendienste und der Sicherheitsbehörden insgesamt, dass die lange Phase, in der unklar war, ob es nun ein Camp geben würde in Hamburg oder nicht, zumin-

dest einen Beitrag dazu geleistet hat, dass anreisende potenzielle linke Gewalttäter sich die Anreise lange überlegt haben und wahrscheinlich zum Teil dann auch nicht realisiert haben.

Vorsitzender: Danke. Herr Westenberger.

Abg. Michael Westenberger: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe noch eine Frage zum vernetzten Miteinander zwischen den nördlichen Bundesländern. Herr Bürgermeister, Sie haben angesprochen, dass Sie im Gespräch waren, nicht nur im Rahmen mit der Bundeskanzlerin, sondern auch mit den Ministerpräsidenten, um eine insgesamt Lageeinschätzung zu haben. In welchem Umfang haben Sie insbesondere mit den angrenzenden Ministerpräsidenten einmal gesprochen, ob man möglicherweise wie zum Beispiel diesen Zug mit diesem unglückseligen Namen, der hier nach Hamburg gefahren ist, ob man den möglicherweise in Niedersachsen einmal stoppt oder zweimal stoppt oder auch möglicherweise Personenkontrollen durchführt? Hat man mit den angrenzenden Ministerpräsidenten, sie sind ja der höchste Verwaltungsrepräsentant, darüber gesprochen, ob man auf Bundesfernstraßen, auf Landesstraßen intensive Kontrollen durchführt? Denn das Problem, was wir ja als Hansestadt haben, ist, dass unsere Grenzen nun einmal ... oder unser Polizeirecht an den Grenzen der Freien und Hansestadt Hamburg endet, aber natürlich uns Leute besucht haben, die nicht nur Gutes im Schilde geführt haben und nicht nur aus Hamburg gekommen sind. Mich würde interessieren, wann Sie wann mit welchem Ministerpräsidenten einmal gesprochen haben, was die angeboten haben, was Sie möglicherweise dort auch persönlich als höchster Repräsentant der Verwaltung drum gebeten haben.

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also, ich habe darüber mit den Ministerpräsidenten nicht gesprochen. Das wäre auch sehr verwunderlich, das ist eine Aufgabe, die die Polizeibehörden untereinander regeln und das machen sie auch sehr gut. Es ist aber ganz klar gewesen, dass das Aufhalten, soweit das im rechtlichen Rahmen zulässig ist, von Leuten, die als Störer nach Hamburg reisen wollen, möglichst schon im Ausland, da haben wir auch Kooperationen gehabt, und wenn es geht, dann bei der Anfahrt, auch Teil des Sicherheitskonzeptes ist. Das ist auch passiert. Von der Bundespolizei und anderen sind solche Versuche unternommen worden. Dass die nicht ganz einfach sind und auch engen rechtlichen Grenzen unterliegen, ist klar. Ich weiß nicht, vielleicht will Herr Krösser noch zwei, drei Sätze dazu sagen.

Staatsrat Bernd Krösser: Also ich würde vielleicht darauf hinweisen wollen, dass das so in die Richtung geht, ob sich die Hessische Landesregierung noch einmal an uns gewandt hat, um Warnhinweise zu geben. Es verkennt eben so die Art und Weise, wie solche Einsätze abgewickelt werden. Dafür gibt es in solchen Großorganisationen und in solchen großen Einsatzlagen ganz feste Strukturen der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland und gegebenenfalls eben auch über die Bundesrepublik Deutschland hinaus mit ausländischen Stellen. Die sind festgezurr, die sind eingefahren, eingeprobt, und die haben selbstverständlich auch bei diesem Einsatz funktioniert. Und so haben wir uns selbstverständlich mit den entsprechenden Sicherheitsbehörden, und da gehört es auch hin, über die Frage des Umgangs mit Hinweisen auf anreisende potenzielle Gewalttäter auseinandersetzt und die Fragen miteinander geklärt, wie man mit diesen Hinweisen umgeht, ob es auf den Anreisewegen möglicherweise Kontrollmöglichkeiten gibt, ob es auf den Anreisewegen mögliche Maßnahmen gibt, mit denen man die Anreise beeinflussen kann. Das ist alles auf der Ebene der Sicherheitsbehörden erörtert worden. Da findet es immer statt und da gehört es in der Regel auch hin.

Vorsitzender: Eine Nachfrage?

Abg. Michael Westenberger: Da erlaube ich mir doch eine Nachfrage. Das Wort verkennen reizt mich natürlich jetzt durchaus. Ich bin ja ein politisch denkender Mensch. Dann nehme ich den Ball einmal auf. Dann verkennen Sie oder es ist Unkenntnis in Ihrer Person darüber, was beispielsweise der Freistaat Bayern regelmäßig praktiziert. Sie kommen, wenn eine Lageeinschätzung es ergibt, kommen sie schlicht und ergreifend durch gewisse Ringe der Polizei schlicht und ergreifend nicht zu Orten durch, die als sicherheitsrelevant betrachtet werden. Da gehört zum Beispiel die Stadt Bayreuth dazu, wenn dort eine Person namens Rudolf gefeiert werden soll von Leuten, die nichts Gutes im Schilde führen, da gehört auch die Landeshauptstadt München dazu. Und Sie kommen dann schlicht und ergreifend, jetzt nicken Sie, nicht in diese sicherheitsrelevanten Orte hinein.

Wir haben natürlich jetzt die Situation, dass wir hier nicht um die Freie Hansestadt Hamburg herum lauter Polizeikräfte in Zöllnerfunktion oder Grenzpolizistenfunktion ausrüsten können, aber wir hätten die Möglichkeit gehabt, in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder auch angrenzenden Bundesländern gemeinschaftlich mit diesen Bundesländern sicherheitsrelevante Aufgaben übernehmen zu können. Und wenn ich höre, dass der Erste Bürgermeister nicht einmal zum Hörer gegriffen hat, um seine SPD-Kollegen anzurufen, pass einmal auf, tu mir einmal einen Gefallen, da kommt möglicherweise was auf uns zu, du hast in dem Landkreis XY mehrere Kilometer freie Strecke, Bundespolizisten stehen möglicherweise auch zur Verfügung, halt das Ding einmal an. Das scheint ja nicht einmal in Ihre Lagebewertung eingeflossen zu sein.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich möchte noch einmal sagen, nein, völlig falsche Spur. Das ist passiert, und zwar auf der Ebene, die dafür zuständig ist, der Polizei. Und es sind auch Gewalttäter oder solche, die wir dafür gehalten haben, an der Anreise gehindert worden, und zwar auch zusammen mit der bayerischen Landespolizei.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Staatsrat Bernd Krösser: Also vielleicht ...

Vorsitzender: Ach so, ja.

Staatsrat Bernd Krösser: ... ganz kurz ergänzen. Das Thema verkennen ging hier nur um die Frage, wer kümmert sich um so etwas, machen das die Ministerpräsidenten regelhaft. Das sollte jetzt auch keine Kritik sein, das sollte einfach nur ausdrücken, die Abläufe bei solchen Anlässen sind halt so geregelt, dass die Sicherheitsbehörden das untereinander regeln. Dass regeln wir mit dem Bundesinnenministerium, das regelten wir mit dem Bundeskriminalamt, mit der Bundespolizei, je nachdem, oder auch unter den Landespolizeien. Und selbstverständlich, um das noch einmal deutlich zu machen, hat es zum Beispiel bei diesem Sonderzug, den Sie vielleicht angesprochen haben, selbstverständlich hat es da auf der Anreise entsprechende Kontrollen gegeben, die sind mit der Bundespolizei entsprechend abgesprochen worden. Und die Bundespolizei hat ihre rechtlichen Möglichkeiten genutzt, um bei der Kontrolle dieses Zuges potenzielle Gewalttäter auch zurückzuweisen. Sie kann aber nicht mehr machen, als die gesetzliche Grundlage auch hergibt. Deswegen ist der Sonderzug am Ende auch in Hamburg angekommen. So hat es natürlich auch auf anderen Anreisewegen eine ganze Reihe von Kontrollen gegeben, immer in Absprache mit den Sicherheitsbehörden. Aber mein Punkt war nur, das regeln nicht die Ministerpräsidenten und das müssen sie auch nicht regeln. Dafür haben wir funktionierende Sicherheitsbehörden.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Herr Scholz, es gibt ja so ein grundsätzliches Problem mit Ihnen und G20, dass Sie im Prinzip alle Äußerungen, wo Sie im Vorfeld ein bisschen konkreter geworden sind, dann im Nachhinein so uminterpretieren, als ob man Sie so hätte nicht verstehen

können. Und das will ich bei der Frage der Kosten auch noch einmal konkret ansprechen. Sie haben in Interviews gesagt, damit werden wir hinkommen, "Welt am Sonntag", 26. März 2017. Damit kommen wir zurecht, in "Der Welt", zwei Monate später. Wie soll man das denn interpretieren? So, wie Herr Dressel das jetzt interpretiert, dass Sie gesagt haben, na ja, eigentlich müsste der Bund ja gar nichts bezahlen? Ich meine, derjenige, der Sie interviewt hat, der Leser, eigentlich jeder versteht das so, dass die Kosten vom Bund damit gedeckt sind. Wollten Sie das damit sagen oder nicht?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Nein und das habe ich auch nicht gesagt, dann hätte ich gesagt, alles bezahlt der Bund. Und Herr Dressel hat Ihnen ja die Bürgerschaftsdrucksache vorgelesen. Das ist eine Äußerung des von mir geführten Senats und meine Meinung.

Vorsitzender: Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Herr Bürgermeister, am 12. April dieses Jahres war in der Debatte in der Bürgerschaft die Sicherheitseinschätzung zu G20 und konkrete Warnungen auch der Gewerkschaft. Wie haben Sie diese Warnung wahrgenommen am 12. April dieses Jahres? Wie haben Sie die damals bewertet und seit wann wussten Sie als Bürgermeister von mehr, 30 000 Polizisten? Denn vorher war in Hamburg immer grundsätzlich von rund 20 000 Polizisten die Fragen. Und selbst bei Ihrer Regierungserklärung nach den G20-Chaostagen sprachen Sie selbst noch auf einmal wieder von 20 000 Polizisten unter dem Motto, ich zitiere: "Ich bin den über 20 000 Polizisten für ihren heldenhaften Einsatz dankbar".

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Also zunächst einmal haben wir alle Warnhinweise, die wir bekommen haben, berücksichtigt, auch das, was wir in der Zeitung gelesen haben und aus Debatten aufgenommen haben. Und wenn man sich jetzt die Sicherheitseinschätzungen durchliest oder vorliest, dann merkt man ja, dass sie da auch alle drin sind, und zwar so, wie das jetzt auch für die Beurteilung richtig gewesen ist. Und ansonsten gibt es unterschiedliche Zählungen, was die Zahlen betrifft, und da hat natürlich immer die Frage, wie viel Bundespolizei dabei ist oder nicht, eine Rolle gespielt. Aber die beiden Herren hier rechts von mir oder einer.

Senator Andy Grote: Ja, Herr Warnholz, Sie haben die Frage in der letzten Sitzung ja auch schon gestellt und da hatte ich Ihnen ja auch schon erklärt, dass wir mit 23 000 Polizisten oder etwas über 20 000 Polizisten die Größenordnung beschreiben, die den von Hamburg geführten Polizeieinsatz meint, die BAO "Michel" und alles, was dazu gehört hat, mit den Kräften anderer Länder, auch zum Teil des Bundes, so. Dass aber natürlich noch einmal ein separat geführter Einsatz des BKA, nämlich Personenschutz und unmittelbarer Schutz der Veranstaltungsorte hinzukommt und ein Einsatz, ein deutschlandweiter Einsatz, der Bundespolizei auch noch einmal in einer eigenen Einsatzorganisation. Und daraus ergeben sich dann Zahlen über 30 000. Aber der Einsatz, der von Hamburg geführte und verantwortete Polizeieinsatz, über den wir hier sprechen, das sind die in der Spitze dann 23 000 Kollegen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, ich habe noch eine Frage zu einem Komplex, den wir im Detail in der Tat schon in einer späteren Sitzung oder heute später beraten, betrifft aber auch ein Versprechen oder eine Aussage, die Sie getätigt haben. Neben der Sicherheitsgarantie haben Sie ja gesagt, die meisten Hamburger werden sich am 9. Juni fragen, ist der Gipfel etwa schon vorbei, also Sie haben das Bild gegeben, das kaum Beeinträchtigungen zu spüren sein werden neben den Gewalttaten. Und dann kam es ja dazu, dass schon am Donnerstag völlig überraschend, ich glaube, übrigens nicht nur für die Bürger, auch für einzelne Teile der

Sicherheitsbehörden überraschend, die komplette Innenstadt dicht war mit verheerenden Folgen, nicht nur für die, die lange im Stau standen, auch für Krankentransporte ...

(Zuruf)

Na ja, aber es ist Vorfeld des Gipfels und eine Garantie, die der Bürgermeister gegeben hat, man wird von dem Gipfel nicht viel spüren. Waren Sie im Vorfeld davon informiert, dass die Stadt auf einmal abgeriegelt wird für den Verkehr? Wenn ja, haben Sie da irgendwie Einfluss drauf genommen, weil die Bürger ja völlig überrascht waren? Oder wie hat sich das zugetragen?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ich habe bereits am Anfang unserer Sitzung und übrigens auch schon bei anderen Gelegenheiten gesagt, dass die Vorhersagen im Hinblick auf die Verkehrssituation, die ich gemacht haben, nicht eingetreten sind. Dafür gibt es viele Gründe und Ursachen, die Sie im weiteren Verlauf des heutigen Tages und späterer Tage vermutlich erörtern werden. Und ich glaube, das sollten Sie dann auch miteinander machen. Das wird da im Detail geschildert werden, warum es anders gekommen ist, als ich es geplant und gehofft habe.

Vorsitzender: Nachfrage?

Abg. Dennis Gladiator: Ja, ich möchte Sie echt bitten, Herr Scholz, auf Fragen zu antworten. Die Frage war, wurden Sie darüber informiert, dass es anders, als Sie zugesagt haben, zu einer solchen kompletten Abriegelung der Innenstadt kommt. Konkrete Frage, die könnten Sie, glaube ich, beantworten.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Die Situation, wie sie zustande gekommen ist, habe ich verstehen können, genauso wie alle anderen, und dass das passiert, dass die Verkehrsbelastung größer wird und dass es größere Strecken gibt, durch die kein Auto durchkommt, ununterbrochen, anders als geplant, das habe ich nicht erst hinterher gehört.

Vorsitzender: Herr Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Nur ein kurzer Nachsatz in Richtung CDU, einfach pragmatischer Vorschlag in die Richtung. Wenn Sie finden, dass das mit der Kostenteilung, das, was ich Ihnen, Drucksache 21/8397 ja gesagt habe, wenn das für Sie als Hamburger Abgeordnete und Hamburger Bürger nicht fair ist, dann, glaube ich, sind wir alle froh, wenn Sie zu Ihrer Bundeskanzlerin gehen, zu Ihrem Bundeskanzleramtsminister, der auch Mitglied Ihrer Partei ist, der sogar in diesen Wochen auch Finanzminister ist, und dass Sie dann noch einmal sagen, gebt noch einmal ein paar Euro oben drauf für Hamburg. Ich glaube, ganz Hamburg wäre Ihnen dankbar und vielleicht nehmen Sie hier diesen Rat von, glaube ich, vielen Abgeordneten in dieser Runde gern noch einmal mit.

Vorsitzender: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Also das haben Sie ja im Vorfeld ausgeschlossen. Sie haben ja gut verhandelt, haben Sie uns erzählt. Von daher ist das natürlich eine gewagte Aussage von Ihnen, Herr Dressel, zu diesem Zeitpunkt. Und dass Sie so argumentieren, das lässt ja auch einiges erwarten, was da an Mehrkosten auf Hamburg zukommen wird.

Herr Scholz, haben Sie einmal darüber gesprochen, mit Ihren Sicherheitsbehörden, gab es eigentlich einen Plan B, wenn das alles nicht so klappte, wie das vorgesehen ist? Haben Sie einmal die Fragen gestellt, was passiert eigentlich, wenn das Personal nicht ausreicht, gab es einen Plan B?

Vorsitzender: Herr Bürgermeister?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Es hat eine klare Orientierung gegeben, die Lage immer zu beherrschen und alles Notwendige dazu zu tun. Wenn Sie wollen, können der Innensenator und Herr Krösser Ihnen das noch einmal sorgfältig erörtern, aber soweit ich weiß, ist das Teil Ihres Programms, das Sie noch auf der Tagesordnung haben. Und ich kann Ihnen nur sagen, die Polizei hat sich sehr gut vorbereitet und war in der Lage, auf unterschiedliche Lagen zu reagieren, hat sie ja im Übrigen auch.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ich möchte an meine letzte Frage anschließen, wann haben Sie davon erfahren? Sie hatten gesagt, Sie haben im Vorfeld erfahren, dass es so kommen wird. Wann und was haben Sie ... dass die Stadt ab Donnerstag abgeriegelt ist. Sie hatten, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, Sie haben nicht erst durch das faktische Eintreten davon erfahren, sondern vorher. Das heißt, Sie waren vorher nicht informiert darüber, dass das, was Sie den Hamburgern zugesagt hatten, nicht eingehalten werden kann. Ich glaube, Sie müssten antworten für das Wortprotokoll.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Die Situation wie sie eingetreten ist, hat sich mir am Anreisetag so gezeigt wie allen anderen, und vorher habe ich davon keine Idee gehabt.

Vorsitzender: Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Ja, vielleicht zum Schluss auch noch einmal ein kurzes Fazit, weil es ja auch von Ihnen die klare Äußerung gab, dass Sie ein Interesse haben an der Aufklärung. Jetzt wussten wir ja von Anfang an, dass Selbstkritik nicht unbedingt Ihr ständiger Begleiter ist, aber ich muss ehrlich sagen, meinen Sie denn, dass Sie Ihrer Verantwortung gerecht geworden sind, hier auch diesen Heilungsprozess der Stadt ... auch eine gewisse Selbstreflexion auch wirken zu lassen? Denn ich meine, das kann doch nicht ernsthaft Ihre Antwort hier sein, wir waren exzellent vorbereitet, aber so ein Ergebnis ist dabei rausgekommen und wir haben überhaupt keine Fehler gemacht. Und insbesondere meine ich damit Sie. Das will einfach nicht in meinen Kopf rein. Am Ende die Frage: Meinen Sie, dass Sie Ihrer Verantwortung, sowohl was die Vorbereitung des Gipfels angeht als auch bei der Frage der Aufklärung, gerecht geworden sind?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Das Gebot der Bescheidenheit sagt mir, dass die Frage, wie man so ist, von anderen im Übrigen oft im Nachhinein zu bewerten ist und nie von einem selbst.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann sind wir mit der Befragung am Ende. Dann bedanke ich mich, Herr Bürgermeister, für Ihr Kommen, und würde dann den ... Sie sind dann entlassen. Sie dürfen – ja, so nennt man das – gehen. Und ich würde den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen und dann bitten, dass dann die Plätze entsprechend gewechselt werden. Wir unterbrechen dann kurz die Sitzung, damit das in Ruhe geschehen kann. Vielen Dank fürs Kommen.

(Sitzungsunterbrechung von 21.33 bis 21.41 Uhr)

So, dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 1 b), Planung und Umsetzung des Verkehrskonzepts anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg, auf, hier: Durchführung einer Anhörung gemäß Paragraf 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft.

Vorab vielleicht einen Verfahrens... Vorab möchte ich erst einmal eines sagen, Sie sind, viele von Ihnen, beim letzten Mal schon dagewesen und sind nicht drangekommen und heute haben Sie sehr lange warten müssen. Dafür bitte ich Sie, glaube ich, im Namen aller Abgeordneten um Nachsicht. Sie werden aber verstehen, dass wir leider nicht anders diese parlamentarische Arbeit planen können. Es ist einfach nicht möglich vorzusehen, wie lange

wir für eine Befragung brauchen. Ich danke Ihnen aber, dass Sie sich alle die Zeit genommen, hier herzukommen. Ich weiß, dass das eine außergewöhnliche Belastung ist. Und dann heiße ich auch neben den Vertretern des Senats, die will ich aber namentlich jetzt gar nicht alle aufführen, es sind auch sehr viele, insbesondere noch einmal Herrn Hans Pieper vom ADAC willkommen, der als Auskunftsperson geladen worden ist. Vielen Dank, Herr Pieper, dass Sie gekommen sind. Vielen besonderen Dank, das ist ja vielleicht für Sie eher ungewöhnlich, in einem solchen Ausschuss zu erscheinen, dass Sie sich auch die Zeit dafür genommen haben.

Mein Vorschlag wäre, dass wir vielleicht Herrn Pieper am Anfang einmal die Gelegenheit geben, dafür ist er ja auch geladen worden, da würde ich Frau Möller, die insbesondere ja darum gebeten hatte, dass jemand vom ADAC erscheint, eine Frage zu stellen, und Herrn Pieper einmal Gelegenheit zu geben, zu den verkehrlichen Aspekten etwas zu sagen, weil wir dann, sage ich einmal, vielleicht auch die Chance haben, wenn wir das Thema beim nächsten Mal fortsetzen, vielleicht müssten Sie nicht noch einmal kommen. So ist die Überlegung.

Ich gucke einmal so in die Runde, ob damit Einverständnis ist. Da habe ich den Eindruck, dass man damit einverstanden ist. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, vielen Dank. Wir haben ja im Ausschuss, wenn wir konkret werden und die Aufgabe nicht nur der Aufklärung, sondern auch einer möglichst breiten Information ... uns eine möglichst breite Information zu verschaffen. Dazu gehört natürlich einerseits das Gespräch mit den zuständigen Behörden und den Vertretern des Verkehrsverbundes und anderen, aber eben auch aus unserer Sicht ja, so haben wir uns ja hier auch in unserem Selbstverständnis schon mehrfach geäußert, das Anhören von Menschen, von Interessenvertretern, von Vertretern von Verbänden und Vertreterinnen von Verbänden, die eine eigene Erfahrung gemacht haben im Laufe dieser Gipfeltage. Und aus diesem Grund ist die Einladung an Sie als Vertreter des ADAC zustande gekommen. Der ADAC hat sich öffentlich geäußert. Ich würde sagen, weniger zum Verkehrskonzept, sondern mehr zu der Situation, die vor allem, glaube ich, bezogen auf den Individualverkehr sich ergeben hat, insbesondere in den Gipfeltagen selbst, in den Tagen, an denen Schleusungen stattgefunden haben, möglicherweise aber auch an den Tagen davor oder danach.

Es gibt ein Zitat von Herrn Christian Hieff, dem Sprecher des ADAC, das lese ich hier einmal vor und dann verbunden mit der Bitte, dass Sie uns vielleicht etwas mehr darüber erzählen. „Was den Verkehr angeht, hat der G20-Gipfel große Teile der Stadt zum Erliegen gebracht. Die Sicherheitslage sei sehr unübersichtlich und führe zu immer neuen Einschränkungen.“ So wird er zitiert im "Hamburger Abendblatt" vom 8. Juli.

So, das ist jetzt nicht wirklich eine Einstiegsfrage, aber die Beschreibung einer Einstiegssituation. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns unter diesem Tenor etwas mehr berichten können.

Vorsitzender: Herr Pieper.

Hans Pieper: Ja, vielen Dank. Wir haben das in den Gipfeltagen so wahrgenommen. Wir hatten auch viele Mitgliederbeschwerden, die stundenlang im Stau standen und diese Situation dann auch gegenüber dem ADAC geschildert haben, wie schlimm das für sie war, im Stau zu stecken.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Dann stelle ich noch einmal konkret die Frage. Es gab ja eine Menge an Verkehrshinweisen, an Verkehrsinformationen über diverse Medien, über die sozialen Medi-

en, über Radio, Zeitschriften und Ähnliches. Sind die aus Ihrer Sicht der dann vorgefundenen Situation entsprechend gewesen? Was hat da gefehlt? Sind Sie als Verband in irgendeiner Weise mit in einer Informationskette gewesen, sodass Sie Ihren Mitgliedern oder Nachfragenden weiterhelfen konnten?

Vorsitzender: Herr Pieper.

Hans Pieper: Unsere Abteilung Technik und Verkehr war im ständigen Austausch mit den Behörden, hat da auch die Informationen zügig erhalten, die sie bekommen wollte, besonders auch von der Innenbehörde, und wir haben auch vorab umfassend informiert. Unter anderem haben wir einen Artikel in der regionalen Ausgabe der "ADAC Motorwelt" veröffentlicht am 1. Juni, der war überschrieben mit Ausnahmezustand mit Ansage, in dem wir noch einmal deutlich gemacht haben, dass die Verkehrssituation entsprechend schwierig wird in Hamburg, dass man auf das Auto möglichst komplett verzichten sollte, dass man aber auch damit rechnen muss, dass im Nahverkehr, auch im schienengebundenen Nahverkehr, es zu Störungen kommen kann.

Dann haben wir in unserem touristischen Informationssystem, auf das auch verschiedene ... auf das deutschlandweit alle Reisebüros und Servicecenter Zugriff haben, vermerkt, dass es an diesem Wochenende nicht empfehlenswert ist, nach Hamburg zu kommen. Und wir haben dann am 21. Juni noch eine Pressemitteilung veröffentlicht, die auch entsprechend aufgenommen wurde, auch überregional, unter anderem von "SPIEGEL ONLINE", G20-Gipfel, Nichts fährt mehr, in dem wir auch dargelegt haben, dass wir damit rechnen, dass es zu massiven Einschränkungen im Verkehr kommt.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, ich würde gern die Frage, die ich im ersten Teil gestellt habe, hier noch einmal stellen, ein bisschen mit Ursache Senat, und zur Auswirkung würde ich auch von Ihnen gern dann noch etwas dazu hören, wie es dazu kam, dass, entgegen aller Ankündigungen, es war ja die Ankündigung, man wird `mal durch die Schließungen sicherlich Sperrungen haben, was jeder nachvollziehen konnte, wir dann aber plötzlich an dem Donnerstag erlebten, dass die Innenstadt komplett gesperrt war, völlig überraschend, was nicht nur ärgerlich ist für den Individualverkehr, weil Menschen wirklich ja nicht nur Stunden, sondern viele, viele Stunden – es gab Berichte von Leuten, die zwölf Stunden im Stau standen, nicht nach Hause kamen –, bis hin aber auch zu Momenten, vom Wirtschaftsverkehr will ich gar nicht reden, viele Handwerker und Mittelständler ihre Kunden nicht erreichen konnten, mit erheblichen Auswirkungen, aber auch den Bereich der Gesundheitsversorgung von Personen. Ich weiß von Beispielen, Menschen, die zur Dialyse mussten und ihre Dialysepraxis nicht erreichen konnten, weil sie schlichtweg sie nicht erreichen konnten. Ich hörte, dass selbst in einzelnen Teilen der Sicherheitsbehörden, Bereich Feuerwehr, der eine oder andere überrascht war, die sich ja auch darauf einstellen mussten, wie erreiche ich gewisse Orte.

Deswegen würde mich da die Frage brennend interessieren, warum es zu dieser völlig überraschenden Schließung, also Schließung, so gut wie Schließung der Innenstadt kam, wer das veranlasst hat, warum, und wer zumindest intern informiert wurde. Weil, nach außen gab es ja keine Info. Und dann würde mich bei Ihnen einfach ... von dem, was wir auch an Auswirkungen gehört haben, wie Sie das wahrnehmen und auch vielleicht bewerten, dass es ja wirklich völlig überraschend vom Himmel gefallen ist.

Vorsitzender: Herr Senator zuerst.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Wir sind uns natürlich bewusst, dass die Belastungen, die aufgrund verkehrlicher Einschränkungen in der Stadt spürbar geworden sind, unter

denen viele, viele, die unterwegs waren, gelitten haben, nicht nur im Bereich der inneren Stadt, sondern ja auch im ganzen Bereich, der von den Strecken Innenstadt – Flughafen betroffen war. Das sind Einschränkungen und Belastungen gewesen, die deutlich über das Maß hinausgegangen sind, das wir erwartet hatten. Und das hängt an verschiedenen Faktoren, die sich anders entwickelt haben, als sie in der ursprünglichen Verkehrskonzeption vorgesehen waren.

Wir würden jetzt einmal darauf verzichten, die gesamte Konzeption noch einmal darzulegen, sondern würden uns einmal konzentrieren auf die Abweichungen, was waren die Dinge, die sich anders entwickelt haben, als sie im geplanten Verlauf zugrunde gelegt waren, und würden dann aber gern die Frage Einzelauswirkungen, also Krankentransport oder Einzelfälle oder Ähnliches, dass wir das vielleicht noch einmal gesondert machen, sondern jetzt erst einmal darstellen, wo gab es Abweichungen und warum. Und dann würde ich Herrn Struve bitten, der Leiter des Einsatzabschnitts Verkehr gewesen ist.

Morten Struve: Ja, ich werde versuchen, durch den Einstieg in der Mitte trotzdem zu erklären, wie es denn tatsächlich zu diesen Auswirkungen des Verkehrs in der Stadt gekommen ist. Wir haben im Vorwege des Gipfels sehr umfangreich auch mit auswärtigen Polizeien zusammengearbeitet, Erkenntnisse ausgetauscht und versucht, eine Situation zu schaffen mit verschiedenen Fahrstrecken, eine möglichst gefahrungsfreie Anfahrt der Gipfelteilnehmer zu gewährleisten, zum anderen die Einschränkung für die Bevölkerung, für den Verkehr in Hamburg möglichst gering zu halten, die Versammlungen und Aufzüge, die auch am Donnerstag schon in der Stadt stattgefunden haben, entsprechend stattfinden zu lassen, und auch die Veranstaltungen, die sich am Donnerstagabend schon abzeichneten, das Konzert in der Barclay Card Arena, entsprechend mit abzudecken.

Eine Grundlage war, dass die Strecken, die für die einzelnen Delegationsteilnehmer ausgearbeitet waren, der Geheimhaltung unterlagen. Die Lageinformationen, die im Vorwege bekannt waren, haben Sie ja sehr detailliert gelesen, und dort war ja ein Ziel potenzieller Störer, die Anfahrt der Delegationen zu stören. Insofern unterlagen die Routen der Geheimhaltung.

Wir haben, auch das ist von Herrn Scholz vorhin schon erwähnt worden, eine Lage, der Flughafen im Norden der Stadt, die Hotels überwiegend im innerstädtischen Bereich, und insofern war es erforderlich, die Staatsgäste vom Flughafen in die Stadt über eine festgelegte Route zu bringen. Diese Route musste verkehrlich so gestaltet werden, dass die Kolonnen möglichst ohne Halt entsprechend die Innenstadt auch erreichen konnten. In der Innenstadt hatten wir diverse Fahrbeziehungen zu den Hotels, zwischen den einzelnen Hotels, es gab schon diverse bilaterale Treffen, und wir hatten die Situation, dass die Versammlungslage – Welcome to Hell am Hafanrand ist schon angesprochen worden – auch verkehrliche Auswirkungen im innerstädtischen Bereich nach sich zog.

Insofern gab es zwei wesentliche Bereiche, die durch Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen belegt worden sind. Zum einen der Korridor vom Flughafen in die City, zum anderen aber ein Ring, da kann man sagen, das ist der erweiterte Ring 1, tatsächlich einmal die Innenstadt umschlossen, wo Verkehrslenkungsstellen eingerichtet waren, um diesen Bereich möglichst verkehrsarm zu machen, um dann mit den einzelnen Kolonnen einen möglichst störungsfreien, gefahrungsfreien Fahrweg ohne die Situation, auf irgendeinen Stau aufzulaufen, auf irgendeinen Stau zu treffen und dann die Fahrt unterbrechen zu müssen, zu gewährleisten, zum anderen aber auch die polizeilichen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit diesem Aufzug am Hafanrand erforderlich wurden, entsprechend zu gestalten.

Insofern ist die Tatsache, dass wir umfangreiche Verkehrsmaßnahmen treffen, im Vorwege kommuniziert worden. An welchen Örtlichkeiten, in welcher Intensität, das unterlag der Geheimhaltung.

Eine besondere Situation war, dass wir ursprünglich davon ausgegangen sind, am Freitagmorgen eine sehr verdichtete Anreise der Staatsgäste in wenigen Stunden vom Flughafen überwiegend dann direkt zu den Messehallen zu bekommen, und erst in der Vorgipfelwoche konkretisierte es sich heraus, dass die Masse der Staatsgäste, entgegen der vorherigen Einschätzung, nicht am Freitagmorgen, sondern am Donnerstag anreisen werden, und am Donnerstag nicht in einem sehr kurzen Zeitfenster, in den Nachmittags- und Abendstunden, sondern eigentlich ab den frühen Morgenstunden über den ganzen Tag verteilt bis in die späten Abendstunden, bis in die Nachstunden.

Häufig im Laufe des Tages wurden einzelne Ankunftszeiten noch verändert, halbe Stunde später, Stunde früher, kommt anderthalb Stunden später, und wir haben durch vorherige Übungen die Erkenntnis gewonnen, wir brauchen etwa 45 Minuten Vorlauf, um den Bereich so verkehrsarm zu gestalten, dass eine Schleusung der als gefährdet eingestuften Personen ohne größere Probleme gestaltet werden kann. Die Zeitfenster, die sich jetzt durch diese Anreiseplanung ergaben, waren so kurz, dass wir überwiegend zwischen den einzelnen Kolonnen, die dann vom Flughafen zu den Hotels und zum Teil gleich darauf anschließend zu bilateralen Treffen so kurz waren, dass zwischenzeitlich der Korridor nicht geöffnet werden konnte bis auf eine wesentliche Ausnahme, in den frühen Nachmittagsstunden nördlich des Mundsburger Damms hatten wir ein Zeitfenster, wo wir eine halbe Stunde einmal den Korridor öffnen konnten.

Verschärft wurde die Situation durch zwei Verkehrsunfälle. Bereits in den frühen Morgenstunden ereignete sich ein Verkehrsunfall auf der A 1, der zu einer zeitweisen Vollsperrung führte, in den Nachmittagsstunden der Verkehrsunfall auf der A 7, der zu einer zeitweisen Sperrung führte, überwiegend aber zu entsprechenden Fahrstreifenbegrenzungen mit erheblicher Staubbildung. Und wir haben am letzten Mittwoch schon erlebt, was eigentlich auch ohne Staus, ohne Besonderheiten auf den Autobahnen bei einer verdichteten Verkehrslage passiert, wenn die Verkehrsteilnehmer versuchen, den Stau auf der Autobahn durch die Innenstadt entsprechend zu umfahren.

Das waren im Wesentlichen die Rahmenbedingungen, die in der Innenstadt zu dieser Situation geführt haben. Wir hatten problemverschärfend noch einen Verkehrsunfall im Krohnstiegtunnel, damit war dann die letzte Ost-West-Querungsmöglichkeit innerhalb der Stadt entsprechend blockiert.

Wir haben einen Großteil unserer Kräfte, die wir in dem Bereich Verkehr einsetzen konnten, durch auswärtige Kräfte generiert, das bedeutet, viele der hier eingesetzten Kräfte, zum Teil auch ausländische, nicht nur auswärtige, sondern ausländische Kräfte, haben natürlich nicht die profunden Ortskenntnisse wie die Hamburger Polizeibeamten, das erschwert natürlich die Kolonnenbegleitung in der entsprechenden Situation entsprechend, und wir haben im Bereich der Verkehrsregelungs- und -lenkungsstellen nahezu ausschließlich Kollegen gehabt, die nicht in Hamburg ihren Heimatdienstort haben. Die haben natürlich erheblich mehr Schwierigkeiten, dem einzelnen Verkehrsteilnehmer noch einmal einen Umleitungs-/Umfahrungshinweis zu geben, und darüber hinaus haben wir feststellen müssen im Nachgang, dass nicht jeder Kollege so flexibel reagiert, wie wir uns das von unseren Hamburger Polizisten und damit auch von anderen, auswärtigen, in der Regel wünschen und erwarten.

Vorsitzender: Vielen Dank.

Morten Struve: Kommuniziert, um das noch einmal auf den Punkt zu bringen, waren sehr wohl im Vorwege Verkehrsbehinderungen erheblicher Art, allerdings in dieser Dimension, in dieser Ausprägung, das hing mit der unerwarteten Anreisesituation zusammen und der Verkettung mit den Verkehrsunfällen auf der Autobahn.

Vorsitzender: Eine Nachfrage bitte. Die Frage richtete sich ja auch noch ergänzend an Herrn Pieper. Bitte.

Hans Pieper: Wir sind zu unserer Einschätzung, die dann auch zu der Pressemitteilung und dem Artikel in der "ADAC Motorwelt" geführt hat, auf dem Wege gekommen, dass wir uns zum einen angeguckt haben, wie war es denn beim OSZE-Gipfel, auch da hatten wir schon starke Beeinträchtigungen im Straßenverkehr. Dann haben wir das ein wenig potenziert zum einen und dann auch festgestellt, wir haben drei große Unwägbarkeiten in dem Verkehrskonzept, wir haben die Schleusungen, wir haben Einsatzfahrten mit Blaulicht und wir haben ja auch noch G20-Gegner, deren erklärtes Ziel es war, den Verkehr zu beeinträchtigen. Und mit diesen drei Unbekannten sind wir zu dem Schluss gekommen zu sagen, wir nehmen die Überschrift „Nichts fährt mehr“ beziehungsweise wir sagen „Ausnahmestand mit Ansage“ und sagen, hier sollte man mit dem Auto definitiv nicht und man sollte auch damit darauf achten, dass andere Verkehrsmittel, schienengebunden, Busse sowieso, weil die dieselbe Situation haben wie Autos, aber auch schienengebunden, unter deutlichen Beeinträchtigungen hier leiden können.

Vorsitzender: Nachfrage Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagten Sie, schon in der Woche vor dem Gipfel stellte sich heraus, dass die Anreisen nicht am Freitag alle oder überwiegend, sondern am Donnerstag schon passierten. Deswegen die Frage: Wann ist denn die Entscheidung getroffen worden, Donnerstag die Stadt dichtzumachen? Die war ja nicht durch Staus dicht, sondern die war ja abgeriegelt durch Sperrungen. Und warum wurde das nicht zumindest – volles Verständnis für Geheimhaltung, das ist klar – warum wurde nicht vorher kommuniziert, dass es zu mehr Beeinträchtigungen kommen konnte? Vielleicht auch eher eine politische Frage. Weil auch da ja gesagt wurde, es wird außer einmal ein kleiner Stau bei einer Schleusung ... werdet ihr das auch verkehrlich nicht merken. Und die Leute sich ja gar nicht darauf einstellen konnten, dass überhaupt so etwas passiert, außer, sie sind ADAC-Mitglied und lesen ihre Zeitschrift.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Mache ich einmal einen politischen Einstieg. Wir haben ja schon gesagt, dass es im Kontext des Gipfels zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen kommen wird. Wir haben sogar gesagt, das wird wahrscheinlich für die meisten Hamburgerinnen und Hamburger das sein, was sie am meisten merken werden von dem Gipfel, nämlich die Verkehrsbeeinträchtigung, und dass sich die insbesondere auf die Strecke Flughafen – Innenstadt und auf den Bereich der Innenstadt insgesamt beziehen werden, und haben sehr deutlich immer wieder empfohlen, hier öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen, insbesondere natürlich den schienengebundenen, weil, das ist ja völlig richtig, die Busse fahren natürlich auch nicht viel weiter als die Autos.

Und die wesentlichen Unterschiede, und das ist ja eben schon ein bisschen dargestellt worden, bestanden eben darin, dass wir dann im Grunde genommen graduell über die Zeit eine immer stärkere Verlagerung des Anreisegeschehens auf den Donnerstag hatten, wodurch sich dann auch die Verkehrsbeeinträchtigungen vom Freitag auf den Donnerstag verschoben haben. Nichtsdestotrotz sind am Donnerstag selbst dann auch noch einmal im Laufe des Tages ganz entscheidende Faktoren eben hinzugetreten, die dann diese Dimensionen aus-

gelöst haben, eben die beiden Sperrungen, teilweise Vollsperrungen auf den Autobahnen und dann eben noch die Situation im Krohnstiegtunnel. Und jeder, der weiß, wie wichtig diese Verkehrsschlagadern für die Stadt sind und was passiert, wenn nur eine von diesen Stellen schon im Normalbetrieb der Stadt, wenn es da eine Sperrung gibt, was das bedeutet, der kann leicht ermessen, wenn man das dann eben noch mit den Sperrungen aufgrund des Anreiseverkehrs G20 kombiniert. Und es war eben auch, selbst als man merkte, es konzentriert sich immer weiter auf den Donnerstag, nicht klar, dass es sich so über den Tag auch durch die ganzen Verschiebungen und durch die Unzuverlässigkeit letztlich der Zeitpunkte der Ankünfte und damit auch der Nichtplanbarkeit letzten Endes, dass sich das so entwickelt hat eben auch erst an dem Donnerstag selbst, also dass wir nur im Grunde genommen über den ganzen Tag im Prinzip fast nur einmal die Sperrung aufheben konnten, das war natürlich alles so selbst unmittelbar vorher nicht vorhersehbar. Das heißt, das hätten wir in der Dimension auch erst ankündigen können, als es praktisch schon jeden traf.

Abg. Dennis Gladiator: ... die Erlaubnis bekommen, weil, die Frage ist nicht beantwortet worden, wann die Entscheidung getroffen wurde, die Innenstadt abzusperrern. Das ist ja nicht durch Stauentwicklung, sondern durch aktive Sperrungsmaßnahmen ...

Senator Andy Grote: Also die einzelnen Maßnahmen haben sich natürlich schrittweise entwickelt, aber wie was wann genau entschieden wurde, dazu vielleicht noch einmal Herr Struve.

Morten Struve: Ja, zum dem Einsatzkonzept gehörte es von vornherein, dass mit Eintritt entsprechend relevanter Fahrbeziehungen unabhängig vom Versammlungsgeschehen – den Aufzug Welcome to Hell lasse ich jetzt einmal entsprechend weg –, bei entsprechender Verkehrsdichte und einer entsprechenden Anzahl von Fahrbeziehungen innerhalb der Innenstadt den Ring 1 als Sperrlinie zu nehmen, um innerhalb der Innenstadt einen verkehrssarmen Bereich zu schaffen. Wenn Sie innerhalb dieses Bereichs waren, dann gab es keine polizeilichen Maßnahmen mehr außer unmittelbar an der Kolonne oder bedingt durch andere Einsatzfahrzeuge, die in Einsatzaufträgen unterwegs waren. Insofern ist der Entschluss, die Konzeption, die Innenstadt zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einem Riegel zu umschließen, entsprechend frühzeitig gefallen. Und da ist es nicht an dem Tage erfolgt nach dem Motto, jetzt wird es zu eng, sondern das war vorher die konzeptionelle Planung, wenn wir eine gewisse Anzahl Fahrbeziehungen haben innerhalb der Stadt und wir eine gewisse Anzahl an Verkehrsdichte haben, dann werden wir diese Regelungsstellen, Lenkungsstellen einrichten müssen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich leide ein ganz kleines bisschen darunter, dass ich Sie sehr schlecht verstanden habe und deshalb nicht weiß, ob ich alles mitbekommen habe. Also mein Eindruck ist ja ehrlich gesagt schon, wenn ich jetzt noch die Erfahrungen aus dem ÖPNV dazu nehme, dass es überhaupt gar kein Verkehrskonzept seitens des Senats gab, sondern vielleicht ein Konzept für die Transferstrecken, aber mehr nicht.

Mich würde einmal interessieren, wie bei dem ADAC die Informationspolitik des Senats angekommen ist. Gab es überhaupt eine Informationspolitik, war die ausreichend, was kann man da verbessern? Meiner Meinung nach gilt generell, dass da der Senat von einer Holschuld ausgegangen ist, also einer Holschuld der Bürgerinnen und Bürger. Wenn ich zum Beispiel in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von uns gelesen habe, was es zur Information gegeben hat, so konnte man sich auf den Polizeikommissariaten Informationsflyer abholen oder man konnte die zuständigen Beamten des besonderen Fußstreifendienstes ansprechen oder es gab drei, vier, fünf Informationsveranstaltungen. Das ist ja ein bisschen wenig für eine Großstadt, deren Verkehr im Wesentlichen, also sowohl der öffentliche Nahverkehr

wie der Autoverkehr, stillgelegt worden ist. Es ist ja sehr wenig ... Also meine Frage an den Vertreter des ADAC: Wie bewerten Sie die Informationspolitik?

Dann habe ich noch eine Frage. Wir haben ja eine Anfrage gestellt und da werden dreieinhalb Seiten zweiseitig Straßen aufgeführt, die gesperrt waren. Bei einer entsprechenden Anfrage der CDU, die etwas früher gestellt worden ist, aber auch nach dem Gipfel, waren es noch einmal deutlich weniger. Wieso sind da eigentlich im Nachhinein noch weitere gesperrte Straßen dazugekommen? Und wie viele Kilometer waren denn jetzt eigentlich insgesamt so gesperrt vom Straßennetz, oder Prozent?

Vorsitzender: Herr Pieper.

Hans Pieper: Zu Ihrer Frage, wie die Zusammenarbeit mit den Behörden war, aus Sicht des ADAC: Unsere Fachabteilung hat mir da mitgeteilt, dass alle angefragten Informationen immer zügig erhalten wurden, meist über die Innenbehörde und zu Pressekonferenzen, Lagebesprechungen, entsprechenden Veranstaltungen wurden wir auch eingeladen. Da war der Informationsfluss sehr gut, hat mir die Fachabteilung mitgeteilt.

Vorsitzender: Vielen Dank.

Abg. Christiane Schneider: Nachfrage: Und wie hat das denn die Autofahrerinnen und Autofahrer erreicht?

Hans Pieper: Zum einen haben wir die Pressemitteilungen veröffentlicht, wir hatten den Artikel in der "Motorwelt" und wir haben in unserem Informationssystem, das ja dann deutschlandweit verfügbar ist, entsprechend die Warnung ausgegeben, in Hamburg zu diesem Wochenende schwierig, da durchzukommen, und auch gut überlegen, ob man da hin möchte.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich will noch einmal auf die ersten Fragen zurückkommen, Holschuld. Was wir natürlich gemacht haben ist, dass wir eine Auskunftsfähigkeit und eine leichte Verfügbarkeit von Informationen sichergestellt haben, wo man sich als Bürger auch für ganz individuelle Fragen dann die Informationen abholen konnte, die man brauchte. Sie können ja nicht alle denkbaren Situationen, um die es dann gehen kann für jemanden, der zu einem bestimmten Zeitpunkt von A nach B muss oder ein bestimmtes Anliegen hat in der Stadt, mobil sein muss, das kriegen Sie ja nicht durch eine generelle Information abgedeckt, die Sie einfach einmal frei an jeden herantragen, sondern da ist es wichtig, dass es Stellen gibt, an denen man das erfragen kann. Das haben wir hergestellt. Alles, was es an Global- und Generalinformationen gab für alle, die Hinweise, eben in bestimmten Bereichen nicht mit dem Auto unterwegs zu sein und insbesondere den schönen schienengebundenen ÖPNV zu nutzen, diese Art von Hinweisen hat es natürlich sehr deutlich und zu jedem Zeitpunkt über alle Kanäle auch aktiv gegeben. Aber die individuelle Frage können Sie immer nur beantworten, wenn Sie die auch so gestellt bekommen.

Zu der Frage der veränderten Aufzählung von Straßen in Kleinen Anfragen können wir, glaube ich, jetzt erst einmal so hier aus dem Stand nichts sagen. Da müssten wir einmal gucken, ob die Fragestellungen tatsächlich komplett identisch waren und worauf sich dann jeweils auch die Antwort bezog, ob sich da wirklich noch etwas verändert hat. Dazu müssten wir jetzt sozusagen in die Unterlagen da reingucken, das können wir nicht sagen. Und ich weiß auch nicht, ob irgendjemand die Kilometer der Straßen einmal zusammengezählt hat. Das ist ehrlich gesagt nicht das, womit wir uns da beschäftigt haben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Ja, vielen Dank. Ich habe noch einmal eine konkretisierende Nachfrage zum Thema, ab wann die frühere Ankunft der Staatsgäste bekannt war. Sie hatten eben gesagt, das war ab der Woche vor dem Gipfel bekannt. Meinen Sie damit also direkt die Woche oder die Woche da... Also welche Woche meinen Sie genau und an welchem Tag war es Ihnen letzten Endes bekannt, dass die Gipfelgäste früher anreisen? Und war es möglicherweise bestimmten Stellen innerhalb des Senats noch früher bekannt als am Ende des Tages dann auch der Einsatzleitung, die darauf irgendwie reagieren musste.

Dann die zweite Frage: Warum waren denn die Behinderungen, die Verkehrsbehinderungen so heftig statt einfach früher? Also die Tatsache, dass die Regierungschefs früher anreisen, erklärt zwar, dass es am Tag davor schon zu Schwierigkeiten kam, also quasi Donnerstag statt Freitag, erklärt aber meines Erachtens noch nicht allein, dass die Behinderungen dann so heftig gewesen sind, auch wenn Sie da schon ein paar Dinge zu gesagt habe.

Und das Letzte, also bei zwei Aspekten Ihres Vortrags stelle ich mir schon die Frage, inwiefern Abstimmung erfolgt ist oder Informationen eingeholt wurden von Orten, an denen G20- oder andere Treffen in dieser Größenordnung in den vergangenen Jahren einmal stattgefunden haben. Also die Tatsache, dass die genauen Ankunftszeiten von Staats- und Regierungschefs, wenn sie in dieser Größenordnung, also in dieser Zahl anreisen, unzuverlässig sind, das kann doch eigentlich keine neue Information sein, also das muss doch jedes Mal dann vermutlich so sein. Also ich meine, so etwas muss man doch wissen können, würde ich zumindest meinen. Und auch die Tatsache, dass ausländische Beamte, die dann hier zur Verkehrsregelung eingesetzt werden, dass die auch nicht in der Lage sind wie einheimische Polizisten, hier den Verkehr zu regeln, das ist doch im Grunde auch nichts, was überraschen kann. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja. Ich fange einmal von hinten an. Natürlich ist es nicht überraschend, dass auswärtige eingesetzte Kräfte nicht die gleiche Ortskunde haben wie einheimische. Trotzdem erklärt es aber jetzt, und deswegen sprechen wir darüber, erklärt es ein bisschen, warum die Situation so war, wie sie war. Wenn wir an jeder Stelle Hamburger Polizisten zur Verfügung gehabt hätten, hätten wir mit der Lage etwas anders umgehen können. Es geht ja jetzt darum, den Hamburgern auch noch einmal zu erklären, warum Dinge so schwierig waren, wie sie waren.

Ist das nicht eigentlich immer so, dass diese Anreisen unplanbar sind? Nein, das ist es eben nicht. Also es ist nicht so, dass die regelmäßig immer alle völlig wild durcheinander und zu spät und zu früh ankommen, sondern zum Teil funktioniert das auch. Das war durchaus eine Erfahrung und etwas, was wir gerade auch aus Nachfragen von anderen Gipfeln erfahren haben, dass das durchaus auch eine gewisse Verlässlichkeit hat. Übrigens am Samstag bei den Abreisen ist das alles komplett planmäßig gelaufen. Es war schon eine etwas ungewöhnliche Entwicklung und so nicht absehbar, dass sich das nun zu großen Teilen, und zwar ja auch nicht auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt, einer nach dem anderen, aus welchen Gründen auch immer hat sich ein großer Teil, ein sehr großer Teil des Anreisegeschehens eben auf den Vortag verlagert. Dazu kann aber vielleicht gleich Herr Struve noch einmal sagen, warum das oder wann das im Einzelnen bekannt war.

Und warum das zu den heftigen Auswirkungen geführt hat, haben wir versucht darzustellen. Es war ein wirklich sehr, sehr ungewöhnliches Zusammentreffen von Faktoren, von denen jeder einzelne schon ausgereicht hätte, für erhebliches Verkehrschaos zu sorgen. Wir wissen das alle, was es bedeutet, wenn bestimmte sehr sensible, relevante Verkehrsschlagadern in der Stadt komplett gesperrt sind. Das wirkt sich sofort über weite Flächen aus. Und

hier hatten wir eben eine ganze Reihe von Effekten, wo an bestimmten Stellen nichts mehr ging und wir dadurch diese extreme Beeinträchtigung hatten.

Zur Frage, wann ist was bekannt gewesen, noch einmal präzisierend Herr Struve.

Morten Struve: Ja, vielen Dank. Ich versuche noch einmal, die Problematik ein Stück weit darzustellen. Wir haben geplante Anreisen der einzelnen Staatsgäste, die sich zum Teil im Laufe des Tages noch einmal deutlich verändert haben. Dann haben wir Staatsgäste, die zum Teil zehn Minuten nach der Landung mit der Kolonne sich in Bewegung gesetzt haben. Bei einzelnen Staatsgästen dauerte es 40 Minuten. Wir haben einen Staatsgast gehabt, der hat deutlich über eine Stunde im Flugzeug verweilt, bevor dann letztlich mit der Kolonne der Weg angetreten wurde. Das macht deutlich, ich kann es nicht minutiös planen, sondern ich bin sehr stark auf das Verhalten des Staatsgastes abhängig zu machen.

Ich möchte nur einmal als Beispiel die angekündigten Flugzeiten von Bundesminister Gabriel. Nur als Beispiel. So wie sie am 6. ... Morgens um 8.28 Uhr am 6. wurde angekündigt, er wird um 14 Uhr mit einem Hubschrauber in Hamburg landen. Um 10.38 Uhr: Die Hubschrauberankunft wird in Fuhlsbüttel stattfinden. Um 10.54 Uhr: Ankunft in Fuhlsbüttel, aber nicht um 14 Uhr, sondern um 16.30 Uhr. Um 11.10 Uhr die Meldung: mit dem Hubschrauber in der Wilsonstraße gegen 16 Uhr, das ist in Jenfeld. Um 11.26 Uhr die Meldung: In der Wilsonstraße, aber gegen 17 Uhr. Um 12.59 Uhr die Meldung: mit dem Hubschrauber in der Wilsonstraße gegen 16 Uhr. Und tatsächlich ist er um 15.34 Uhr gelandet.

Das macht deutlich, wie schwierig es ist. Ich erinnere noch einmal an die 45 Minuten Vorlaufzeit, um eine freie Strecke zu generieren, da tatsächlich das hinzugekommen, die Verkehrsmaßnahmen auf den Punkt zu planen. Und diese Situation hat dazu geführt, dass wir entgegen der vorherigen Planung zwischen den einzelnen Kolonnenfahrten die Strecke nicht freigeben konnten. Das war die ursprüngliche Planung, zwischen den Kolonnen, sobald wir mehr als 45 Minuten haben, die Strecke aufzumachen und die Querungsverkehre zu ermöglichen. Und das ist aufgrund der tatsächlichen, dann an dem Tage festgestellten Anreisesituationen nicht gelungen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

(Abg. Daniel Oetzel: Stopp (...))

Vorsitzender: – Ach so. Herr Oetzel, ja.

Abg. Daniel Oetzel: Danke. Eine Frage wurde noch nicht beantwortet, nämlich die Frage, ab wann konkret, also ab welchem Tag nun also genau bekannt war, wann die Staats- und Regierungschefs ankommen. Und vielleicht erlauben Sie mir noch, die kurze Nachfrage dann in diesem Fall noch nachzuschieben: Gibt es irgendwelche Gründe dafür, warum nun so, nicht nur vereinzelt, sondern quasi kollektiv die beteiligten Regierungschefs plötzlich gesagt haben, wir kommen alle einen Tag vorher?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, also die Gründe werden uns nicht mitgeteilt. Die werden sicherlich ihre Gründe gehabt haben, aber wir bekommen nur die Daten. Es gab natürlich auch nicht den einen Zeitpunkt, sondern im Grunde genommen hat sich das peu à peu, eine Anreise nach der anderen hat sich verschoben, ist vorgezogen worden. Und jetzt kann man höchstens fragen, ab wann hatten Sie das Bild, so würde ich dann einmal die Frage verstehen, ab wann hatten Sie das Bild, dass doch ein ganz erheblicher Teil oder sogar der größte Teil der Anreisen schon am Donnerstag erfolgt. Das würde ich noch einmal an Herrn Struve geben.

Morten Struve: Also ab 28. Juni konkretisierte sich das Bild, dass wir nicht morgens am 7. eine ganz geballte Anreise haben werden, sondern dass über die Mitteilung des Auswärtigen Amtes immer mehr Flüge für die Anreise am 6. angekündigt worden sind. Allerdings, mit welchen genauen Zeitfenstern, das ergab sich dann im Laufe der Woche, zum Teil erst am Tag unmittelbar vor der Anreise und zum Teil für einzelne Personen erst unmittelbar kurz vor der Anreise. Auch dort gab es teilweise im Stundentakt noch Flugverschiebungen, was die Landungen angeht, und da gab es mehrere Flüge, die mehrfach angekündigt, wieder gecancelled und wieder mit anderen Zeiten avisiert worden sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, die große logistische Leistung, die dort zu schaffen war, die konnte man ja ganz gut in den Akten auch erkennen. Es gibt ja sehr viele Beispiele der Übungen, die Sie durchgeführt haben, der Schleusung sozusagen, mit den jeweiligen Fahrzeugen davor und dahinter und der Notwendigkeit, in den Gegenverkehr hineinzuwenden. Und soweit ich das ... Das fand ich tatsächlich ganz anschaulich zum Nachlesen und zum Verstehen. Die Frage, die sich daraus für mich ergibt ist, neben alledem, was Sie jetzt so als Einzelereignisse, die erschwerend dazukamen, eben schon geschildert haben, hat sich aus Ihrer Sicht im Prinzip dieses, einerseits das Üben der Schleusung und andererseits aber auch der ganze Ansatz, das ganze Konzept dieser einzelnen Durchführungen der Kolonnen bewährt oder würde man jetzt sagen, die eine oder andere Schleusung, die ja teilweise eben sehr unterschiedlich waren, weil mehr oder weniger Fahrzeuge da jeweils in eine Kolonne gehörten und so weiter ... Würden Sie es jetzt anders machen? So, das ist die eine Frage, ohne dass ich das jetzt im Detail wissen will, sondern ich will einfach wissen, ob es da in der Nachbetrachtung, ob Sie da Änderungsbedarf möglicherweise erkennen.

Die andere Frage bezieht sich auch einfach noch einmal auf diese Frage rund um, wann wusste man, wer kommt. Also es finden sich ja auch in den Akten Mails vom Flughafen an die Polizei, in denen über Ankunftszeiten informiert wird. Wer wusste denn eigentlich zuerst, wann welche Kolonne kommt oder wann welcher Staatsgast kommt, wann welches Flugzeug kommt? Ist das sozusagen schwerpunktmäßig über die Polizei koordiniert worden und dann an den Flughafen gegangen oder war es möglicherweise umgekehrt? Also aus dieser einen Mail, die sich in den Akten gefunden hat, klang es fast so, als wenn der Flughafen da den Plan vorgelegt hat.

Und die dritte Frage wendet sich eigentlich so ein bisschen an den öffentlichen Personennahverkehr. Wir haben ja, wenn ich es richtig sehe, auch Vertreterinnen und Vertreter von HVV und Hochbahn und VHH hier, also im Grunde ähnlich wie die Frage an den ADAC, wie gestaltete sich denn da das Miteinander, die Information, die Kommunikation über Störungen und Ähnliches. Vielleicht kann das auch noch einmal ein bisschen dargestellt werden.

Senator Andy Grote: Ja, das sind ja doch ziemlich viele Fragen gewesen.

(Abg. Antje Möller: Ja, ich könnte jetzt auch eine noch einmal zurückziehen.)

Wir versuchen das einmal eins nach dem anderen zu beantworten. Zwei Aspekte will ich vorwegnehmen, bevor ich an Herrn Struve gebe und dann vielleicht an die Vertreter des ÖPNV. Also eine Lehre, etwas, was wir wohl anders machen würden, haben wir ja besprochen, die hat aber auch eine politische Dimension. Man müsste bei einer zukünftigen Planung eines solchen Gipfelereignisses, glaube ich, schon zu einer Struktur kommen, die verbindliche Zeitfenster vorsieht, wo es dann eben sozusagen für die Schleusung bestimmte Zeitfenster gibt und wenn ich eins verpasse, weil ich eben außerplanmäßig ankomme, dann sitze ich eben noch eine Stunde auch als Staatsgast in meinem Flieger und nehme dann erst

das nächste, weil, so etwas würden wir, glaube ich, der Stadt nicht noch einmal zumuten wollen, wie es jetzt sich vollzogen hat.

Zum Thema Information, wer hat das eigentlich wann bekommen. Die Polizei ist über das Auswärtige Amt informiert worden und ich gehe davon aus, dass der Flughafen gesondert informiert wurde. Das müssten wir aber sonst noch einmal auch den Flughafen fragen. Aber erst vielleicht weiter zu den weiteren Fragen Herr Struve und dann würden wir noch einmal eine Reihe nach hinten gehen.

Morten Struve: Ja, ich kann nur noch einmal ergänzen, was der Senator schon dargestellt hat. Für uns ist der verbindliche Ansprechpartner das Auswärtige Amt, die entsprechend mit den Informationen kommen. Natürlich haben wir auch durch unsere Kolonnen und Personenschutz eine entsprechende Verbindung und natürlich gab es auch bei uns einen Einsatzabschnitt Flughafen, bei dem Informationen reingelaufen sind. Und dadurch hat man nicht immer gleichlautende Informationen zur gleichen Zeit, aber doch, irgendwann liefen sie zusammen. Nur der verbindliche Ansprechpartner ist das Auswärtige Amt.

Vorsitzender: Vielleicht, dass, wenn jetzt weiter nach hinten gegeben wird, dass die Damen und Herren einmal den Namen sagen für das Wortprotokoll, bevor sie antworten.

Senator Andy Grote: Dann würde ich zunächst vielleicht einmal für den Flughafen Herrn Eggenschwiler bitten.

Michael Eggenschwiler: Ja, der Flughafen hat auch seine Informationen vom Auswärtigen Amt gehabt. Wir hatten ja am Flughafen ...

(Abg. Christiane Schneider: Bitte näher ans Mikro!)

– Noch näher.

(Abg. Christiane Schneider: Ja, noch viel näher!)

So. – Besser? Okay. Also wir hatten auch die Informationen vom Auswärtigen Amt. Und wir hatten ja auf dem Flughafen auch Teile des Auswärtigen Amtes, die diese Koordination sichergestellt hatten. Und unser Einsatzstab, da war die Polizei auch mit vertreten, hat dann die Informationen so bekommen. Und die andere Information, die wir noch hatten, war über die Flugsicherung, die dann ja eigentlich die Wege der Flugzeuge mit begleitet hatten, also dass man, wenn eine Maschine in der Luft war, das auch relativ bald mitbekam. Aber für uns war das genauso auch ein ziemliches Hin und Her mit Zeiten, die sich dauernd gewechselt haben.

Senator Andy Grote: Und dann würde ich zu den Fragen, die sich an die Hochbahn gerichtet haben, Herrn Malyska bitten.

Arndt Malyska: Ja, vielen Dank. Wir sind Anfang 2016 vom Polizeiführer und dem Chef des Stabes, Herrn Baustian, informiert worden über den bevorstehenden Gipfel, natürlich auch mit der Information zur OSZE, und sind gebeten worden, ein entsprechendes Verkehrskonzept zu erstellen. Der Schwerpunkt, der sich hier abgebildet hat, war, dass wir aufgrund der bereits angesprochenen Punkte im Busverkehr gerade im innerstädtischen Bereich mit Einschränkungen gerechnet haben und das Verkehrskonzept zur Sicherstellung der Mobilität der Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt auf das schienengebundene ÖPNV konzentrieren. In der Folge haben wir dann als Hochbahn regelmäßig teilgenommen an den sogenannten EA-Führer-Besprechungen, den Besprechungen der Einsatzführer, und sind in sämtliche Lagebilder einbezogen gewesen. Wir haben dann auch gemeinsam geplant und bis zur OSZE, das war dann der Indikator für weitere Planungen für den G20 mit den Er-

kenntnissen gerade, was die Beeinträchtigung des ÖPV der Hochbahn im Busverkehr betrifft, weiterhin ja stark auf die U-Bahn zu setzen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ja, herzlichen Dank. Ich habe auch noch einmal eine Frage zum Thema, warum die Transferrouten nicht geöffnet wurden. Frau Möller hatte mir da eine Frage vorweggenommen, nämlich was die frühere Anreise der Staatsgäste betrifft. Ich habe mitgenommen und auch vermutet, dass das Auswärtige Amt das koordiniert. Noch eine Nachfrage: Die einzelnen Staatsgäste haben aber für sich – ich weiß nicht, ob Sie das jetzt nur vom Hörensagen sagen können – selbst entschieden, wann sie anreisen und das dann ans Auswärtige Amt weitergegeben und dann kam die Kette, die Sie eben gesagt haben. Sie nicken. Ja. – Danke schön.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: So war das.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ich möchte erst einmal einen Beitrag geben, vielleicht für die Zukunft. Wilsonstraße kennen wir alle, in Jenfeld, wir kennen auch die Hochschule der Bundeswehr, 585 Meter entfernt, mit einem wundervollen Hubschrauberlandeplatz vielleicht für die Zukunft. Das Gleiche in Blankenese und dann gibt es noch einen dritten, vielleicht sage ich den noch einmal geheim. Vielleicht kann man das verwerten.

Jetzt kommt meine eigentliche Frage, betrifft den Flughafen. Trifft das zu, dass durch die G20-Verkehrsbehinderungen zahlreiche Flugzeuge oder Fluggäste ihre Flugzeuge nicht pünktlich erreichen konnten? Sind da noch Schadenersatzforderungen zum Beispiel gegen den Flughafen oder gegen wen auch immer erhoben worden?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Das würde ich an Herrn Eggenschwiler geben.

Martin Eggenschwiler: Ja. Wir hatten ja im Vorfeld auch über unsere Kanäle, also über das Internet, auch an die Fluggesellschaften schon frühzeitig über den G20 informiert und auch gesagt, dass die Passagiere frühzeitig kommen sollen. Wir haben vom, und ich glaube, der kritische Tag war ja der 6. Juli, wir hatten dort keine Passagiere, die uns bekannt sind, die den Flug verpasst haben. Es gibt auch keine Schadenersatzforderungen und der Flugbetrieb ist auch an diesem Tag sehr normal verlaufen. Also wir hatten durch die Trennung, auf einem Vorfeld den normalen Linienverkehr, auf dem anderen die Staatsgäste, eigentlich einen sehr reibungslosen Betrieb während dieser Tage.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ich habe Herrn Grote so verstanden, dass er selbst gesagt hat, so würde der Senat das nicht wieder stattfinden lassen, weil die Zumutungen zu groß waren. Deswegen will ich mich auch weniger fragen oder auf die Kernfrage konzentrieren, weil es sonst, glaube ich, müßig ist. Ich habe Sie so verstanden, Herr Struve, dass Sie sagten, unabhängig von den früheren Anreisen, ab einem gewissen Verkehrsaufkommen hätten wir den Ring 1 ohnehin dichtgemacht. So hatte ich Sie verstanden. Vielleicht nicken Sie einmal oder schütteln den Kopf, wenn ich Sie falsch verstanden habe. – Ja, richtig. Da stellt sich mir dann die Frage, wenn das so war, dann müssen wir gar nicht lange, finde ich, diskutieren, warum ist ein Flieger früher gekommen oder nicht, dann stellt sich die Frage, warum vorher da, wo die Öffentlichkeit nicht informiert wurde, warum sogar der Eindruck ... Ich gebe Ihnen zu, Sie haben zwar gesagt, Herr Grote, da werdet ihr am meisten spüren, beim Verkehr,

aber auch das haben wir super im Griff. Es ist keiner informiert worden, es könnte an dem Tag so schwierig werden, wie es gekommen ist. Und ich habe es vorhin angesprochen, wir reden nicht nur über ich stehe stundenlang im Stau und ärgere mich, weil meine Lebenszeit abläuft, wir haben auch über wirklich ärgerliche Fälle gesprochen, riskante Fälle, wo erkrankte Personen nicht ihre Arztpraxis erreicht haben oder Dialyse-Praxis und anderes. Insofern einfach schlichtweg die kurze knackige Frage, warum hat der Senat darüber die Hamburger nicht öffentlich vorher informiert und warum hat der Senat darüber einen anderen Eindruck erweckt, als er wusste, wie es kommen wird.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, ich haben ja schon versucht darzustellen, dass wir natürlich uns mit unseren Hinweisen auf die absehbaren Szenarien bezogen haben, und das waren eben die Anreisen am Freitag. Und da haben wir sehr deutlich gesagt, die Strecken vom und zum Flughafen und in der Innenstadt, dort wird es zu sehr schweren Verkehrsbeeinträchtigungen kommen und wir empfehlen jedem, dort mit dem ÖPNV sich hinzubewegen. Und es war natürlich nie geplant, dass das schon am Donnerstag passiert, sondern es hat sich dann entwickelt aufgrund eines Aufkommens an Anreisen, das irgendwann dazu geführt hat, dass die Polizei gesagt hat, jetzt haben wir so viele Staatsgäste schon in der Innenstadt, die zwischen den Hotels und an Orten in der Innenstadt unterwegs sind, dass wir das, was wir sonst am Freitag gemacht hätten, schon am Donnerstag machen mussten.

Vorsitzender: Eine Nachfrage?

Abg. Dennis Gladiator: Na ja, aber die Möglichkeit, dass der Ring 1 geschlossen werden muss ab einem gewissen Aufkommen, das als Szenario eingeplant war, vielleicht aus guten Grü..., also wahrscheinlich aus guten Gründen, dann ist das ja nicht völlig überraschend gekommen. Deswegen die Frage, warum man das nicht so deutlich kundgetan hat, weil, zwischen schweren Verkehrsbeeinträchtigungen und ich schließe die gesamte Innenstadt für den Verkehr sehe ich auch noch einmal Unterschiede.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also noch einmal, die Beeinträchtigungen waren ja in beiden Bereichen gleich groß. Ob ich über die Strecke zum Flughafen also praktisch von Ost nach West in der Stadt gar nicht durchkomme oder damit rechnen muss, dort nicht durchzukommen, oder ob ich damit rechnen muss, nicht in die Innenstadt zu kommen oder mich in der Innenstadt nicht vernünftig bewegen zu können, das sind ja schon beides sehr gravierende Beeinträchtigungen. Und deswegen haben wir auch sehr deutlich gesagt, man sollte nicht mit dem eigenen Fahrzeug diese Strecke passieren, oben Flughafen oder in die Innenstadt fahren, man soll nicht damit rechnen, dass das funktioniert, man soll den ÖPNV benutzen. Das haben wir schon gesagt. Aber für den Freitag.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Also da kann ich Ihnen jetzt nicht ganz folgen, weil aus den Akten deutlich hervorgeht, dass etliche Staatsgäste schon am Donnerstag kommen würden, und das war vorher bekannt. Also Sie haben jetzt gerade noch einmal eben gesagt, das wussten Sie sehr kurzfristig. Das wussten Sie nicht nur kurzfristig, vielleicht von einigen, aber mit Sicherheit nicht von allen. Deswegen verstehe ich nicht, warum man sich darauf nicht einstellen konnte.

Dann möchte ich anmerken, ich weiß jetzt nicht, wie wir das mit dem ÖPNV machen, aber diese verstopfte Stadt, also die Stillstand, das hat natürlich unwahrscheinlich viele Busse betroffen. Das heißt, es war ja zugesagt worden, dass der Busverkehr im Wesentlichen geht,

außer in der Innenstadt, und dann stellt sich aber schon am Donnerstag raus, dass in dieser Stadt, wo der Verkehr zusammengebrochen ist, die Busse natürlich mittendrin standen. Ich will jetzt nicht alles vorlesen, was die Hochbahn da getwittert hat und was da alles komplett eingestellt worden ist oder was da nicht erreicht werden konnte, das war jedenfalls beträchtlich. Deswegen kann ich das nicht akzeptieren, wenn Sie jetzt sagen, Donnerstag hätte man jetzt nicht so gewusst. Ich finde, das konnten Sie wissen. Und da würde ich bitte noch einmal um Stellungnahme bitten. Und auch, in welchem Ausmaß dann an den verschiedenen Tagen die Busse betroffen waren, was ja auch nicht irgendwie im Plan war. Nicht nur an dem Donnerstag, sondern an den anderen Tagen.

Dann habe ich noch eine Frage. Können Sie sagen – die richtet sich jetzt an den Senat –, welchen Beitrag zu den Beeinträchtigungen jetzt im Straßenverkehr das Begleitprogramm beigetragen hat. Also hat es da überhaupt beigetragen oder hat das praktisch keine Rolle gespielt?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, vielleicht noch einmal. Also die Ankunftslage am Donnerstag und die Erkenntnisse haben sich schon sehr deutlich entwickelt und die Konzentration, die wir an Ankünften hatten, die zu der Lage maßgeblich beigetragen haben und auch über den gesamten Donnerstag ... also nicht, dass der eine oder andere vielleicht schon einmal am Donnerstagabend kommt und nicht erst am Freitagmorgen, sondern dass wir eine massive Anreise des größten Teils der Gipfelteilnehmer über den gesamten Donnerstag haben würden, das war nicht langfristig bekannt, sondern hat sich eben erst, wie wir es dargestellt haben, relativ dicht vor der eigentlichen Anreise dargestellt. Auch zur Frage – gut, dass Sie es ansprechen – Betroffenheit von Bussen, das ist ausführlich auch medial thematisiert worden. Ich erinnere mich, gerade jetzt, wo Sie es sagen, was war es, glaube ich, sogar die Titelseite im "Hamburger Abendblatt", wo das alles dargestellt war. Welchen Plan der HVV hat, wie die Busse mit einem Shuttlesystem in der Innenstadt und wie das sozusagen Übergabe an einer bestimmten Übergabestelle, wenn man mit der Buslinie aus einem äußeren Bereich in den Bereich der Innenstadt kommt, dass man möglicherweise umsteigen muss, das war alles vorgesehen. Und da hat es natürlich schon eine entsprechende Planung auch gegeben, die ist auch kommuniziert worden, eben weil es voraussehbar zu entsprechenden Beeinträchtigungen in der Innenstadt kommen würde.

Aber vielleicht zu den angesprochenen Fragen auch noch einmal der Staatsrat.

Staatsrat Bernd Krösser: Ja, vielleicht muss man das noch einmal ... Herr Struve musste ja jetzt so in der Mitte einsteigen. Ich glaube, das ist schon noch einmal wichtig, deutlich zu machen, dass das gesamte Konzept der Polizei eigentlich darauf eingestellt war, eben die Schleusung und Lotsung zu ermöglichen, gleichzeitig aber die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten.

Dass es am Donnerstag jetzt zu diesen Störungen gekommen war, das ist auch aus unserer Sicht eine Situation gewesen, die wir natürlich für die Hamburgerinnen und Hamburger ganz schlecht finden, mit denen wir auch überhaupt nicht zufrieden waren, wie das so gelaufen ist und welche Betroffenheit die Menschen in der Stadt dann auch hatten, das ist ja das, was der Senator ausgeführt hat, wo wir eben sagen, das kann man den Leuten auch aus Anlass einer solcher Veranstaltung eigentlich schwer zumuten.

Man muss aber eben sehen, das, was Herr Struve auch sagte, auch am Donnerstag, auch nachdem wir wussten, diese Staatsgäste kommen am Donnerstag, war ja noch das Bild zunächst einmal, wenn die am Donnerstag kommen, dann werden die wahrscheinlich überwiegend abends kommen, weil erst am nächsten Tag ja der Gipfel stattfindet. So. Dann hat sich

das Bild aber im Laufe der Zeit natürlich immer weiter auch von der Ankunftszeit her verändert und es ist deutlich geworden, dass sich die Zeiten eben auch über den Tag verteilen werden. Das war aber jetzt nicht schon eine Woche vorher so ganz klar.

Und das Zweite ist – und deswegen ist diese Frage, wann macht man dann den Ring 1 zu –, es ein Szenario, das hat man für den Freitag vorgedacht. Für den Freitag wäre es aber nur eine kurze Zeitspanne gewesen voraussichtlich, weil wir nämlich da davon ausgegangen sind, entweder fahren die Staatsgäste direkt vom Flughafen zur Messe, dann fährt eigentlich nur noch die Wehrkolonne irgendwie ein Stück weiter, oder aber sie fahren einmal noch kurz zum Hotel, werden dann aber auch möglichst zügig zur Messe fahren, weil, die wollen ja am Gipfel teilnehmen, dafür sind sie ja gekommen. Dann hätte es sein können, dass wir diesen Ring 1 eine Zeit lang zumachen, weil wir einen relativ dichten Kolonnenverkehr im Bereich des Ringes 1, im Bereich der Messe dann auch gehabt hätten und dann hätte es keinen Sinn gemacht, da irgendwelche weiteren Fahrtbewegungen zuzulassen, das hätte einfach nicht geklappt. Die Einschränkungen daraus wären aber beherrschbar gewesen, zumal wir eben deutlich gemacht hatten, dass am Freitag sowohl aufgrund dieser ganzen Kolonnenverkehre wie auch des Umstandes, dass wir eine Menge angemeldeter Demonstrationen hatten, die Innenstadt wahrscheinlich tatsächlich dicht sein wird. Also, das ist für den Freitag schon relativ deutlich kommuniziert worden. Dass wir das jetzt am Donnerstag machen mussten, war so nicht geplant. Wir hatten am Donnerstag sowohl, wie wir es auch für den Freitag eigentlich vorgesehen hatten, am Donnerstag hatten wir weiterhin das Ziel, eigentlich den Korridor, den wir hatten, zwischenzeitlich immer einmal wieder an einzelnen Sperrstellen zu öffnen, um Querungsverkehre zuzulassen. Das hat sich nur am Donnerstag dann fest rausgestellt, das lässt sich nicht realisieren, weil die Durchlaufzeiten und die Ankunftszeiten so eng waren, das hätte man nicht hingekriegt. Man hätte nicht aufmachen können, den Raum wieder verkehrsfrei machen können, bevor die nächste Kolonne gekommen wäre.

Und dass man den Ring 1 dann am Donnerstag zumachen musste, lag an zwei Dingen. Die Staatsgäste, die da gekommen sind, haben sich leider nicht darauf beschränkt, einfach vom Flughafen in ihr Hotel zu fahren und da zu bleiben, sondern die haben dann angefangen, bilaterale Besuchsprogramme noch durchzuführen. Das heißt, die Kolonnen sind dann noch zwischen den Hotels hin- und hergefahren. Das hat wider Erwarten auch am Donnerstag schon zu erheblichem Kolonnenverkehr im Bereich des Ring 1 geführt. Das war aber so nicht angekündigt, das war auch vom Auswärtigen Amt nicht vorher großartig kommuniziert. Das heißt, da musste sich die Polizei relativ kurzzeitig drauf einstellen, musste berücksichtigen, dass wir noch Welcome to Hell haben, wo man auch entsprechende Verkehrsableitungen machen musste und dann musste halt am Donnerstag schon realisiert werden, was man für den Donnerstag noch nicht unbedingt vorhergeplant hatte, aber was natürlich – und die Polizei wäre auch schlecht aufgestellt, wenn sie so was nicht im Köcher hätte – eine Variante war, von der man gesagt hat, das kann eintreten und wenn es eintritt, dann haben wir es natürlich parat. Aber ich muss es noch einmal betonen, es war jetzt nicht so, dass man vornherein schon zwei Wochen vorher gesagt hat, wir machen den Ring 1 dicht, das können wir schon einmal allen Hamburgerinnen und Hamburgern auch für den Donnerstag sagen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Krösser. Ich habe jetzt noch ... Ja? Ja bitte.

Abg. Christiane Schneider: Das Begleitprogramm.

Vorsitzender: Ja.

Staatsrat Bernd Krösser: Ich sage noch ein Wort dazu zum Begleitprogramm, weil, es ist eigentlich in der Natur der Sache liegend, jede Kolonnenfahrt mit Staatsgästen, die durch die Polizei gelotst oder geschleust werden müssen und für die dann irgendwelche Strecken gesperrt werden müssen oder wo es irgendwelche Verkehrseinschränkungen gibt, die tragen

natürlich ihren Teil mit dazu bei und so trägt auch ein Begleitprogramm mit Fahrzeugen dazu bei, dass die Verkehrssituation in der Stadt nicht besser wird.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich habe jetzt noch Herrn Jarchow und Frau Möller drauf und dann hatten wir gesagt, dass wir dann auch ...

(Zuruf)

Ja, von mir aus auch noch Herr Oetzel. Aber ...

(Zuruf)

Oder so. Aber ... So geht das auch. Herr Oetzel dann.

Abg. Daniel Oetzel: Ja, ich habe noch eine Frage. Sie hatten gerade unter anderem gesagt, dass Sie, wenn das noch einmal so wäre, dass Sie vielleicht einiges anders machen würden. Auf der anderen Seite sagen Sie zu den allermeisten Dingen, dass Sie im Grunde fast nichts dafür können. Also man hätte ja nicht offensichtlich nicht wissen können, dass die alle früher kommen, man konnte ja offensichtlich auch nicht wissen, dass die anfangen, sich gegenseitig zu besuchen, man konnte ja auch nicht mit den Unfällen auf den Autobahnen planen. Und nach Ihrer Auskunft konnten Sie eigentlich auch nichts dafür, dass Sie ausländische Polizisten für die Verkehrsregelung nutzen mussten, weil einfach nicht genügend Hamburgische Polizisten da waren. Also frage ich mich, also in allen Ehren, Sie würden es nicht noch einmal so machen, aber irgendwie scheint es ja auch so zu sein, dass alle dieser Dinge außerhalb Ihres Einflussbereichs gelegen haben. Insofern würde mich einfach noch einmal konkret interessieren, was Sie denn anders machen würden.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich glaube, das ist keine zutreffende Zusammenfassung dessen ist, was Sie hier gehört haben. Ich glaube, wir haben schon sehr deutlich gemacht, um welche unterschiedlichen Faktoren es sich hier gehandelt hat, die einen Einfluss hatten auf die am Ende dann sehr schweren Beeinträchtigungen. Wir haben eine Kombination von verschiedenen sehr problematischen Einflüssen gehabt, von denen man zum Teil wird sagen können, ja, die werden wir auch in Zukunft nicht im Griff haben. Dazu gehören selbstverständlich Verkehrsunfälle oder andere Dinge. Aber ich habe ja deutlich gemacht, dass wir dort, wo wir mit der Erfahrung, die wir jetzt haben, Einfluss nehmen können und das auch tun würden und sagen würden, eine Vorgehensweise, die abzielt, jeder Delegation, jedem Staatsgast individuell so die Schleusen zu ermöglichen, auch wenn er fünfmal seine Planung ändert und wir dann jedes Mal zum Teil, wenn es nicht rechtzeitig genug ist, ja sogar schon in den Maßnahmen drin sind, oder wenn jemand eine Stunde in seinem Flieger sitzt und wir die ganze Zeit die Strecke freihalten für ihn, so individuell würden wir es wahrscheinlich nicht noch einmal machen. Sondern wir würden dann Fenster zur Verfügung stellen, die jedem die Möglichkeit geben, seine Anreise so zu planen, dass er unmittelbar dann auch gelotst oder geschleust werden kann, aber eben auch von Anfang an die Sicherheit vermitteln, dass, wenn er sich außerhalb dieser Fenster bewegt, er ein bisschen warten muss, damit wir die Gelegenheit haben, da zwischendurch die Querungsverkehre wieder zuzulassen. Anders wird man es, glaube ich, nicht machen können, weil wir sonst, wie wir jetzt gesehen haben, im Extremfall – das muss ja gar nicht, müsste ja gar nicht das nächste Mal wieder so sein, aber wir haben gesehen, dass es dieses Risiko gibt – es dazu führen kann, dass wir quasi einen ganzen Tag die Strecke überhaupt nicht aufmachen können oder nur ein Mal aufmachen können und in Kombination mit den anderen Faktoren dann eben eine sehr, sehr schwierige Situation kriegen. Da hätten wir eine Einflussmöglichkeit, die würden wir mit der Erfahrung von jetzt beim nächsten Mal dann nutzen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ich möchte einmal zum Thema Kommunikation etwas nachfragen. Also, wir hatten ja in den Tagen auch eine Vielzahl von Kommunikationsbeamtinnen und -beamten auf der Straße. So einerseits das. Dann gab es eine EA-Öffentlichkeitsarbeit mit einem Unterabschnitt Bürgerinformationstelefon zum Beispiel, auch über Twitter liefen ja Informationen. Und wenn man ... Also aus den Akten lässt sich so ein bisschen erkennen, dass sozusagen dieser Informationsfluss im Grunde innerhalb der Polizei auch an manchen Stellen vielleicht ein bisschen schwergängig war, sage ich einmal so. Ich habe aber nicht verstanden genau, wie da eigentlich der Informationsfluss war. Also das konnte ich jedenfalls aus den Akten nicht entnehmen. Also wer hat sozusagen an wen die Information weitergegeben innerhalb dieser Bereiche, die ich eben geschildert habe? Also EA-Öffentlichkeitsarbeit, Unterabschnitt BIT, und dann ein bisschen im Grunde, so verstehe ich es jedenfalls, zu den Kommunikationsbeamtinnen und -beamten. Wie ist das vom Schema her abgelaufen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Nun ist der Einsatzabschnitt Öffentlichkeitsarbeit auch fast der Einzige, den wir heute nicht hier haben, aber ...

(Zuruf Abg. Antje Möller)

Dann würde ich einmal Herrn Struve bitten, ob er was dazu kann, wie das jedenfalls bei den Verkehrsinformationen gewesen ist.

Abg. Antje Möller: Sonst kann ich das auch an anderer Stelle noch einmal aufrufen. Das ist kein Problem.

Senator Andy Grote: Was können wir dazu sagen?

Morten Struve: Ja, ich kann zumindest sagen, dass wir in unserem Einsatzabschnitt Verkehr auch natürlich die Verkehrsinformationen haben und wir bedienen den Verkehrswarndienst. Per Internet werden die Radiosender und sonstigen Medien über Verkehrsmeldungen informiert und über das Informationssystem, das Einsatzinformationssystem sind natürlich auch die wesentlichen anderen Einsatzabschnitte, die Öffentlichkeitsarbeit entsprechend angeschlossen und generiert dann daraus eigene Informationsbedarfe, wie sie dann weiter damit entsprechend in die Öffentlichkeit umgehen. Aus meinem Abschnitt wird der Verkehrswarndienst übers Internet entsprechend bedient.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann sind wir mit der Frageliste am Ende und hatten uns auch ungefähr auf diese Uhrzeit verständigt – ein bisschen überzogen haben wir jetzt. Dann danke ich Ihnen, dass Sie gekommen sind. Den Tagesordnungspunkt 1 c) würde ich gern insofern beschließen, dass die Obleute das untereinander dann in der nächsten Woche vielleicht noch einmal weiter besprechen. Hier war so ein bisschen der Wunsch, doch jetzt zum Ende zu kommen und das in Ruhe noch einmal zu besprechen.

Zu TOP 2:

Und zum Tagesordnungsordnungspunkt "Verschiedenes" sehe ich keine Wortmeldungen.

Und dann müssen wir noch einen Beschluss fassen, Frau Bai, nämlich vorsorglich nach Paragraph 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung, dass wir weitere Auskunftspersonen laden können zum nächsten Mal. Wer möchte das so beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. –

Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Und dann danke ich Ihnen allen, dass Sie gekommen sind und wünsche eine gute Heimreise.

gez.
Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai
(Sachbearbeitung)